

**In diesem Heft:**

**Zur Pogromnacht 1938**

- Ausstellung im Staatsarchiv Marburg Seite 13
- Kommunale NS-Forschungsinitiative im Rhein-Main-Raum Seite 44

**Archive stellen sich vor**

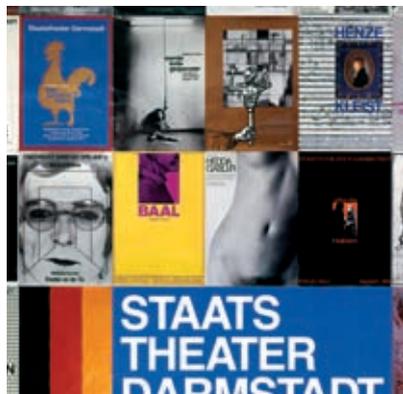
- Behring-Archiv in Marburg Seite 25
- Archiv der EZB in Frankfurt a.M. Seite 27

**Bestände zur Wirtschafts- und Kulturgeschichte**

- Firmenarchiv Dyckerhoff im Stadtarchiv Wiesbaden Seite 31
- Künstlernachlässe im Staatsarchiv Darmstadt Seite 36, 39
- Fotografischer Nachlass Sepp Jäger im Hessischen Wirtschaftsarchiv Seite 37

**Thema Migration und Archivpädagogik**

- Interdisziplinäres Unterrichtsprojekt in Frankfurt a.M. Seite 46
- Neue Wege der Lehrerfortbildung Seite 47



Theaterüberlieferung im Staatsarchiv Darmstadt Seite 33

## Kommunalarchive in Hessen – ihre Arbeit und ihre Probleme

Mit der Einrichtung der Kommunalen Archivberatungsstelle Hessen zu Beginn des Jahres 2008 ist die Archivpflege verstärkt in den Blick geraten. Die kommunale Perspektive liefert auch den Themenschwerpunkt in diesem Heft. Ehrenamtliche Archivtätigkeit ist im kommunalen Bereich unverzichtbar, doch es herrscht Diskussionsbedarf, seitdem rechtliche Anforderungen und neue Verantwortlichkeiten nach Professionalität rufen (Seite 4). Die anstehende Personenstandsrechtsreform wird die Lage hier weiter komplizieren, könnte aber auch eine



Eine wichtige historische Quelle: Gemeinderechnungen aus dem 18. Jahrhundert.

Aufwertung des kommunalen Archivwesens zur Folge haben (Seite 21). Für die tägliche Praxis eines Kommunalarchivs kann das DFG-Projekt „Retrokonversion archiverischer Findmittel“ zukunftsweisend sein. Das gilt auch für die Option des Zugangs zur staatlichen Recherchedatenbank HADIS (Seite 10, 12). Archive größerer Städte in Hessen berichten von Ausstellungen, Neuerwerbungen und archivpädagogischen Projekten. Kleinere Kommunen initiieren Forschungsaufträge, um die lokale NS-Geschichte mit Hilfe staatlicher Überlieferung zu rekonstruieren (Seite 44). Schließlich ist auch das Projekt „Synagogenbuch Hessen“ für die Aktivitäten örtlicher Archive von Interesse (Seite 52).

## Kommunale Archivpflege im Landkreis Gießen – ein funktionierendes Modell

Im Landkreis Gießen hat sich seit nunmehr sechzehn Jahren ein für Hessen beispielhaftes Modell kommunaler Archivarbeit etabliert. Der Landkreis hat eine Gemarkungsfläche von 855 km<sup>2</sup>. Hier leben rund 255.000 Menschen, die sich auf insgesamt 103 Ortschaften verteilen. Zum Landkreis Gießen in Mittelhessen gehören 18 Städte und Gemeinden, genauer gesagt die zehn Städte Allendorf/Lumda, Gießen, Grünberg, Hungen, Laubach, Lich, Linden, Lollar, Pohlheim, Staufenberg und die acht Gemeinden Biebertal, Buseck, Fernwald, Heuchelheim, Langgöns, Rabenau, Reiskirchen und Wettenberg.

Zur Zeit unterhalten lediglich drei der 21 hessischen Landkreise ein Kreisarchiv. Einer davon ist der Landkreis Gießen. Das Kreisarchiv Gießen nahm 1992 seine Arbeit auf. Neben der eigentlichen Aufgabe, die Unterlagen der Kreisverwaltung Gießen zu übernehmen, auf Dauer aufzubewahren, zu sichern, zu erschließen und allgemein nutzbar zu machen, gehört auch die kommunale Archivpflege zu seinem Aufgabenbereich. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Städte und Gemeinden im Landkreis Gießen selbst (mehr oder weniger) für die Archivierung ihres Archivgutes Sorge tragen. Das Archivgut lagert in Kellern und auf Dachböden der jeweiligen Gemeinde. Teilweise wurden in den letzten Jahren Archivsatzungen erlassen. Zu keinem Zeitpunkt wurde ernsthaft daran gedacht, ein Zentrales Archiv für den Landkreis Gießen zu errichten, um dort die Archivbestände der kreisangehörigen Kommunen zusammenzuführen.

Verzeichnungsarbeiten in den Städten und Gemeinden seitens des Kreisarchivs werden nicht getätigt. Dazu wäre es aufgrund der personellen Ausstattung auch gar nicht in der Lage. Vielmehr geht es bei der archivpflegerischen Tätigkeit des Kreisarchivs hauptsächlich darum, die Archivbetreuerinnen und Archivbetreuer der Gebietskörperschaften zu beraten und zu unterstützen und den Städten und Gemeinden in Fragen der Schriftgutverwaltung und Aussonderung Hilfestellung zu

geben. Dies ist durchaus im Sinne des § 4 des Hessischen Archivgesetzes vom 18. Oktober 1989, welcher auf den Umgang mit kommunalem Archivgut eingeht und vorsieht,

- dass die Gemeinden, Landkreise und kommunalen Verbände die Archivierung ihres Archivgutes im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit selbst durch Satzung regeln
- und, sofern sie über ein eigenes Archiv, nicht aber über eigenes Fachpersonal verfügen, für die Beratung durch das zuständige Staatsarchiv, ein anderes fachlich geführtes öffentliches Archiv oder eine entsprechende fachlich geführte Beratungsstelle Sorge tragen sollten.

Da das Kreisarchiv Gießen mit einer ausgebildeten Diplom-Archivarin besetzt ist, ist für die fachliche Beratung der Kommunen im Landkreis Gießen gesorgt.

Auch die Stadt Gießen unterhält ein fachlich besetztes Archiv, und im vergangenen Jahr haben die Stadt Grünberg und die Gemeinde Langgöns einen neuen Weg eingeschlagen. Sie finanzieren gemeinsam eine Vollzeitstelle und beschäftigen ebenfalls eine ausgebildete Fachkraft für die Betreuung ihrer Archive. Die Stadt Pohlheim hält ihr Archiv halbtags besetzt. In der Regel sind jedoch in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden Beschäftigte der Verwaltung neben anderen Aufgaben auch für das jeweilige Archiv zuständig. Insbesondere wenn die Stundenzahl für Archivarbeiten nicht explizit festgelegt ist, ist die Intensität der Betreuung im Zusammenhang mit dem Arbeitsanfall in den anderen Aufgabenbereichen und dem Interesse für archivische Belange zu sehen. Und nicht zuletzt gibt es engagierte Bürgerinnen und Bürger, die ehrenamtlich und für eine Aufwandsentschädigung die gemeindlichen Archivbestände ordnen und verzeichnen und die Zeugnisse der Ortsgeschichte sichern.

### Verzeichnungsarbeiten und Fortbildung

Die bis Anfang der 1990er Jahre beim Hessischen Landkreistag angesiedelte „Beratungsstelle für Gemeindearchivpflege“ unter der Leitung von Dr. Ernst Jakobi war – hauptsächlich in den 70er und 80er Jahren – auch im hiesigen Raum tätig und hat zahlreiche Archive geordnet und verzeichnet. Andere Gemeinden ließen diese Arbeiten im Laufe der Jahre von eigenem Personal verrichten. So liegen für den weitaus größten Teil der Archive maschinenschriftliche Inventare vor, die zumindest die Schriftgutüberlieferung der Gebietskörperschaften bis zur Zeit der Gebietsreform in den 1970er Jahren beinhalten. Es soll aber auch nicht verschwiegen werden, dass in einigen wenigen Gemeinden die Ordnungs- und Verzeichnungsarbeiten noch sehr im Argen liegen und so manch für die Ortsgeschichte interessantes und wertvolles Schriftstück noch auf seine Entdeckung und dauerhafte Sicherung wartet.

Nachdem das Kreisarchiv 1992 seine Arbeit aufgenommen hatte, wurden zunächst einmal die einzelnen Verwaltungen besucht, um einen Überblick über die Situation der Archive zu bekommen. In einem nächsten Schritt wurden die Bürgermeister angeschrieben mit der Bitte, ihre Archivbetreuerinnen



Altregistratur im Kellergewölbe (Foto: Kreisarchiv Gießen).

und Archivbetreuer auf eine Informationsveranstaltung des Kreisarchivs aufmerksam zu machen. Zu diesem ersten Treffen kamen 12 Interessierte. Es wurde rasch deutlich, dass es für eine erfolgreiche gemeindliche Archivarbeit, gerade weil sie so maßgeblich ehrenamtlich und nebenamtlich betrieben wird, wichtig ist, archivische Kenntnisse zu erwerben und für die fachliche Beratung Sorge zu tragen. Alle Teilnehmenden begrüßten die Gelegenheit zu einem fachlichen Austausch in kleinerem Kreis. Seitdem treffen sich die Archivbetreuerinnen und Archivbetreuer im Landkreis Gießen auf Einladung des Kreisarchivs in der Regel zweimal im Jahr zu einer vormittäglichen Arbeitstagung. Immer wieder steht die Vermittlung von Kenntnissen für die archivischen Tätigkeiten im Vordergrund. Dabei weist das in den vergangenen Jahren behandelte Themenspektrum eine große Vielfalt auf.

Auf der Tagesordnung standen z. B.:

- Bewertung und Übernahme von Verwaltungsschriftgut
- Abgrenzung zur Registratur
- Probleme bei der Ordnung und Verzeichnung von Archivgut
- Lagerung und Konservierung von Archivbeständen
- Archivbenutzung
- EDV-Einsatz im Archiv
- Anwendung von archivischer Fachliteratur
- Sammlungsgut, Fotoarchivierung
- Rechtsfragen bei der Bildbenutzung
- Internet-Nutzung für die archivische Arbeit.

### Gemeinsame Projekte

Eine neue Qualität erreichten die Arbeitstagungen, als man daranging, gemeinsam Ausstellungen zu planen und durchzuführen. Auslöser für dieses Vorhaben war der Tag der Archive 2001, zu dem der Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. erstmals aufgerufen hatte. Zahlreiche Archive im Landkreis beteiligten sich an dieser Veranstaltung mit kleineren Ausstellungen und Archivführungen. Die Besucherresonanz auf diesen Tag machte deutlich, dass Öffentlichkeitsarbeit ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Archivarbeit sein kann. Aufgrund der positiven Erfahrungen plante man für das darauffolgende Jahr eine gemeinsame Ausstellung. Man entschied sich für das Thema Migration. Die Archive wurden auf der Suche nach geeigneten Unterlagen durchforstet, es bildeten sich Arbeitsgruppen zu den unterschiedlichen Themenbereichen, die sich von den Hurdy-Gurdy-Girls über Auswanderung nach Amerika bis hin zu Zwangsarbeitern sowie Heimatvertriebenen erstreckten. Im Juni 2002 wurde die Ausstellung mit dem Titel „Weggehen heißt immer auch ankommen – Wanderungsbewegungen in der Geschichte des Landkreises Gießen“ eröffnet und in den darauffolgenden Monaten in zahlreichen Gemeinden gezeigt.

Alle Beteiligten waren sehr engagiert und mit Freude an die Arbeit gegangen, und die durchweg positive Resonanz motivierte für weitere Ausstellungsprojekte. Material ist in den Archiven genug vorhanden. Die nächste Ausstellung „Alles blauer Dunst?!“, die im September 2004 eröffnet wurde, behandelte die Geschichte der Zigarrenindustrie im Gießener Raum, die in den 50er Jahren einen erheblichen Wirtschaftsfaktor dar-

stellte. Auf das Thema der dritten gemeinsamen Ausstellung stimmten wir uns bei einem Besuch der Licher Brauerei ein. Auf insgesamt 24 Schautafeln wird auf verschiedene Aspekte der Bierproduktion eingegangen und die Entwicklung des



Gemeinsame Aktivität der Archive im Kreis Gießen: Ausstellungsöffnung in Lich (Foto: Kreisarchiv Gießen).

lokalen Brauwesens dargestellt. Fast zwei Jahre lang war die Ausstellung „Wohl bekomm’s – Brau- und Biergeschichte im Gießener Land“ unterwegs. Auf weitere Details soll hier nicht näher eingegangen werden, da über die Ausstellungen auch in den Hessischen ARCHIVnachrichten berichtet wurde. Für das kommende Jahr ist eine weitere gemeinsame Ausstellung geplant. Sie wird sich dem Thema Tourismus widmen. Wir stecken mitten in den Vorbereitungen, und der Eröffnungstermin ist bereits auf den 20. April 2009 festgesetzt. Die Ausstellungen gehen auf Wanderschaft, werden in den Städten und Gemeinden des Kreises gezeigt und auch darüber hinaus von interessierten Heimatvereinen und Museen ausgeliehen. Für die Archivpfleger vor Ort sind sie eine gute Gelegenheit, auf das jeweilige Archiv und seine Bestände aufmerksam zu machen und für die Einrichtung zu werben. So mancher Bürgermeister wurde dadurch schon zum Nachdenken über die kulturelle Bedeutung seiner Verwaltungsüberlieferung ange-regt.

Im Zuge der archivpflegerischen Arbeit des Kreisarchivs haben im Zeitraum 1992 bis heute mittlerweile insgesamt 39 Arbeitstagungen der Archivbetreuerinnen und Archivbetreuer im Landkreis Gießen stattgefunden. Sie bieten ein Forum, um sich zu informieren und auszutauschen, Probleme zu besprechen, Rat und Unterstützung zu suchen und gemeinsame Projekte zu realisieren. Im Laufe der Jahre ist so ein richtiges Netzwerk entstanden, man kennt sich und weiß, unter welchen Bedingungen die Kolleginnen und Kollegen in den Nachbarkommunen arbeiten, welche Erfolge sie verzeichnen und mit welchen Problemen sie zu kämpfen haben. Die Presse berichtet regelmäßig über die Treffen und gemeinsame Aktionen und leistet so auch einen wichtigen Beitrag, die Archive, ihre Arbeit und ihre Bedeutung für die Regionalgeschichte ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen. Das Interesse an den Arbeitstagungen ist erfreulicherweise über die Jahre

hinweg gleichgeblieben. Aus dreizehn Städten und Gemeinden nehmen Vertreterinnen und Vertreter regelmäßig teil, auch aus einem Nachbarkreis hat sich eine Archivbetreuerin angeschlossen. Und ein ganz neues Projekt beschäftigt die Archivbetreuerinnen und -betreuer im Landkreis Gießen zur

Zeit. Man will gemeinsam versuchen, die Retrokonversion der archivischen Findmittel voranzutreiben und beabsichtigt die Beantragung von entsprechenden Fördermitteln bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft. *Sabine Raßner* ♦

## Das Ehrenamt im kommunalen Archivwesen

### Überlegungen zu seiner Integration in die hessische Archivlandschaft

**E**hrenamtlichem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern wurde und wird vonseiten des Gemeinwesens mit Recht stets Wertschätzung entgegengebracht. In den vergangenen Jahren jedoch sind die Bemühungen staatlicher, kommunaler und anderer öffentlicher Stellen zur Förderung des Ehrenamts aus dem Stadium bloßer Deklarationen hinausgetreten. Langjähriger Einsatz fand durch Auslobung von Preisen und Vergabe von Auszeichnungen seine Würdigung; Freiwilligenagenturen und vergleichbare Einrichtungen übernahmen Vermittlungsfunktionen; und der im Dienste des Gemeinwohls Tätige sollte vor materiellen Nachteilen abge-

Bedürfnis vieler Menschen, die durch den medizinischen Fortschritt gewonnene bzw. durch das Herausdrängen älterer Arbeitnehmer aus dem Wirtschaftsleben freigesetzte Lebenszeit sinnvoll zu nutzen. Die Auswirkungen der finanzpolitischen Verwerfungen der jüngsten Zeit auf den fiskalischen Gestaltungsspielraum des Staates wie die Verfügbarkeit von Freizeit für die Menschen neben und nach ihrer beruflichen Tätigkeit sind derzeit noch nicht absehbar. An der grundsätzlichen Konstellation dürften sich jedoch in absehbarer Zeit kaum Veränderungen ergeben.

Die staatlichen Archive und die Archive größerer kommunaler Gebietskörperschaften sind im Personalbereich von einer starken Professionalisierung geprägt, bei welcher ehrenamtlicher Tätigkeit vorwiegend ergänzende Bedeutung zukommt. Dagegen stellt in hessischen Kommunen kleinerer und mittlerer Größe die eigenverantwortliche Betreuung der Archive durch ehrenamtlich wirkende Einzelpersonen oder Personenverbände (Vereine und Initiativen) noch eher die Regel als die Ausnahme dar. Die konkrete Ausprägung dieses Wirkens ist so individuell wie die Menschen, von denen es getragen wird, mit ihren persönlichen Erfahrungen, Qualifikationen und Interessen. Generelle Aussagen zur ehrenamtlichen Tätigkeit im kommunalen Archivwesen sind stets unter einem solchen Vorbehalt zu bewerten.

Trotzdem ist festzuhalten, dass ehrenamtliches Engagement die jeweilige Kommune nicht von ihrer Verantwortlichkeit für die Sicherung ihrer Überlieferung entbindet. Diese Verantwortlichkeit beginnt derzeit eine neue Dimension zu gewinnen. Schließlich vollzieht das kommunale Archivwesen mit einer gewissen Zeitverzögerung und in anderen Schriftgutgruppen eine Entwicklung nach, die im staatlichen Archivwesen bereits vor etlichen Jahren eingesetzt hat. Gerade die Übernahme von Unterlagen des Justizbereichs, welche aufgrund von Rechtsvorschriften dauernd aufzubewahren sind, deren historischer Aussagewert in ihrer Gesamtheit jedoch mit deren Beweiswert in keiner Weise Schritt halten kann, hat erneut die Doppelfunktion von Archiven deutlich gemacht. Archive sind eben nicht nur abgeschlossene, das historische Erbe eines Gemeinwesens bewahrende und vermittelnde Kultur- und Bildungseinrichtungen, sie sind auch unentbehrliche Institutionen für die Sicherung in der Gegenwart fortwirkender Rechte von öffentlichen Verwaltungen wie von Staatsbürgern.

Als Pendant hierzu auf kommunaler Ebene ist die ab dem Jahr 2009 im Zuge der Reform des Personenstandsrechts vom Bundesgesetzgeber angestoßene Aufgabe der Archivierung von Personenstandsunterlagen zu nennen. Damit wird die Sorge



*Kommunales Schriftgut als Teil historischer Überlieferung: Rechnung einer kurmainzischen Gemeinde im Odenwald aus dem 18. Jahrhundert.*

sichert werden, beispielsweise durch Klärung versicherungsrechtlicher Fragen und steuerliche Instrumente. In Hessen ist eine Vielzahl von Initiativen auf kommunaler Ebene ebenso lebendiger Beweis dieses Fördergedankens wie die Kampagne der Landesregierung „Gemeinsam aktiv – Bürgerengagement in Hessen“.

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig und von Soziologen und Politologen zweifellos professioneller zu analysieren. Entscheidend ist jedoch meines Erachtens das produktive Zusammenwirken unterschiedlichster Interessen und Bedürfnisse. Denn im öffentlichen Sektor greift die Einsicht Raum, angesichts des sich abzeichnenden demographischen Wandels und der teilweisen Erosion fest gefügter Sozialmilieus die eigenen Kräfte mit einer unbegrenzten Weiterführung der Aktivitäten auf allen Gebieten der Daseinsfürsorge auf Dauer hoffnungslos zu überfordern. Diese Erkenntnis trifft auf das

für die dauerhafte Sicherung dieser in ganz besonderer Weise personenbezogenen Überlieferung von dem wohl am stärksten normierten Bereich kommunaler Verwaltungstätigkeit, den Standesämtern, auf das Kommunalarchiv übertragen. Dort jedoch ist die Regelungsdichte in Hessen – vorsichtig ausgedrückt – höchst unterschiedlich. Archivisches Handeln wird sich in Zukunft auch auf kommunaler Ebene allein zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte stärker in rechtlich bestimmten Bahnen bewegen müssen und teilweise hoheitlichen Charakter tragen.

### Verantwortung gegenüber dem Ehrenamt

Dies schließt ehrenamtliches Engagement keinesfalls aus. Es erfordert jedoch die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen, innerhalb derer solches Wirken in rechtlich und archivfachlich vertretbarer Weise seinen Platz finden kann. Im Übrigen gebietet auch der Respekt gegenüber den Menschen, die auf ehrenamtlicher Basis tätig werden und damit freiwillig Verpflichtungen eingehen, die mit dem gesetzlichen Auftrag der Archivierung von Unterlagen der kommunalen Verwaltungen verbundene Verantwortung aktiv wahrzunehmen. Aus dem Personenkreis der Ehrenamtlichen werden nämlich zunehmend Befürchtungen laut, aufgrund juristischer bzw. archivfachlicher Anforderungen in nicht mehr überschaubare Interessenkonflikte oder gar Rechtsstreitigkeiten hineingezogen zu werden.

Diese auf die Kernpunkte konzentrierte Problematisierung ist in keiner Weise als grundsätzliche Ablehnung ehrenamtlichen Engagements im Archivbereich zu interpretieren – ganz im Gegenteil stellt dieser Faktor ein in vielerlei Hinsicht bereicherndes Element dar. Bereicherung sollte hier allerdings nur ganz zuletzt im handgreiflichen Sinne als Gewinnung einer zusätzlichen Ressource verstanden werden, um sich nicht in die Nähe kurzfristiger fiskalischer Erwägungen zu begeben. Im Vordergrund muss der Gewinn an Erfahrung stehen, die solche Menschen mit ihrem persönlichen Einsatz dem Kommunalarchiv zuführen. Dies kann auf der sozialen Ebene des Kollegiums geschehen durch die Summe des bisherigen, in der Regel nicht in archivischen Zusammenhängen stehenden Lebens. Auf fachlicher Ebene können sich durch die Vertrautheit mit den örtlichen Gegebenheiten oder besondere, die facharchivische Arbeit ergänzende Qualifikationen positive Impulse zeigen. Daneben eröffnet die Gewinnung ehrenamtlicher Mitstreiter die Möglichkeit, in weiteren Kreisen der Bürgerschaft Interesse an der Aufgabe des Kommunalarchivs zu wecken und dieses stärker in das Kulturleben und Vereinswesen der Kommune einzubinden.

Im persönlichen Verkehr setzt diese Lage vonseiten der Archive ein offenes Zugehen und Eingehen auf die ehrenamtlich Tätigen ohne Standesdünkel voraus. Allein ein kooperativer Ansatz vermag die Potentiale ehrenamtlicher Arbeit zu wecken. Ein solches Vorgehen verlangt im Übrigen nicht, archivfachliche Grundsätze zu verleugnen. Da diese kein Selbstzweck sind, sondern die in beiderseitigem Interesse liegende Verwertbarkeit der Arbeitsergebnisse sicherstellen, sehe ich das Festhalten an fachlichen Grundlagen in ihrer Funktionalität vielmehr als eine Notwendigkeit an.

Entscheidend für Umfang und Wirksamkeit des Beitrags, den ehrenamtliche Tätigkeit für das kommunale Archivwesen in Hessen zu leisten vermag, ist jedoch die strukturelle Ebene. Die Situation der öffentlichen Haushalte lässt umfassende, weite Teile des Landes abdeckende Lösungen nicht mehr zu, wie sie andere Bundesländer in den vom Wachstumsglauben



*Kommunales Schriftgut im Dienste der Rechtssicherung: Namensverzeichnisse zu Personenstandsregistern.*

geprägten sechziger und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts insbesondere mit der Einrichtung von Kreisarchiven beschränkt haben. Trotz der in Hessen besonders ungünstigen Ausgangslage ist eine zielstrebige Einfügung der Professionalisierung vorantreibender Elemente in das kommunale Archivwesen ebenso unabweisbar wie leistbar.

Schließlich macht die zu beobachtende Verbreiterung des archivischen Tätigkeitsfeldes nicht bei den oben geschilderten Entwicklungen halt. Insbesondere Fragen der Bewertung von Schriftgut und der Bestandserhaltung von Archivalien werden sich im Zeichen des zunehmenden Einsatzes digitaler Techniken in den Verwaltungen den Kommunalarchiven in neuer Schärfe stellen. Wenn diese ihrem Auftrag der dauerhaften Bewahrung kommunaler Unterlagen, welche aus historischen oder rechtlichen Erwägungen heraus als archivwürdig einzustufen sind, mit vertretbarem Kostenaufwand – und das heißt in erster Linie über das Ergreifen präventiver Maßnahmen – nachkommen wollen, werden die fachlichen Anforderungen an das im Archivbereich tätige Personal weiter ansteigen.

### Professionelle und ehrenamtliche Elemente

Damit wird zumindest in denjenigen Städten und Gemeinden, welche die erforderliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aufweisen oder die aufgrund ihrer spezifischen, beispielsweise touristisch geprägten Struktur in besonderer Weise auf den Beitrag der Archive zur Pflege der kulturellen Identität angewiesen sind, zur archivfachlichen Besetzung der Kommunalarchive kaum eine Alternative bestehen. Im Übrigen lässt sich durch neugeschaffene Instrumentarien der Kostenaufwand einer fachgerechten Betreuung für die einzelne Kommune zumindest begrenzen. Dazu zählen die von der Landesregierung geförderte und auf den Archivbereich ausgedehnte

interkommunale Zusammenarbeit über die Schaffung von Archivverbänden ebenso wie die inzwischen erfolgte bundesweite Einführung des dem mittleren Dienst zuzuordnenden Ausbildungsberufs eines Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv (FaMI). Vor dem Hintergrund dieser Optionen dürfte in dünn besiedelten Landstrichen die Verpflichtung zu einem wohnortnahen Angebot für den Bürger noch eher zu einer Suche nach neben- und ehrenamtlicher Verantwortlichkeit führen als die Frage der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Kommune.

Eine behutsame, auch in die Fläche wirkende Professionalisierung des kommunalen Archivwesens würde notwendigerweise auf die Umgebung der Archivstandorte ausstrahlen. Hiervon ist nicht nur eine Förderung des Bewusstseins für archivarische Belange zu erwarten. Fachlich besetzte Kommunalarchive bieten zugleich praktische Anschauung für die ehren- oder nebenamtlich tätigen Kolleginnen und Kollegen in der Nachbarschaft mit entsprechenden positiven Rückwirkungen auf deren Arbeit. Wenn diese auf regionaler Ebene gelebte Solidarität der Archive auf übergeordneter Ebene durch ein differenziertes Unterstützungsangebot der berufsständischen Organisation, der Archivpflege und in der Fortbildung flankiert wird, kann sich eine tragfähige und fruchtbare Kombination professioneller wie ehrenamtlicher Elemente im Kommunalarchivwesen bilden.

Eine solche Integration ehrenamtlichen Engagements in einen professionellen Rahmen vollzieht sich im Übrigen auch in anderen Bereichen der kommunalen Verwaltung. Die Vorgaben des reformierten Personenstandsrechts hinsichtlich der nach dem Übergangszeitraum geforderten elektronischen Führung der Personenstandsregister haben eine Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit ausgelöst, indem die Zusammenlegung von Standesamtsbezirken erwogen wird. Gerade in kleineren Kommunen wird hier eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen dem ehrenamtlich tätigen Standesbeamten, der die Verwaltungsarbeiten erledigt und die Bürgernähe vor Ort sicherstellt, und einem zentralen Standesamt angestrebt, das meist mit mehreren Beamten besetzt ist.

Demnach haben etliche Kommunen erkannt, dass zukunftsfähige Lösungen nicht in der bedingungslosen Ausnutzung auch noch des letzten sich bietenden kurzfristigen

fiskalischen Vorteils liegen. Die Zukunft wird eher einer kostenbewussten Kombination eines funktionsfähigen, professionellen Kerns und ergänzender ehrenamtlicher Arbeit gehören. In diesem Zusammenhang ist nachdrücklich an den Charakter der Freiwilligkeit ehrenamtlicher Tätigkeit zu erinnern, die ohne rechtliche Sanktionen auch wieder beendet werden kann. Die eingangs angesprochene Balance der Interessen ist die Voraussetzung einer gedeihlichen Kooperation im Dienste des Gemeinwohls. Dieses Gleichgewicht würde durch eine Instrumentalisierung der engagierten Bürgerinnen und Bürger als bloße kostensenkende Ressource vonseiten der Kommunalverwaltungen ebenso gestört wie durch eine Suche nach schrankenloser Selbstverwirklichung in der erwählten freiwilligen Aufgabe durch die ehrenamtlich Tätigen.

Eine solche Zusammenarbeit kann den durch die gesamtstaatlichen Finanzflüsse tendenziell benachteiligten Kommunen die Wahrnehmung ihres Auftrags der Archivierung ihrer Überlieferung wesentlich erleichtern – die Kommunen aus ihrer Verantwortung zu entlassen, vermag sie gleichwohl nicht. Angesichts der Differenziertheit der örtlichen Archivverhältnisse wird es des vertrauensvollen Zusammenwirkens aller Beteiligten, der gewählten Repräsentanten der Kommune, der Kommunalverwaltungen, der Archive sowie der an Archivfragen Anteil nehmenden Bürgerinnen und Bürger bedürfen, in unspektakulärer Kleinarbeit vor Ort Lösungen – und seien es in einzelnen Fällen auch nur Zwischenlösungen – für die kommunale Archivorganisation zu entwickeln. *Ulrich Bartels* ♦

#### Literatur

- Stefan Benning: Freiwillige Mitarbeit in einem Stadtarchiv. Überlegungen zu einem ehrenamtlichen Engagement, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe 55, 2001, S. 22–26.
- Clemens von Looz-Corswarem: Gewinnung personeller Ressourcen für ein Stadtarchiv – Zusatzkräfte und ehrenamtliche Mitarbeiter, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe 63, 2005, S. 15–21.
- Magnus Staehler: 1 – 2 – 3 Schuldenfrei. Wie Langenfeld aus Amtsschimmeln Rennpferde machte – die Erfolgsformel zur Sanierung städtischer Finanzen. Wien 2008.
- Brigitte Streich: Erstmalige Auslobung eines hessischen Archivpreises, in: Der Archivar 59, 2006, S. 75–76.

## Vorbeugen ist besser als Heilen

### Einfache und kostengünstige Maßnahmen der Bestandserhaltung in kommunalen Archiven

#### 1. Einleitung

In der heutigen Zeit der Budgetkürzungen und des Personalabbaus im kommunalen Sektor ist es gerade in kleinen Archiven schwierig, eine ausreichende Bestandserhaltung zu gewährleisten. Oft stehen die Sachbearbeiter als Einzelkämpfer vor einem Berg von Aufgaben, haben wenig oder keine Mittel zur Materialbeschaffung, geschweige denn für die Restaurierung übrig und sollen sich neben den vielfältigen administrativen Erfordernissen auch noch mit der praktischen Herausforderung der Bestandserhaltung befassen. Oft herrscht Ratlosigkeit,

denn der gute Wille ist da, aber wo soll man anfangen? Die berechtigte Frage lautet dann, ob man mit diesen geringen Kapazitäten an Geld und Zeit überhaupt etwas bewirken kann.

In ihrem Arbeitsalltag hat die Restaurierungswerkstatt des Instituts für Stadtgeschichte in Frankfurt a.M. schon oft kleinere Einrichtungen beraten. Die Erfahrungen haben gezeigt: Ja, man kann schon mit der Beachtung von kleinen und oft sehr kostengünstigen Hinweisen eine große Wirkung auf die erfolgreiche Langzeitaufbewahrung der Bestände erzielen.

Wie so oft gilt auch hier der Grundsatz: Vorbeugen ist besser als heilen. Im Folgenden sollen besonders drei Schwerpunkte herausgehoben werden, die die Grundpfeiler der Bestandserhaltung im Archiv darstellen: zum einen die Optimierung von Klima, Lagerung und Verpackung; zum zweiten die Verbesserung der Benutzung, welche die größte Beanspruchung der Quellen darstellt; und zum dritten hilfreiche Tipps zur Versorgung der Bestände im Schadensfall.

## 2. Optimierung von Klima, Lagerung und Verpackung

### 2.1. Klima, Magazinhygiene

Die Wichtigkeit von stabilen Klimawerten liegt auf der Hand. Ist es im Archivraum zu feucht und zu warm, kann Schimmelwachstum begünstigt werden. Auch alle chemischen Alterungsprozesse, denen Papier unweigerlich ausgesetzt ist, laufen bei schlechten Klimabedingungen und unter großem Lichteinfluss schneller ab. Als ideale Aufbewahrungsparameter für Papier favorisiert man in Fachkreisen 50 % Luftfeuchtigkeit, 18 °C Temperatur und so wenig Lichteinfall wie möglich. Das Klima sollte zudem ohne Schwankungen gewährleistet sein. Doch in der Realität sind solche Werte oft nur mit einer teuren und wartungsintensiven Klimaanlage herstellbar. Unsere Erfahrungen haben gezeigt: Eine Klimaanlage ist in den meisten Fällen nicht notwendig, ja sie birgt sogar bei einem Ausfall große Gefahren für das Archivgut. Viel günstiger ist es, die vorhandenen Raumbedingungen so weit wie möglich zu optimieren.

- Vermeiden Sie eine direkte Sonneneinstrahlung, die Fenster können mit einer Sonnenreflektionsfolie oder ganz einfach mit Packpapier abgeklebt werden. So wird sogar die Absenkung der Raumtemperatur um einige Grad erreicht.
- Wenn es möglich ist, ersetzen Sie die Beleuchtung im Magazin durch nur wenig teurere UV-Schutzlampen. Minimieren Sie die Beleuchtung auf die Zeiten der tatsächlichen Nutzung der Magazine.
- Wenn möglich, heizen Sie nicht in Magazinräumen, da dadurch auch die Luft austrocknet und Einbandmaterialien wie Leder oder Pergament spröde werden können.
- Das Klima selbst kann mit einfachen handlichen Hygrometern (ab 12,00 €) überwacht werden. Durch intelligentes Lüften, das heißt Stoßlüftung vor allem in den kühleren Morgenstunden oder immer dann, wenn die Bedingungen draußen eine Verbesserung der Feuchtigkeit oder Temperatur drinnen ermöglichen, kann man das Klima im Magazinraum immer wieder nachregulieren.
- Scheuen Sie sich nicht, die Magazinräume regelmäßig leicht feucht zu wischen. So kann am effektivsten der Staub gebunden werden.
- Für die Zwischenreinigung empfiehlt sich ein regelmäßiges Absaugen der Regale und Zwischenräume durch einen Staubsauger mit Hepa-Filter (Schimmelsporenschutz). Kehren dagegen wirbelt nur unnötigen Staub auf.

### 2.2. Verpackung

Eine alterungsbeständige und passende Verpackung gewährleistet eine lange Lebensdauer der Archivalien. Als oberste Prinzipien gelten hierbei:

- Kein weichmacherhaltiges PVC! Alterungsbeständigeres PP oder Polyester bevorzugen.
- Kein rostendes Metall und keine säurehaltigen Materialien unmittelbar in Berührung mit den Akten.

Wenn Akten ins Archiv kommen, sollten sie zunächst gereinigt werden, dazu eignen sich waschbare Mikrofaserlappen besonders gut. Achten Sie in diesem Zusammenhang besonders auf Schimmelspuren. Sind solche zu finden, dann separieren Sie diese Akten sofort vom restlichen Bestand, verpacken sie luftdicht in Packpapier und ziehen Sie einen Restaurator zu Rate. Nach der Reinigung sollten alle Eisenteile und, soweit es geht, alle säurehaltigen Papiere entfernt werden. Die Akten sollten dann entweder mit einem weichmacher- und metallfreien Ar-



*Keilkissen ermöglichen die schonende Benutzung von Büchern.*

chivbügel (ca. 0,26 €) gebündelt oder in säurefreie Einschlagpapiere (ca. 0,10 €) eingelegt werden. Bei Schnellheftern mit Metallmechanik hat es sich bewährt, die rostanfälligen Metallteile durch PP-Heftflaschen (ca. 0,07 €) zu ersetzen.

### 2.3. Lagerung

Die Lagerung von Archivalien sollte wenn möglich geordnet und platzsparend in Archivkartonagen erfolgen. Als Archivkarton sollte unbedingt ein säurefreier, alterungsbeständiger Karton benutzt werden. Diese Kartons in Standardmaßen gibt es schon ab ca. 1,80 € bei Archivfachhändlern. Ein Tipp wäre es, sich mit anderen Archiven zusammenzuschließen, um bessere Stückpreise zu erzielen, oder einfach bei größeren Archiven anzufragen, die meistens gerne bereit sind, kleinere Mengen an Kartonagen weiterzuverkaufen.

- Handelt es sich um großformatige Bände (z.B. Zeitungen), so sind diese am schonendsten liegend aufzubewahren.
- Fotografien sollten nicht aufgeklebt, sondern in Hüllen aus PP, Polyester oder ungepuffertem Papier aufbewahrt werden.
- Plakate und Karten nicht gerollt, sondern am besten plan liegend in Planschränken aufbewahren.
- Archivschränke und Archivregale sollten aus einbrennlackierten Materialien bestehen, da sonst ausdünstende Schadstoffe die Archivalien schädigen können.

## 3. Benutzung

Die größte Gefahr für die Archivalien geht von einer unsachgemäßen Benutzung aus. Deswegen ist es die beste vorbeu-

gende Maßnahme, schon beim Ausheben und Reponieren auf ein vorsichtiges Hantieren zu achten. Wird die Akte dann dem Benutzer vorgelegt, so geschieht dies am besten auf einem aufgeräumten Lesesaalplatz. Bei (Amts-)Büchern sollten Keil-



*Kordelstopper als Erste-Hilfe-Maßnahme bei abgefallenen Rücken.*

kissen oder zumindest gerollte Decken als Unterlage benutzt werden, die ein Überdehnen des empfindlichen Rückens verhindern. Der Umgang mit empfindlichen Objekten wie Fotos oder Grafiken sollte nur unter Einsatz von waschbaren Baumwollhandschuhen möglich sein, die günstig anzuschaffen sind. Eine klare Benutzungsordnung, die Essen und Trinken sowie die Verwendung von Kugelschreibern

untersagt, und eine gute Kommunikation mit den Besuchern sorgen für schadensfreie Benutzung. – Ein generelles Kopierverbot für Medien vor 1900 sollte in Erwägung gezogen werden. Eine Alternative für schonende Vervielfältigung stellt das Scannen oder das Fotografieren ohne Blitzlicht dar.

#### 4. Versorgung der Archivalien im Schadensfall...

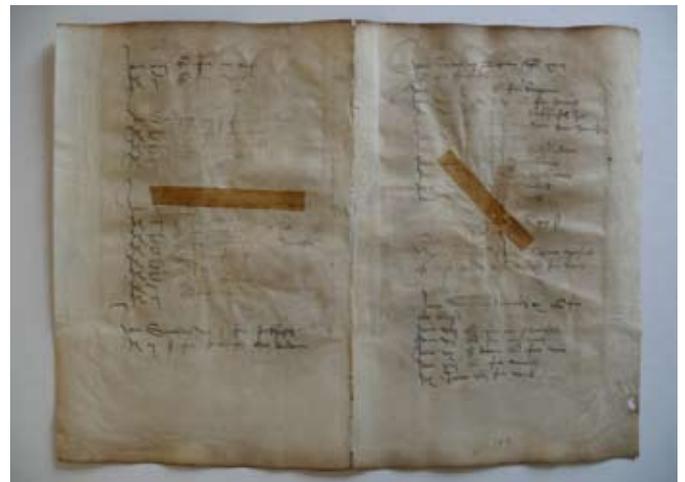
Ist es trotz aller Vorsicht doch zu Schäden an den Archivalien gekommen, so wird in den meisten Fällen das Geld fehlen, um diese Schäden sofort fachgerecht zu beheben. Hier genügen schon einige Erste-Hilfe-Maßnahmen, um die Verluste nicht noch gravierender werden zu lassen.

- Abgefallene Rücken lassen sich mit einem Gewebband und einem Kordelstopper wieder am Buchblock fixieren.
- Schäden an Einband oder Aktenbindung können mit einem säurefreien Schutzumschlag mit Klappen überbrückt werden.
- Wenn schädigender Tintenfraß oder Farbfraß entdeckt wird (Tinte oder Farben schlagen durch, Papier wird zerstört), kann man das weitere Ausbreiten dieses Schadens durch das Einlegen von dünnen, säurefreien Papieren zwischen den Blättern stoppen.
- Schimmelschäden sofort vom übrigen Bestand separieren und verpacken, dabei unbedingt auf den eigenen Arbeitsschutz (Einweghandschuhe, Atemmaske) achten.
- Wenn an Einbänden stark abgebautes Leder zu finden ist und die Benutzung schmutzige Hände zur Folge hat, sollte bei modernen Bänden eine Lederpflege in Erwägung gezogen werden; erprobte Rezepte erhalten Sie bei uns.
- Vermeiden Sie Selbstklebestreifen zur Reparatur von Rissen. Diese Klebestreifen schaden mehr, als dass sie nützen, denn das Papier vergilbt, der Klebstoff altert, tritt aus und viele Folgeschäden sind zu erwarten.

- Wenn eine Schadstelle unmittelbar an den Akten geklebt werden muss, empfehlen sich lösemittelfreie, wasserlösliche Papierklebstoffe oder Gummierklebstoffe. Wasserunlösliche Weißleime sollten nur Verwendung für das Aufkleben von Signaturschildern auf dem Archivkarton finden, da solche Leime Weichmacher enthalten, die das Papier schädigen.
- Wenn Archivalien wie z.B. Zeitungsbände besonders brüchig sind, sollte die Benutzung unbedingt eingeschränkt und eine Verfilmung erwogen werden. Oft ist es möglich, Filmkopien bei größeren Archiven käuflich zu erwerben.
- Wenn besonders wertvolle Archivalien einer Restaurierung bedürfen, kann eine Archivalienpatenschaft weiterhelfen: Der Aufwand wird von einem Restaurator geschätzt, dann wird in der Öffentlichkeit um Spenden geworben.

#### 5. Fazit

Bestandserhaltung ist nicht zwangsläufig eine Frage des Budgets. Auch mit wenigen Mitteln kann man grundsätzliche Bedürfnisse der Langzeitaufbewahrung gewährleisten. Ganz ohne Geld – um vernünftige Aufbewahrungsmaterialien anzuschaffen – und mit zu geringem Personal – um die historisch wertvollen Quellen zu erschließen und zu erhalten – ist keine erfolgreiche Archivarbeit möglich. Ein geordnetes Hauswesen mit einem relativ gleichmäßigen Klima, konsequent alterungsbeständige Materialien und eine durchdachte Benutzerordnung sollten die solide Grundlage jeden Archivs darstellen.



*Gealterter Selbstklebestreifen verfärbt das Papier und zieht weitere Folgeschäden nach sich.*

Scheuen Sie sich nicht, bei Fragen zur Bestandserhaltung in den Werkstätten größerer Archive nachzufragen. Rufen Sie im Fall ungenügender Geld- und Personalmittel immer wieder bei Ihren Vorgesetzten die drei Hauptaufgaben eines Archivs ins Gedächtnis: Sammeln, Erschließen *und* Erhalten.

Jana Moczarski ♦

Institut für Stadtgeschichte / Restaurierungswerkstatt  
 Jana Moczarski, Münzgasse 9, 60311 Frankfurt am Main,  
 Tel.: 069-212 46 717, E-Mail: [jana.moczarski@stadt-frankfurt.de](mailto:jana.moczarski@stadt-frankfurt.de)  
[www.stadtgeschichte-ffm.de](http://www.stadtgeschichte-ffm.de)

## Kommunale Archivbestände als öffentliches Archivgut im Staatsarchiv Marburg

Das Staatsarchiv Marburg nimmt bei der Archivierung von Schriftgut der hessischen Kommunen eine besondere Stellung ein. Mit derzeit 46 Stadt- und zahlreichen Gemeindearchiven der Beständegruppen 330 und 331 ist die kommunale Überlieferung hier sehr umfangreich und blickt zudem auf eine lange Tradition zurück. In Nordhessen hat es stets nur wenige eigenständige Archive auf kommunaler Ebene gegeben. Daher hat sich das Staatsarchiv Marburg bemüht, auch kommunales Archivgut vor Verlust zu schützen.<sup>1</sup>

Bereits seit den frühen 1880er Jahren vertrauten nordhessische Städte ihre Urkunden, aber auch ihre älteren Amtsbücher und Akten dem Staatsarchiv Marburg zur Aufbewahrung an. Dem seit 1872 in Marburg tätigen Gustav Könnecke, der besonders aktiv in der Überlieferungsbildung wirkte, gelang es, diese ersten kommunalen Archivbestände im Marburger Staatsarchiv zu sichern.<sup>2</sup> So entschloss sich beispielsweise die Stadt Grebenstein schon im Mai 1877 nach einem zwei Jahre zuvor erfolgten Besuch Könneckes zu einer ersten Ablieferung älterer Urkunden.<sup>3</sup> Im Januar 1893 nahm dann der junge Archivassistent Friedrich Kück im Auftrag des nunmehrigen Archivleiters Könnecke eine kurze Durchsicht der älteren Akten und Stadtratsprotokolle auf dem Grebensteiner Rathaus vor, vereinbarte angesichts des großen Umfangs mit dem Bürgermeister jedoch bald, dass die noch vorhandenen Unterlagen vorerst „samt und sonders“ dem Staatsarchiv zuzusenden seien.<sup>4</sup> Grundlage von Kücks Besuch in Grebenstein war eine erneute Verfügung der Königlichen Regierung in Kassel an die Landräte und Stadtvorstände vom 15. März 1892, „dass die städtischen Behörden, sofern sie sich nicht zur Abgabe ihrer Urkunden insbesondere derjenigen Urkunden und Akten, welche historischen Werth haben, an das Staatsarchiv in Marburg entschließen könnten, alsbald Anordnung zu treffen hätten, dass die Urkunden repertorisirt und an einem sichern, nicht feuchten und nicht feuergefährlichen Orte aufbewahrt würden.“<sup>5</sup>

### Aufhebung „kommunaler Deposita“

Viele Kommunen haben dem Staatsarchiv Marburg damals und bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts ihr Archivgut unter Eigentumsvorbehalt zur Verwahrung übergeben. Dazu schlossen sie Depositaverträge, die unter anderem die Benutzung des Archivgutes zu nicht wissenschaftlichen Zwecken einschränken konnten. Die Praxis der Deponierung kommunalen Archivguts wurde schließlich so üblich, dass man auch dort landläufig von einem „Depositum“ sprach, wo es nie zum Abschluss eines entsprechenden schriftlichen Vertrages gekommen war. Auf Nachfrage zeigte sich zudem, dass einigen der betroffenen Kommunen heute nicht einmal mehr in Erinnerung war, dass ihnen das im Staatsarchiv befindliche Archivgut rechtlich noch gehörte. Vor dem Hintergrund des Hessischen Archivgesetzes war es an der Zeit, die rechtlichen Rahmenbedingungen für das kommunale Archivgut im Staatsarchiv Marburg zu klären.

Das Hessische Archivgesetz (HArchivG) vom 18. Oktober 1989 nämlich sieht eine Verwahrung von kommunalem Archivgut unter Eigentumsvorbehalt in einem Staatsarchiv nicht mehr vor.<sup>6</sup> Die Gemeinden, Landkreise und kommunalen Verbände regeln demnach die Archivierung ihres Schriftgutes im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit selbst (vgl. § 4 Abs. 1 HArchivG). Auch sie unterhalten zu diesem Zweck öffentliche Archive, denen eine mit dem Hessischen Archivgesetz übereinstimmende Satzung zu Grunde zu legen ist (vgl. § 6 Abs. 1 i.V.m. § 4 Abs. 1 HArchivG). Erst wenn es in einer Kommune kein eigenes öffentliches Archiv gibt, ist diese verpflichtet, sich anderweitig um die Archivierung ihres historisch wertvollen Schriftguts zu kümmern, das zur Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt wird.<sup>7</sup> Sie bietet ihre Unterlagen dann dem zuständigen Staatsarchiv oder einem anderen öffentlichen Archiv an. Für die dortige Archivierung ist jedoch ausdrücklich keine privatrechtliche Deponierung mehr möglich und nötig: Staatliches wie kommunales Schriftgut im Land Hessen wird bei der Übernahme von einer öffentlichen Verwaltung in ein Archiv in jedem Fall zu öffentlichem Archivgut, für das in vollem Umfang das Hessische Archivgesetz gilt.

### Einvernehmliche Lösungen

Das Staatsarchiv Marburg hat sich daher in den vergangenen Jahren an einzelne betroffene Kommunen gewandt, um in gegenseitigem Einvernehmen eine mit dem Archivgesetz in Einklang stehende Lösung herbeizuführen. Im Zentrum der Überlegungen stand zum einen die gemeinsame Sorge um die Sicherung des Archivguts als Kulturgut. Zum anderen ging es darum, dass das Archivgut der hessischen Kommunen ebenso wie des Landes nach archivrechtlichen statt nach privatrechtlichen Grundsätzen benutzbar ist. Der Vorteil liegt dabei auf der Hand: Ein wichtiges Anliegen des Hessischen Archivgesetzes in Verbindung mit der Benutzungsordnung ist es, an sachlichen Überlegungen orientierte Standards zur Benutzung von Archivgut festzulegen.<sup>8</sup> Als bereichsspezifische Regelung zum Datenschutzgesetz definiert es dazu einheitliche Fristen, ab denen Archivgut von jedermann eingesehen werden kann. Das bedeutet im Gegenzug, dass Archivgut vor dieser Frist für die öffentliche Benutzung gesperrt ist. Eine solche Schutzfrist ist vor allem für personenbezogene Akten wichtig, die z.B. Auskunft über Privatangelegenheiten von Bürgern geben.

In den Gesprächen zwischen Staatsarchiv und Kommunen wird im Einzelfall entschieden, an welchem Ort diese beiden Aspekte des Erhalts und der öffentlichen Benutzbarkeit des Archivguts am besten gewährleistet werden. Ist ein kommunales Archiv vorhanden, so ist vor allem wichtig, dass seine Existenz langfristig gesichert ist. Es müssen regelmäßige Öffnungszeiten für die Benutzung angeboten werden und Magazinräume zur Verfügung stehen, die eine bestandserhalterisch einwandfreie Lagerung des Archivguts ermöglichen. Einige wenige Städte haben nach diesen Gesprächen ihr bislang im Staatsarchiv Marburg deponiertes Archivgut in das eigene öffentliche Ar-

chiv übernommen. Die Stadt Fritzlar beispielsweise hat die Archivalien der in den 1970er Jahren eingemeindeten Stadtteile, die bislang im Staatsarchiv lagen, im eigenen Stadtarchiv mit den Beständen der Kernstadt zusammengeführt. Die Stadt Bad Orb ist derzeit dabei, ein öffentliches Archiv einzurichten, sodass möglicherweise in absehbarer Zeit eine Rückgabe des kleineren Depositums vom Staatsarchiv Marburg in die örtlichen Räumlichkeiten erfolgen kann. Gut die Hälfte der Kommunen, deren Archivgut als Deposita verwahrt wurde, hat sich allerdings dafür entschieden, die betreffenden Unterlagen künftig im Staatsarchiv Marburg zu archivieren. Einen ersten Teil der Findmittel zu diesen Beständen hat das Staatsarchiv im vergangenen Sommer mit Hilfe von Drittmitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft retrokonvertieren lassen, sodass sie bald online im Internet recherchierbar sein werden (vgl. den Beitrag in diesem Heft S. 12 f.).

Bei der Sicherung des kommunalen Archivgutes im Land Hessen ist dem Staatsarchiv Marburg an einer lebendigen Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Landkreisen und kommunalen Verbänden gelegen. Auch das Verwaltungsschriftgut, das jetzt in den Behörden erwächst, muss dabei in den Blick genommen werden. Denn das, was gegenwärtig in Politik und Gesellschaft geschieht, sollen kommende Generationen ebenfalls im Rahmen von privater oder wissenschaftlicher Heimat-, Orts- und Landesgeschichte erforschen können.

Nicola Wurthmann ♦

- 1 Prof. Dr. Günter Hollenberg hat hierüber bereits in einem Vortrag unter dem Titel „Kündigung von Depositaverträgen – Rückgabe von kommunalem Archivgut“ auf dem 28. Hessischen Archivtag am 14. Juni 2005 in Butzbach berichtet.
- 2 Vgl. zu Könneces Tätigkeit als Archivar allgemein Gerhard MENK, Gustav Könnেকে (1845–1920). Ein Leben für das Archivwesen und die Kulturgeschichte, hrsg. vom Hessischen Staatsarchiv Marburg i.V.m. dem

Verein für hessische Geschichte und Landeskunde e.V. Zweigverein Marburg, Marburg 2004 (Schriften des Hessischen Staatsarchivs Marburg, 13, Hessische Forschungen zur geschichtlichen Landes- und Volkskunde, 42), S. 27–54.

- 3 Vgl. den Zugang 1877/15 im Staatsarchiv Marburg und das anlässlich der Ablieferung übersandte Schreiben des damaligen Bürgermeisters Temme an das Staatsarchiv Marburg, 1877 Mai 26, in der Registratur des Staatsarchivs Marburg (StAM), K Grebenstein 2, Bd. 1. Der Besuch Könneces ist rückblickend in einem Protokoll von Friedrich Küch vom 4. Januar 1893 überliefert, vgl. ebd. – Vgl. zur frühen Abgabe des Stadtarchivs Grebensteins Fritz WOLFF, Das Hessische Staatsarchiv Marburg. 100 Jahre seiner Geschichte, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 27, 1977, S. 135–160, hier S. 147.
- 4 StAM, K Grebenstein 2, Bd. 1: Friedrich Küch an Gustav Könnেকে, 1893 Januar 5, fol. 1v.
- 5 StAM, K Grebenstein 2, Bd. 1: Verfügung des Regierungspräsidenten in Kassel, Konrad Rothe, 1892 März 15, Journal-Nr. A I 953 (Abschrift), im Aktenkontext überliefert als Anlage zum Schreiben des Königlichen Oberpräsidiums der Provinz Hessen-Nassau an das Staatsarchiv Marburg, 1892 März 26, Tgb.-Nr. 1823. Die Verfügung erweiterte vorangegangene Fassungen vom 22.9.1891 und 22.11.1876 u.a. in der Festlegung, dass zu den in Frage kommenden Papieren ausdrücklich sämtliche „Urkunden, Urkundenabschriften, Akten, Protokolle, Rechnungen, Rechnungsbelege [sic], Kataster, Grundbücher, Zinsbücher, Flurkarten u.s.w.“ zu zählen seien.
- 6 Vgl. Hessisches Archivgesetz (HArchivG) vom 18. Oktober 1989 (GVBl. I S. 270), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Juli 2007 (GVBl. I S. 380), als download von der Website der hessischen Staatsarchive, z.B. <http://www.staatsarchiv-marburg.hessen.de> > Über uns > Rechtsgrundlagen.
- 7 Sofern eine Gemeinde, ein Landkreis oder kommunaler Verband über ein eigenes Archiv, aber nicht über eigenes Fachpersonal verfügt, sollte für eine Beratung Sorge getragen werden (vgl. § 4 Abs. 2 HArchivG). Ansprechpartner ist entweder das zuständige Staatsarchiv oder ein anderes fachlich geführtes öffentliches Archiv. Hilfestellung leistet seit Beginn des Jahres 2008 auch die Archivberatungsstelle der hessischen Staatsarchive, die beim Staatsarchiv Darmstadt angebunden ist. Über sie informiert der Internetauftritt der hessischen Staatsarchive, vgl. z.B. <http://www.staatsarchiv-darmstadt.hessen.de> > Über uns > Archivberatungsstelle.
- 8 Vgl. Benutzungsordnung für die Staatsarchive des Landes Hessen (ArchivBO) vom 11. März 1997, herunterzuladen über die Website der hessischen Staatsarchive, z.B. <http://www.staatsarchiv-marburg.hessen.de> > Über uns > Rechtsgrundlagen.

## HADIS-Archivdatenbank auch für Kommunalarchive

Das Hessische Archiv-Dokumentations- und Informations-System HADIS (<http://www.hadis.hessen.de>) ist als archivische Recherchedatenbank der drei hessischen Staatsarchive bei den Archivnutzern sowie in der Fachöffentlichkeit bekannt und wird bestens angenommen. Schon bei der Einführung von HADIS war vorgesehen, die Datenbank auch für Kommunalarchive und andere nicht staatliche Archive in Hessen nutzbar zu machen.

Heute schon sind ca. 270 nicht staatliche Archive in Hessen ebenfalls in HADIS nachgewiesen. Das heißt, dass wichtige Basisangaben über diese Archive online im Internet zugänglich sind. Dazu zählen u. a.:

- Bezeichnung des Archivs
- Postanschrift / Besuchsadresse
- Kommunikationsdaten (Telefon, Fax, E-Mail, Homepage)
- Öffnungszeiten
- Trägerschaft
- Leitung
- Bestände
- Bibliotheksbestand
- Veröffentlichungen

Diese Daten werden laufend durch das Hessische Hauptstaatsarchiv gepflegt. Dieser Service ist für die nicht staatlichen Archive kostenlos. Um die Aktualität der Daten sicherzustellen, ist das Hauptstaatsarchiv auf die aktive Unterstützung der Archivmitarbeiter/innen vor Ort angewiesen. Ergänzungen oder Korrekturen werden per E-Mail oder Post an das Hessische Hauptstaatsarchiv erbeten (Kontaktdaten siehe unten). Auch neue oder bislang noch nicht berücksichtigte Archive können dorthin gemeldet werden.

Eine Archiv-Recherche-Datenbank besteht aber nicht nur aus Angaben über die Archive, sondern sollte auch möglichst umfassende Angaben über die Archivalien in den Archiven enthalten. Zur Zeit sind ca. 3 Millionen Stückverzeichnungen in HADIS zu recherchieren; der Großteil davon sind Archivalien der drei Staatsarchive. Bislang sind erst wenige Archivalien aus Kommunalarchiven – u.a. aus den Stadtarchiven Darmstadt, Lorsch und Weiterstadt – in HADIS nachgewiesen. Das soll sich künftig ändern.

Die hessischen Staatsarchive planen derzeit in Zusammenarbeit mit der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung, HADIS auch den nicht staatlichen Archiven zum Einstellen

von Erschließungsdaten zu öffnen. Dazu soll das HADIS-Erfassungsmodul über das Internet zugänglich gemacht werden. Damit können die Erschließungsdaten von den beteiligten Archiven dezentral erfasst und bearbeitet werden, während die Speicherung dieser Daten in der gemeinschaftlichen HADIS-Datenbank zentral in Wiesbaden geschieht. Die neu erfassten Erschließungsdaten sind dann innerhalb weniger Sekunden im Internet recherchierbar. Die Staatsarchive möchten diese Lösung den interessierten hessischen Archiven zum Selbstkostenpreis (monatlicher Beitrag) zur Verfügung stellen, dessen Höhe noch nicht festgelegt werden konnte. Kommunalarchive und andere nicht staatliche Archive, die möglicherweise teilnehmen wollen, werden gebeten, ihr Interesse zunächst unverbindlich beim Hessischen Hauptstaatsarchiv anzumelden.

Da die Umsetzung dieser Lösung nicht von heute auf morgen realisiert werden kann, bieten die hessischen Staatsarchive als Zwischenlösung an, die IT-gestützten Erschließungsdaten von bereits fertig verzeichneten Archivbeständen der Kommunalarchive im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten schon heute nach HADIS zu importieren und damit im Internet zu

veröffentlichen. Dieses Angebot ist für die Kommunalarchive kostenfrei; es kann aber nur im Rahmen der bestehenden Kapazitäten der Staatsarchive umgesetzt werden und ist auch abhängig von der Art der Erfassung der Ausgangsdaten. Im Einzelfall muss abgestimmt werden, wie die Ausgangsdaten ggf. aufgearbeitet werden müssen und welche Importschnittstelle genutzt werden kann. Interessenten sollten sich an das Hessische Hauptstaatsarchiv wenden, um die konkreten Umsetzungsmöglichkeiten abzustimmen. *Peter Sandner* ♦

Ansprechpartner: Dr. Peter Sandner, Tel. 0611/881-131.  
Kontakt per E-Mail unter [poststelle@hhstaw.hessen.de](mailto:poststelle@hhstaw.hessen.de) oder per Post an das Hessische Hauptstaatsarchiv, Mosbacher Str. 55, 65187 Wiesbaden.

Recherche in HADIS: <http://www.hadis.hessen.de>  
Informationen über HADIS: <http://www.hauptstaatsarchiv.hessen.de> > Bestände & Benutzung > Recherchedatenbank HADIS



Betriebsfärberei der Firma Kalle in Biebrich, um 1900. Den historischen Bildbestand der Firmen Kalle / Albert / Dyckerhoff hat das Stadtarchiv Wiesbaden jetzt übernommen. Zum Beitrag unten Seite 31.

# Pilotphase zum DFG-Projekt „Retrokonversion archivischer Findmittel“ abgeschlossen

Recherchedaten zu 16 Stadtarchivbeständen des Staatsarchivs Marburg online verfügbar

Die hessischen Staatsarchive haben sich im vergangenen Jahr an der Pilotphase des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekts zur Retrokonversion archivischer Findmittel beteiligt.<sup>1</sup> Ende Oktober 2007 wurden ihnen von der DFG Drittmittel zur Retrokonversion von ca. 55.000 Verzeichnungseinheiten bewilligt. Von Februar bis August 2008 erfolgte in Zusammenarbeit mit einem Dienstleistungsunternehmen und der Koordinierungsstelle Retrokonversion an der Archivschule Marburg die Projektdurchführung.<sup>2</sup> Nun lassen sich die Daten in dem

## Ausgangslage

Die hessischen Staatsarchive begannen vor ca. 10 Jahren mit der Retrokonversion erster maschinenschriftlicher Findmittel; bis Ende des Jahres 2007 stellten sie in HADIS insgesamt fast 3 Millionen Verzeichnungseinheiten online zur Verfügung.<sup>3</sup> Allein das Staatsarchiv Marburg hat seit der Einführung von HADIS im Jahr 2002 ca. 279.000 Verzeichnungseinheiten (VZE) aus herkömmlichen Findmitteln für die Internet-Recherche bereitgestellt. Nimmt man die direkt eingegebenen Erschließungsdaten hinzu, sind derzeit ca. 490.000 VZE zu Marburger Archivalien digital recherchierbar.

Die in einer Archivdatenbank erfassten Informationen können jederzeit aktualisiert und durch neu hinzukommende Informationen ergänzt werden: Anders als in einem gedruckten Findbuch, das sich nach der Veröffentlichung nicht mehr verändern lässt, ist die Eingabe von Erschließungsdaten in einem System wie HADIS prinzipiell niemals abgeschlossen. In HADIS werden Neueinträge sogar pro Datensatz individuell und ohne Zeitverzögerung angezeigt, sofern keine Veröffentlichungssperre aus datenschutzrechtlichen Gründen besteht. Diese Flexibilität bei der Datenerfassung machen sich die Archive zunutze. Von den insgesamt ca. 2600 Beständen des

Staatsarchivs Marburg, die in HADIS angezeigt werden, sind derzeit ca. 290 Bestände vollständig digital erschlossen. Weitere ca. 640 Bestände erscheinen mit Stückverzeichnungen, und der Rest wird mit Bestandsbeschreibungen überblicksartig charakterisiert. Dieses Angebot an Online-Findmitteln wächst durch die Erschließungs- und Retrokonversionstätigkeit der Archivmitarbeiter kontinuierlich. Durch gebündelte Projekte ergeben sich zusätzliche Möglichkeiten, große Mengen an Recherchedaten in kurzer Zeit zur Verfügung zu stellen.

## Projektdurchführung

Für die Retrokonversion im Rahmen des DFG-Pilotprojekts wurden Findmittel zu sechzehn Stadtarchivbeständen des Staatsarchivs Marburg ausgewählt, die sich aus formalen und rechtlichen Gründen besonders für eine Präsentation im Internet eignen (vgl. ARCHIVnachrichten aus Hessen 7/2, 2007, wie Anm. 1). Die Findmittel wurden vorab in ihren Besonderheiten beschrieben, anschließend wurde ihr Textbestand durch das Dienstleistungsunternehmen erfasst und



HADIS Hessisches Archiv-Dokumentations- und Informations-System  
Hessisches Staatsarchiv Marburg(HStAM) ▶  
Stadt Borken(330 Borken) ▶  

- ▶ Akten der Kernstadt
- ▶ 6 Kirchen und Schulen
- ▶ 6.2 Schulwesen
- ▶ 6.2.5 Schulgebäude, Inventar

Sig.	Titel	Laufzeit	Details
A 548	Bau und Unterhaltung der Schulgebäude	1825-1907	▶
A 691	Reinigung und Heizung der Schulkale	1833-1906	▶
A 699	Unterhaltung der Schulgärten	1838-1905	▶
A 325	Neubau eines Volksschulgebäudes	1890-1907	▶
A 546	Kostenanschlag für den Neubau eines Schulhauses in Borken	1905-1906	▶
A 435	Neubau eines Volksschulgebäudes und Umbau des alten Schulhauses	1907-1908	▶
A 1080	Herstellung einer elektrischen Lichtanlage in der Wohnung des Lehrers der Mittelklasse	1907-1918	▶
A 260	Ansammlung eines Schulaufonds sowie Aufhebung desselben	1907-1930	▶
A 266	Allgemeine Vorschriften zur baulichen Unterhaltung der Volksschulen	1908-1911	▶
A 272	Beschaffung von Heiz- und Beleuchtungsmaterial	1908-1927	▶
A 419	Beitrag des Gutsbezirks Marienrode zu den Neubäukosten des Schulhauses sowie zu den laufenden Unterhaltungskosten	1908-1929	▶
A 401	Bau und Unterhaltung der Schul- und Lehrhäuser, Allgem.	1908-1935	▶
A 308	Unterhaltung der Schulhäuser	1906-1936	▶

Schnellsuche:    
[Hilfe zur Suche](#)

Letzte Aktualisierung: 07.10.2008 V 2.66 IMPRESSUM SUCHE HILFE MERKZETTEL GEHE ZU

Jetzt über das Internet recherchierbar: Das Findbuch zum Bestand 330 Stadtarchiv Borken des Staatsarchivs Marburg wurde mit DFG-Drittmitteln retrokonvertiert.

Hessischen Archiv-Dokumentations- und Informations-System HADIS unter <http://www.hadis.hessen.de> online recherchieren.

Die Drittmittel wurden gezielt genutzt, um Findmittel zu Kommunalarchivbeständen der hessischen Staatsarchive ins Internet zu stellen. Die Findmittel zu der Bestandsgruppe 330 Stadtarchive des Staatsarchivs Marburg lagen bislang vor allem in analoger Form vor. Nur vereinzelt waren entsprechende Informationsdaten im Rahmen von Erschließungsprojekten oder bei jüngeren Neuzugängen in HADIS erfasst worden. Die hessischen Staatsarchive möchten mit ihrer Wahl interessierten Kommunalarchiven in Hessen geeignete Anknüpfungspunkte bieten, um ebenfalls Anträge auf Retrokonversion von eigenen Findmitteln bei der DFG zu stellen. Auf diese Weise könnten hessische Staats- und Kommunalarchive gemeinsam zu dem gegenwärtigen Bemühen der Archive beitragen, große Mengen an Recherchedaten im Internet zugänglich zu machen, damit sich Benutzer vorab über das vorhandene Archivgut informieren und ihren Archivbesuch optimal planen können.

einer EAD-XML-Struktur zugewiesen. Nach einer Erstkontrolle durch die Koordinierungsstelle Retrokonversion und das Staatsarchiv Marburg erfolgte die Fertigstellung der Dateien durch das Dienstleistungsunternehmen. Parallel zu diesem Erfassungsprozess ließen die hessischen Staatsarchive ein Skript zum Import der EAD-XML-Dateien nach HADIS entwickeln. Die Endkontrolle der gelieferten Daten konnte auf diese Weise direkt in HADIS durchgeführt werden.

Das Ergebnis des Pilotprojekts kann sich sehen lassen. In der vergleichsweise kurzen Zeit von einem halben Jahr wurde eine respektable Anzahl an Verzeichnungsdaten für das Internet aufbereitet. Dabei waren die unterstützende Tätigkeit der Koordinierungsstelle Retrokonversion und der Erfahrungsaustausch der am „Piloten“ beteiligten Archive hilfreich. Im Staatsarchiv Marburg diente diese Testphase aber auch dazu, noch bestehende Schwierigkeiten bei den Retrokonversionsarbeiten in Zusammenarbeit mit dem diesmaligen Dienstleistungsunternehmen zu analysieren und Verbesserungsvorschläge zu formulieren. Es wuchs die praktische Erfahrung darin, die archivfachlichen Voraussetzungen gegenüber einem Dienstleister exakt zu definieren und den Arbeitsablauf von der ersten Charakterisierung des Findbuchs bis zur Kontrolle der in HADIS importierten Daten bestmöglich zu gestalten. Diese Kenntnisse können für künftige Retrokonversionsprojekte genutzt und weitervermittelt werden.

Der Datenimport wird im Staatsarchiv Marburg zum Anlass genommen, Folgearbeiten an den Beständen durchzuführen. So wird beispielsweise die Lagerung des Archivguts im Einzelfall überprüft und bei Bedarf nach bestandserhalterischen Grundsätzen verbessert. Bei den Amtsbüchern war es für die neue Möglichkeit der elektronischen Vorbestellung von Einzelbänden vielfach notwendig, alte Gruppenverzeichnungen aufzulösen und in Bandserien mit Einzelsignaturen umzugestalten. In zwei Fällen wurde die Arbeit an den vorhandenen Findmitteln schließlich aufgegriffen, um noch ausstehende Erschließungsrückstände in Teilbereichen dieser Bestände zu beheben.

Die retrokonvertierten Findmittel liegen im EAD-XML-Format vor und werden nach Projektabschluss auch im BAM-Portal ([www.bam-portal.de](http://www.bam-portal.de)) zur Verfügung gestellt. Einer Datenübertragung an weitere institutionenübergreifende Portale wie beispielsweise an das geplante Archivportal D des Bundesarchivs steht dann prinzipiell nichts im Wege.

### Weitere Planungen

In der Pilotphase wurden zunächst nur maschinenschriftliche Findmittel berücksichtigt. Für die erste reguläre Antragsphase des DFG-Projekts hat sich das Staatsarchiv Marburg auch mit handschriftlichem Material beworben. Der Antrag umfasst weitere Findmittel zu zwölf kommunalen Archivbeständen im Staatsarchiv. Die Hälfte sind handschriftliche Findbücher, Listen oder Karteien in lateinischer oder deutscher Schrift, teilweise mit unterschiedlichen Schreiberhänden. Obwohl sie nur einen Gesamtumfang von knapp 9000 VZE gegenüber den maschinenschriftlichen Findmitteln mit ca. 20.000 VZE haben, wird ihre Erfassung und Konversion viel aufwendiger sein. Doch dürfte die Retrokonversion dieser Findmittel die Attraktivität der Benutzung in besonderem Maße erhöhen, da so eine komfortable Suche in den digitalen Daten anstelle einer mühsamen Durchsicht handschriftlicher Informationen möglich wird.

Nicola Wurthmann ♦

- 1 Vgl. Sigrid Schieber / Nicola Wurthmann, DFG-Förderung für die Retrokonversion von Findmitteln. Hessische Archive beteiligen sich an der Pilotphase, in: ARCHIVnachrichten aus Hessen 7/2, 2007, S. 3 f. Vgl. die DFG-Programme zur Förderung der wissenschaftlichen Literaturverorgungs- und Informationssysteme (LIS), online unter [http://www.dfg.de/forschungsfoerderung/wissenschaftliche\\_infrastruktur/lis/index.html](http://www.dfg.de/forschungsfoerderung/wissenschaftliche_infrastruktur/lis/index.html).
- 2 Vgl. zu Einrichtung und Aufgaben der Koordinierungsstelle Retrokonversion bei der Archivschule Marburg die Internetpräsentation unter <http://www.archivschule.de/content/460.html>.
- 3 Vgl. Tätigkeitsbericht der hessischen Staatsarchive 2007, Wiesbaden/Darmstadt/Marburg 2008, S. 8–11, vgl. auch die Übersichtszahlen ebd. S. 32, als Download auch auf der Homepage der Hessischen Staatsarchive.

### Antragstellung zum DFG-Projekt

Archive, die Fördermittel für die Retrokonversion ihrer analogen Findbücher oder Findkarteien beantragen möchten, sollten sich zur Beratung an die Koordinierungsstelle Retrokonversion (<http://www.archivschule.de/retrokonversion>) wenden. Die Antragstellung ist bis 2015 jeweils zu zwei Terminen pro Jahr möglich. Nächster Antragstermin ist der 1. Mai / 15. Juni 2009 (DFG-Begutachtung und Entscheidung im November 2009). An der aktuellen Antragsphase haben sich mit dem Stadtarchiv Köln und dem Stadtarchiv Ibbenbüren bereits zwei Kommunalarchive beteiligt, und auch für die weiteren Antragsphasen haben nicht nur Staatsarchive, sondern auch einige Kommunalarchive Interesse an einer Antragstellung geäußert. So planen beispielsweise in Hessen derzeit die Archive des Kreises Gießen einen gemeinsamen Antrag. Auch solche Kooperationen sind durchaus möglich und können den Aufwand für das einzelne Archiv verringern.

Sigrid Schieber ♦

## Ausstellungen

# Pogromnacht – Auftakt am 7. November 1938 in Hessen

## Eine Ausstellung des Staatsarchivs Marburg zum Gedenkjahr

In der Judenverfolgung des NS-Regimes kommt Hessen die unrühmliche Rolle zu, den Schauplatz zum Auftakt der Novemberpogrome gebildet zu haben. Ja Hessen hat geradezu den Testfall dafür abgegeben, inwieweit die Inse-

nierung des „Volkszorns“ gegen Synagogen, Geschäfte, Wohnungen und nicht zuletzt gegenüber jüdischen Personen von der Mehrheitsbevölkerung toleriert oder gar unterstützt wurde. Bereits am 7. November, dem Tag des Attentats durch Her-

schel Grynszpan auf Legationsrat vom Rath in Paris, kam es zu Synagogenbrandstiftungen und weiteren Ausschreitungen in den nord- und osthessischen Städten Kassel, Bebra, Rotenburg, Baumbach und Sontra. Am 8. November folgten zahlreiche weitere Städte und Dörfer im gesamten Regierungsbezirk Kassel, darunter Witzenhausen, Hersfeld, Eschwege, Fritzlar, Melsungen, Felsberg, Treysa und Kirchhain. In Felsberg forderten die Ausschreitungen sogar ein erstes Todesopfer.

Anlässlich der 70. Wiederkehr der Novemberpogrome 1938 will das Staatsarchiv Marburg die damaligen Vorgänge mit zahlreichen Originaldokumenten neu aufarbeiten und zugleich einordnen in die Geschichte der Judenverfolgung im Nationalsozialismus. Die in vier Abschnitte gegliederte Ausstellung widmet sich im ersten Teil der Vorgeschichte der Pogromnacht: der Diskriminierung und schleichenden Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung aus allen gesellschaftlichen



*In der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 ging auch die Marburger Synagoge in Flammen auf (Bildarchiv Foto Marburg).*

Bereichen und ihrer zunehmenden Verfolgung in den Jahren 1933 bis 1937/38. Hier wird u.a. ein frühes Beispiel brutalen Vorgehens mit Todesfolge dokumentiert, der Fall des von SA-Schlägertrupps angegriffenen Kasseler Rechtsanwalts Dr. Max Plaut im März 1933. Auch Synagogen wurden bereits zum Ziel nationalsozialistischer Fanatiker, wie der Fall Felsberg dokumentiert. In Vorwegnahme der sog. Nürnberger Gesetze wurde in Marburg im August 1933 ein junger Student mit einem Schild „Ich habe ein Christenmädchen geschändet!“ an einer gaffenden Menge vorbeigetrieben.

In ihrem Hauptteil zeichnet die Ausstellung die Novemberpogrome beispielhaft an den Fällen Bebra, Fulda und Marburg nach. Wichtige Erkenntnisse liefern hierbei die Prozessakten

der frühen Nachkriegsjahre, wobei Zeugenaussagen und Vernehmungen Beschuldigter allerdings oft ein widersprüchliches Bild ergeben. Eine zeitgenössische Quelle von besonderem Rang ist das vom Stadtarchiv Fulda zur Verfügung gestellte Polizeibuch, das minutiöse Aufzeichnungen über sämtliche Ausschreitungen vom 9. bis 11. November sowie die passive Reaktion der Behörden enthält.

Die Novemberpogrome waren verbunden mit der Inhaftierung und Deportation von annähernd 30.000 jüdischen Männern in die Konzentrationslager Buchenwald, Sachsenhausen und Dachau. Hier wurden sie brutal behandelt, und nicht wenige fanden den Tod, wie etwa der Marburger Hotelbesitzer Gerson Isenberg. Ziel der Deportationen aus dem nördlichen Hessen war Buchenwald, das insgesamt etwa 10.000 Männer aufnahm. Im Archiv des Internationalen Suchdienstes in Arolsen werden hierzu höchst aussagekräftige Dokumente verwahrt. Es handelt sich um Transportlisten einzelner Städte und Sammelpunkte wie auch um akribisch geführte Zu- und Abgangslisten sowie Häftlingskarteikarten. Auf der örtlichen Ebene vermögen einige Stücke aus dem Gemeindeforschungsarchiv Weimar (Kreis Marburg-Biedenkopf) zu dokumentieren, auf welche Weise und mit welchen Kosten drei betroffene Männer aus dem Dörfchen Roth zum Sammelpunkt Altes Amtsgericht Kirchhain transportiert wurden.

Die Pogrome vom 7. bis zum 10. November 1938 sowie die damit verknüpfte sogenannte Buchenwald-Aktion markierten einen entscheidenden Wendepunkt im eliminatorischen Antisemitismus des NS-Regimes. Schon am 12. November schloss sich eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen an, wie die sog. Sühneleistung von 1 Milliarde Reichsmark oder die Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben. Triumphierend notierte Josef Goebbels am 13. November in seinem Tagebuch: „Jedenfalls wird jetzt tabula rasa gemacht.“ Konsequenterweise wurde nun der Weg zu Vertreibung und Vernichtung beschritten. Der dritte Teil der Ausstellung zeichnet diesen Weg an ausgewählten Einzelfällen nach, bis hin zu den drei Deportationen aus dem Regierungsbezirk Kassel im Dezember 1941 nach Riga, im Mai 1942 in die besetzten Gebiete im Osten und im September 1942 nach Theresienstadt.

Im abschließenden Teil werden Schlaglichter auf den Umgang mit dieser Geschichte nach 1945 geworfen. Zunächst geht es um die frühe justizielle Aufarbeitung der Pogromnächte an den Beispielen Bebra, Fulda und Marburg, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Marburg liegt. Es wird deutlich, dass diese Aufarbeitung alles andere als ein Ruhmesblatt der Rechtsprechung im Nachkriegsdeutschland darstellt.

Beleuchtet werden ferner die Aspekte Erforschen, Dokumentieren und Erinnern. Für die Erforschung und Dokumentation steht die Arbeit der bereits 1963 unter dem Eindruck des Auschwitz-Prozesses gegründeten Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, insbesondere das 1981 aufgenommene Dokumentationsprojekt zu den jüdischen Friedhöfen. Dagegen kennzeichnete den Umgang mit der Geschichte in der breiten Öffentlichkeit viele Jahrzehnte lang das Verdrängen. Dies zeigt sich insbesondere bei den Synagogen, von denen etliche noch nach 1945 abgerissen wurden. Die erhalten gebliebenen Bethäuser wurden oftmals umgebaut und fremd



Bei Ausgrabungen auf dem Synagogengelände in Marburg im Sommer 2008 wurden bauliche Überreste wie diese geschmiedete Türangel geborgen (Jüdische Gemeinde Marburg). Siehe auch Abb. unten S. 53.

genutzt. Sie standen nicht einmal unter Denkmalschutz. So gibt es heute, gemessen an der Zahl erhaltener Synagogen, nur wenige Gedenk- und Kulturstätten. Als Beispiel wurde für die Ausstellung die Synagoge Roth gewählt, die nach einer langen Geschichte der Fremdnutzung und kontroversen Debatten um ihre Restaurierung 1998 schließlich als Gedenkstätte des Kreises Marburg-Biedenkopf eingeweiht werden konnte und durch einen ehrenamtlich tätigen Verein betreut wird. Als weitere Form des Gedenkens dient das Projekt „Stolpersteine“ des Kölner Künstlers Gunter Demnig, mit dem an vielen Orten einzelner Verfolgter des NS-Regimes gedacht wird.

Grundstock der Ausstellung bilden die für diese Fragestellungen reichhaltigen Bestände des Staatsarchivs Marburg. Hinzu kommen jedoch Unterlagen aus den bereits erwähnten anderen Einrichtungen. Die amtliche Perspektive wird durch einige autobiographische Dokumente und Fotos aus privatem Besitz aufgebrochen. Gezeigt werden ferner ein siebenarmiger Leuchter aus dem Raum Frankenberg, ein Fragment des Sternenhimmels der Synagoge Roth sowie Fundstücke aus der jüngst durchgeführten Ausgrabung der Marburger Synagoge. Der Jüdischen Gemeinde Marburg ist besonders dafür zu danken, dass diese Funde erstmals im Staatsarchiv Marburg einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert werden dürfen.

Die Ausstellung wurde am 4. November 2008 unter großem Publikumsinteresse eröffnet. Den Einführungsvortrag

hielt der Historiker Prof. Dr. Peter Steinbach von der Universität Mannheim zu dem Thema „Von Hitlers ‚Mein Kampf‘ zu den Nürnberger Gesetzen: Die nationalsozialistische Rassenideologie – ein Handlungsrahmen?“ Anhand einer bislang unbeachteten Quelle konnte er belegen, dass die spätestens 1935 mit den Nürnberger Gesetzen beginnende massive Ausgrenzung und die folgende „Eliminierung“ der Juden aus der Gesellschaft bereits 1930 programmatisch vorformuliert waren. Die Zeitzeugin Gisela Spier-Cohen war eigens aus Toronto angereist. Ihr bewegender Bericht führte die Zuhörer mitten hinein in die Ereignisse der Pogromnacht im Dörfchen Momberg im Landkreis Marburg. Als neunjähriges Mädchen hatte sie die Nacht sicherheitshalber bei einer alleinstehenden Jüdin verbracht, die als Untermieterin bei Christen wohnte. Am frühen Morgen lief sie beunruhigt nach Hause und erfuhr, dass ihre Eltern aus Angst vor einem randalierenden SA-Trupp aus ihrem Haus geflüchtet waren. In der Synagoge fand sie das Inventar zertrümmert und die Kultgegenstände auf die Straße geworfen und verbrannt vor. Nachbarn, die um ihre eigenen Häuser fürchteten, hatten eine Brandstiftung gerade noch verhindert. Frau Spier-Cohen ist die einzige Überlebende ihrer Familie. Abschließend führten Prof. Reinhard Neebe und Dr. Annegret Wenz-Haubfleisch anhand einiger zentraler Dokumente und Exponate in die Ausstellung ein.

Reinhard Neebe, Annegret Wenz-Haubfleisch ♦

Die Ausstellung wird noch bis zum 15. Mai 2009 gezeigt.  
 Öffnungszeiten: Mo–Do 8.30 Uhr bis 19.00 Uhr; Fr 8.30 Uhr bis 13.00 Uhr.  
 Führungen auf Anfrage: Dr. Wenz-Haubfleisch (Tel. 06421/9250-177; [annegret.wenz-haubfleisch@stama.hessen.de](mailto:annegret.wenz-haubfleisch@stama.hessen.de));  
 Prof. Dr. Neebe ([neebe@digam.net](mailto:neebe@digam.net)).

Alle gezeigten Dokumente und Abbildungen sowie zahlreiche ergänzende Archivquellen sind abrufbar in der Online-Präsentation der Ausstellung „Pogromnacht – Auftakt am 7. November 1938 in Hessen“ im Digitalen Archiv Marburg (DigAM) unter der URL <http://www.digam.net/?exp=246>

## „Wirtschaftsförderung“ vor 200 Jahren: Die Wetzlarer Rechtsschule 1808–1816

### Ausstellung des Historischen Archivs der Stadt Wetzlar

Als im Jahre 1806 das Heilige Römische Reich deutscher Nation zu bestehen aufhörte, bedeutete dies auch das Ende des Reichskammergerichts in Wetzlar. Zwanzig Prozent der Wetzlarer Einwohner hatten zum Gericht gehört und standen jetzt vor dem Ruin – eine wirtschaftliche Katastrophe auch für die Stadt. Der Wetzlarer Landesherr Carl Theodor von Dalberg versuchte, den drohenden Wirtschaftskollaps von der Stadt abzuwenden und für die brotlos gewordenen Juristen neue Verdienstmöglichkeiten zu schaffen. Er richtete eine Rechtsschule ein, deren Statuten am 27. September 1808 genehmigt wurden. Das Dokument befindet sich

heute im Historischen Archiv der Stadt Wetzlar. Zum 200. Gründungsjubiläum zeigt das Archiv eine Ausstellung über die – allerdings nur kurzlebige – Rechtsschule.

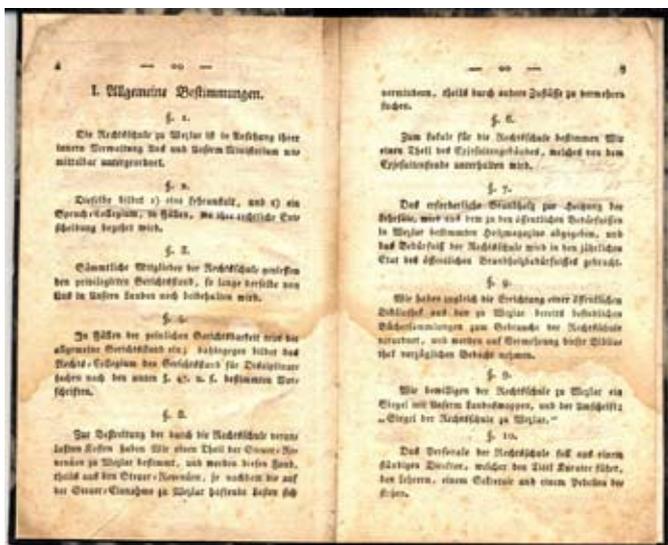
Die Statuten von 1808 regelten in 117 Paragraphen die Arbeit und den Betrieb der Rechtsschule. Ihr Hauptzweck sollte, neben der Hebung des gefährdeten Wohlstandes in der Stadt, die Vorbereitung der Einführung des Code Napoléon in den Dalbergischen Territorien sein. Der Gründer formulierte hohe Ansprüche an das neue Institut: „In wissenschaftlicher Hinsicht ist die Rechtsschule zu Wetzlar unabhängig, und keinen andern Gesetzen unterworfen, als welche das allgemeine Staats-

wohl, Religion und Moralität vorschreiben.“ Am 4. November 1808 fand im Arnburger Hof die Eröffnung der Rechtsschule statt. Das repräsentative Gebäude war mit Mobiliar aus den Beständen des Reichskammergerichts ausgestattet. Besonde-

Vorlesungen halten, für die sie ein Honorar verlangen durften. Neben der praxisbezogenen Ausbildung der jungen Juristen boten die Vorlesungen einen klassischen Fächerkanon, nämlich Römisches Recht, Kirchenrecht, Strafrecht, Lehnrecht, Prozessrecht bis hin zum Code Napoléon.

Der Rechtsschule war keine große Blüte beschieden, obwohl oder vielleicht gerade weil sie neue Wege der juristischen Ausbildung als einer Spezialausbildung beschritt. Anfangs zählte die Rechtsschule bis zu 26 Studenten, doch schon ab 1810 ging ihre Zahl merklich zurück. Professoren wechselten zu anderen Universitäten, das Interesse an der Rechtsschule sank. Im Jahre 1813 kam der Lehrbetrieb völlig zum Erliegen. Immerhin hatten bis dahin insgesamt 19 Studenten einen höheren Abschluss erreicht, darunter 12 die Doktorwürde. In den Räumen der Schule wurde ein Lazarett für die Opfer der Befreiungskriege eingerichtet. Die Wetzlarer Zeitung brachte Privatanzeigen von Juristen, die Haus- und Grundbesitz zum Verkauf anboten – sie wollten Wetzlar verlassen. Die Rechtsschule hatte die in sie gesetzten Hoffnungen zur wirtschaftlichen Erholung der Stadt nicht erfüllen können. Nach dem Übergang Wetzlars an Preußen 1815 wurde die Rechtsschule 1816 offiziell aufgehoben. Die bedeutende Bibliothek wurde dem Fundus der Bonner Universitätsbibliothek überwiesen.

Irene Jung ♦



Die Statuten der Rechtsschule von 1808 waren der Wissenschaft lange unbekannt. Sie haben sich im Historischen Archiv der Stadt Wetzlar erhalten (Auszug).

re Bedeutung wurde der Bibliothek beigemessen, deren Kern die Buchbestände des Reichskammergerichts bildeten. Zum Unterhalt der Rechtsschule und für die Gehälter der Lehrer und des sonstigen Personals hatte von Dalberg einen Teil der Wetzlarer Steuereinnahmen bestimmt. Neben ihrer Arbeit als bezahlte Lehrpersonen konnten die Professoren auch private

Die Wetzlarer Rechtsschule von 1808 bis 1816. Ausstellung bis zum 28. Februar 2009 im Alten Rathaus, Hauser Gasse 17, Wetzlar. Mo + Mi 8.00 bis 16.00 Uhr, Di + Do 8.00 bis 18.00 Uhr, Fr 8.00 bis 13.00 Uhr.

## Tagungen

# Digitale Unterlagen und ihre Archivierung

## 31. Hessischer Archivtag in Bad Homburg

Auf erstaunlich große Resonanz stieß das Thema des 31. Hessischen Archivtages am 10. Juni 2008 in Bad Homburg vor der Höhe. Bei strahlendem Sommerwetter kamen rund 130 Archivarinnen und Archivare im Weißen Saal des Landgrafenschlosses zusammen, um über das Thema „Papierloses Büro – kopfloser Archivar? Die Archivierung digitaler Unterlagen als Herausforderung und Chance“ zu beraten. Begrüßt wurden sie von der Bad Homburger Oberbürgermeisterin Dr. Ursula Jungherr, dem Landrat des Hochtaunuskreises Ulrich Krebs und Dr. Michael Diefenbacher als Vertreter des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare.

Am Vormittag standen drei Referate auf dem Programm. Dr. Peter Sandner vom Hessischen Hauptstaatsarchiv stellte in seinem Beitrag das Bauprojekt „Digitales Archiv“ der hessischen Staatsarchive vor. Für die drei Staatsarchive in Darmstadt, Marburg und Wiesbaden soll ein einheitliches digitales

Archiv aufgebaut werden. Im Rahmen eines dreimonatigen Vorprojektes unter Beteiligung der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung wurden die Anforderungen festgelegt und definiert, die ein digitales Archiv zu erfüllen hat. Diese reichen von Vorgaben zu Software und Hardware und zur Abwicklung eines standardisierten archivischen Arbeitsprozesses bis hin zur Definition der Kriterien, die für eine unbefristete, dauerhafte Aufbewahrung digitaler Daten zu erfüllen sind. Ein Fazit seines Referates war die Bezifferung eines siebenstelligen Euro-Betrages, der allein für die dreijährige Aufbauphase des digitalen Archivs zu Buche schlagen wird.

### Digitalisierungskompetenz als neues Rüstzeug im Archivberuf

Als Vertreter eines größeren Kommunalarchivs referierte Dr. Christoph Popp über die im Stadtarchiv/Institut für Stadtgeschichte Mannheim betriebene Digitalisierung. Bereits weit-

gehend digitalisiert sind Familienbögen, Meldekarten, die Bildersammlung, Plakate und Karten sowie die Zeitungsausschnittsammlung. Der Speicherumfang beträgt gegenwärtig 3,5 Terrabyte; der Archivserver, der auf 40 Terrabyte erweiterbar ist, wird in eigener fachlicher Verantwortung betreut. Weitere Digitalisierungskompetenz erwarb Mannheim seit 2006, als die Umstellung der Stadtverwaltung auf ein DOMEA-zertifiziertes Dokumentenmanagementsystem dem Archiv die Chance bot, sich an der Konzeption dieses Systems zu beteiligen und die Archivfunktion als einen Teil des Schriftgut- und Informationszyklus zu implementieren. Abschließend warb Popp dafür, Archivare sollten ihre Fähigkeiten im Bereich Digitalisierung ausbauen, um sich so innerhalb der Verwaltung besser positionieren zu können.

Die Sicherung elektronischer Unterlagen in einem global agierenden Unternehmen war Gegenstand des Vortrags von Dr. Ulrike Gutzmann. Das Unternehmensarchiv der Volkswagen AG wurde 1997 gegründet. Gegenwärtig umfasst der Archivalienbestand rund 3,5 km Akten, etwa 700.000 Fotonegative, rund 10.000 Unternehmenspublikationen, ca. 6000 Filme und bisher ungezählte Zeichnungen zu Gebäuden, Fahrzeugen und Werkzeugen sowie einige Objekte. Eine der größten Herausforderungen ist die Sicherung der bei Volkswagen in digitalen Systemen entstandenen und geführten Dokumente. An den sechs Volkswagen-Standorten Braunschweig, Wolfsburg, Hannover, Kassel, Salzgitter und Emden sind offiziell etwa 750 Dokumentenmanagementsysteme in den unterschiedlichsten Abteilungen im Einsatz. Das Unternehmensarchiv arbeitet daher verstärkt mit IT-Stellen im Hause zusammen, um in den Prozess der Implementierung von Systemen einbezogen zu werden und um die im Archiv vorhandenen Daten dauerhaft zu erhalten.

Die drei Referate, die fachkundig und kompetent von Dr. Nicola Wurthmann, Marburg, moderiert wurden, erfreuten sich einer lebhaften Diskussion.

Im „Forum“ am Nachmittag stellten sich das Archiv des Landessportbundes sowie die neue hessische Archivberatungsstelle vor. Peter Schermer vom Vorstand des Landessportbundes Hessen erläuterte zunächst die Arbeit des LSB: Ihm gehören 2 Mill. Einzelmitglieder an, die in 7800 Vereinen organisiert sind. Diese wiederum gliedern sich in 35 Sportkreise und 53 Sportverbände. Der LSB unterhält an seinem

Standort, der Landessportschule in Frankfurt, ein Archiv, das weitgehend ehrenamtlich betreut wird. Dabei wird er vom Arbeitskreis „Sport und Geschichte“ beraten. Das Archiv, das von Vorstandsmitglied Rolf Lutz aufgebaut wurde, besteht aus den Akten des LSB, aus Unterlagen der Sportkreise und -verbände – dies aber keineswegs vollständig – und umfasst Bücher, Zeitschriften und sonstige Exponate. Es ist nicht allgemein zugänglich. Vor einiger Zeit hat sich der LSB an den Verband hessischer Archivare gewandt mit der Bitte einer Unterstützung seiner Archivierungsbemühungen. Langfristiges Ziel ist die Überlieferungssicherung im Bereich der Sportgeschichte. Außerdem sollen die Sportvereine auf die Möglichkeit einer Abgabe ihrer Unterlagen an eventuell vorhandene Kommunalarchive aufmerksam gemacht werden.

Abschließend berichtete Ulrich Bartels über die Aufgaben und die bisher geleistete Arbeit der zum 1. Januar 2008 neu eingerichteten Archivberatungsstelle Hessen. Inzwischen hat sich ein Beirat etabliert, der Entwurf einer Geschäftsordnung wurde erstellt, die ersten Kontakte mit Städten und Gemeinden haben stattgefunden, um die Arbeit der Beratungsstelle zu präsentieren. Es konnte auch in einigen Fällen schon ganz konkret geholfen werden. Insbesondere ging Bartels auch auf Bemühungen der Archivberatungsstelle ein, Kommunen zur Schaffung von Archivverbänden zu animieren. In der Diskussion wurde unter anderem nach der weiteren Vorgehensweise gefragt, etwa danach, wie die Arbeit der Beratungsstelle ganz konkret bei den hessischen Gemeinden, die bislang ohne Archiv auskommen müssen, bekannt gemacht werden kann.

In der Mitgliederversammlung, die der Tagung voranging, erinnerte die Vorsitzende Dr. Brigitte Streich an die Verleihung des dritten hessischen Archivpreises, der 2007 an das Kreisarchiv Gießen ging, sowie an den damit verbundenen Festakt, der von der Preisträgerin Sabine Raßner im Gießener Schloss bestens vorbereitet worden war. Einen kurzen Rückblick warf sie auf den Archivtag des Jahres 2007: Als Frucht dieses gemeinsamen Hessisch-Thüringischen Archivtages in Eisenach erschien 2008 ein Tagungsheft mit der Publikation der Vorträge und Grußworte, dessen Herausgabe auch vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst gefördert wurde. Abschließend referierte Streich die Beschlüsse der Bundeskonferenz der Kommunalarchivare und bedankte sich bei ihren Vorstandskollegen für die konstruktive Arbeit.

Brigitte Streich ♦

## Zwischen Analog und Digital – Schriftgutverwaltung als Herausforderung für die Archive

### Archivwissenschaftliches Kolloquium in Marburg

Zu dem von der Archivschule Marburg organisierten 13. Archivwissenschaftlichen Kolloquium mit dem Thema „Schriftgutverwaltung als Herausforderung für die Archive“ kamen am 10. und 11. Juni 2008 mehr als 120 Teilnehmer aus dreizehn Ländern in der Evangelischen Stadtmision Marburg zusammen. In seiner Eröffnung wies Dr. Frank

M. BISCHOFF (Leiter der Archivschule Marburg) eindringlich darauf hin, dass sich die Zusammenarbeit der Archive mit den Behörden auf dem Gebiet der Schriftgutverwaltung nicht auf die gesetzlich festgeschriebene „Beratung“ beschränken könne. Vor allem vor dem Hintergrund der elektronischen Vorgangsbearbeitung habe ein intensiverer Austausch zu erfolgen. Nach



einem Grußwort durch den Oberbürgermeister der Stadt Marburg, Egon VAUPEL, begann der fachliche Teil mit dem Eröffnungsvortrag von Dr. Peter TOEBAK (Liestal/Schweiz), Autor des 2007 erschienenen Handbuchs „Records Management“. Er legte dar, dass in Zeiten, in denen die Ablaufroutinen des Records Management in den Verwaltungen immer mehr in Vergessenheit geraten und Schriftgutverwaltung ein langweiliges und aufwendiges Image hat, ein multi- und interdisziplinäres Vorgehen erforderlich ist, um Behördenmitarbeitern Grundlagen der Schriftgutverwaltung zu vermitteln.

In der ersten Sektion „Die Rolle der Archive in der behördlichen Schriftgutverwaltung im internationalen Vergleich“ wurde deutlich, dass im Gegensatz zu Deutschland Archivarinnen und Archivare in Australien, Schweden und Großbritannien in hohem Maße in die Arbeit in den Verwaltungen involviert sind. Dr. Karen ANDERSON (Australien, z. Zt. Professor of Archives and Information Science an der Midsweden University Hjärtösand) skizzierte in ihrem Vortrag den starken Einfluss der australischen Archivbehörden, in den Verwaltungen Standards des Records Management zu etablieren, um „good, reliable and usable records“ zu generieren. Auch in Schweden sind das Nationalarchiv und die regionalen Archive in die laufende Schriftgutverwaltung bei den Behörden direkt eingebunden, wie Dr. Anneli SUNDQVIST (Midsweden University Hjärtösand) darlegte. Einen Überblick zu aktuellen Themen und Trends des Records Management in Großbritannien gab Margaret CROCKETT (Archive-Skills Consultancy, London). Die Referentin prognostizierte, dass sich aufgrund der wachsenden Bedeutung digitaler Unterlagen die Nachfrage nach Records Managern sowohl in öffentlichen Verwaltungen als auch bei privaten Unternehmen massiv erhöhen werde.

Die zweite Sektion setzte den Schwerpunkt auf die analoge Schriftgutverwaltung. Anhand von Berichten aus der Praxis wurden Probleme und Lösungsansätze in verschiedenen Verwaltungsbereichen vorgestellt. Grit RICHTER-LAUGWITZ (Leiterin des Archivverbundes Stadtarchiv/Staatsfilialarchiv Bautzen) berichtete über die Entwicklung des Stadtarchivs Bautzen. Anette MEIBURG (Bundesarchiv Berlin) stellte die Beratungstätigkeit des Bundesarchivs im Bereich der behördlichen Schriftgutverwaltung vor. Da das Wissen um die effektive Aktenführung in Behörden weitgehend verloren gegangen sei, ist eine „Reorganisation des Geschäftsgangs“ unabdingbare Voraussetzung für die Einführung von Dokumentenmanagementsystemen. Dr. Alexandra LUTZ (Archivschule Marburg) stellte unter dem Vortragstitel „Wie räume ich (m)eine Schriftgutverwaltung auf? Vorgehensweisen und Hilfsmittel am Beispiel der Archivschule“ die Arbeitsschritte vor, aus denen sowohl ein verbesserter Aktenplan und ein Fristenkatalog als auch eine Geschäftsordnung der Archivschule hervorgehen.

Die verstärkt praxisorientierte dritte Sektion zum Thema „Schriftgutverwaltung digital: Ist-Stand und Probleme bei der Einführung von DMS“ eröffnete Dr. Peter SANDNER (Hes-

sisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden) mit einem Vortrag über DOMEA®, das zentrale Dokumentenmanagementsystem für alle Dienststellen des Landes Hessen. Auf Grundlage der Erfahrungen von Anwendern (DOMEA® wird seit Dezember 2005 im Pilotbetrieb im hessischen Wirtschaftsministerium angewendet) ging Sandner unter anderem auf die Probleme bei der Einführung des DMS ein. Insbesondere die Eingangsbearbeitung (Scannen, Erfassung der Metadaten) wird als aufwendig angesehen und trifft deshalb weiterhin auf Vorbehalte bei den Bearbeitern. Dr. Andrea HÄNGER (Bundesarchiv Koblenz) zog in ihrem Beitrag zur Umsetzung der elektronischen Schriftgutverwaltung in den Bundesbehörden nach zwölf Jahren eine geradezu ernüchternde Bilanz: Die Einführungsprojekte weisen eine hohe Misserfolgsquote auf, die ihre Ursachen in organisatorischen Schwächen, einer fehlenden Unterstützung durch die Leitungsebene und rechtlichen Unsicherheiten hat.

Die vierte Sektion widmete sich dem Records Management in Unternehmen und supranationalen Institutionen. Sie wurde eröffnet durch Fiorella FOSCARINI (Europäische Zentralbank Frankfurt am Main / Vancouver) mit einem Vortrag zur integrierten „Archival and Records Management Section“ bei der Europäischen Zentralbank Frankfurt am Main. Dr. Ruth KAPPEL (Abteilungsleiterin Corporate Social Responsibility, Celesio AG Stuttgart) skizzierte in ihrem Vortrag den großen Einfluss des Konzernarchivs auf die Schriftgutverwaltung im Unternehmen. Die ISO 15489, an deren Zertifizierung die Referentin beteiligt war, stellt den Standard bei Celesio dar. Inwiefern ein ausgebildeter Archivar in einem Unternehmensarchiv, das gleichzeitig als laufende Registratur fungiert, als Records Manager tätig sein muss, zeigte der Beitrag von Dr. Ullrich HANKE (Kernkraftwerk Brunsbüttel GmbH & OHG). Die Archivmitarbeiter verwalten Vorgänge mit Hilfe eines Dokumentenmanagementsystems und stellen Unterlagen wie Berichte oder Systembeschreibungen des Kernkraftwerkes nach KTA 1404 bereit.

Eine abschließende Sektion zu möglichen Strategien einer Optimierung von Schriftgutverwaltungen zeigte auf, dass Archivare sich als Experten auf diesem Gebiet bezeichnen können. Dies als ein Alleinstellungsmerkmal von Archivarinnen und Archivaren bekannt zu machen, dafür plädierte Irmgard MUMMENTHEY (Leiterin des Referates Grundsatzangelegenheiten des Archivwesens und des Kulturgutschutzes, Staatsarchiv Hamburg). Als ein zentrales Argument für effiziente Schriftgutverwaltung gelte, dass diese auch die wirtschaftlichen Ressourcen in Behörden schont: Die Mitarbeiter können sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren. In einem abschließenden Referat legte Dr. Alexandra LUTZ (Archivschule Marburg) anhand einer Analyse der Ausbildung in den Verwaltungsberufen dar, dass hier die Schriftgutverwaltung oder die Zusammenarbeit mit dem Archiv nur (noch) in sehr begrenztem Maße thematisiert wird. Ausgebildete „Registrierende“ werden heute in Verwaltungen nicht mehr beschäftigt. Die Leitungsebene anzusprechen, um ihr die Wichtigkeit dieser Thematik zu verdeutlichen, ist somit eine Aufgabe von Archivaren als den eigentlichen Experten für Schriftgutverwaltung. Nicht zuletzt dürfte der Weiterbildungsmaster „Records

◀  
*Der Frankfurter Hauptbahnhof in den 1950er Jahren. Foto: Sepp Jäger. Der fotografische Nachlass Jäger wurde vom Hessischen Wirtschaftsarchiv übernommen und wird jetzt digitalisiert (siehe unten Seite 37).*

Management“, der nach einem Beiratsbeschluss zukünftig an der Archivschule Marburg angeboten werden soll, dazu beitragen, Schriftgutverwaltung als Führungsaufgabe zu etablieren.

In der angeregten Abschlussdiskussion gingen die Wortmeldungen ins Grundsätzliche des archivarischen Berufsbildes. Es wurde etwa die Frage aufgeworfen, inwieweit Archivare gegenüber ausgebildeten Records Managern „überflüssig“ werden könnten. Zukunftsperspektiven der Schriftgutverwaltung

wurden thematisiert – eine von festen Standards geprägte Entwicklung ist jedoch nicht absehbar. – Wie bereits üblich geworden, sollen die Beiträge in Form eines Tagungsbandes in der Reihe der „Veröffentlichungen der Archivschule Marburg“ im kommenden Jahr publiziert und somit dem Interessentenkreis zur weiteren Auseinandersetzung mit dieser Thematik zugänglich gemacht werden.

Lars Adler, Katrin Marx-Jaskulski, Hendrik Weingarten ♦

## E-Government und digitale Archive

### Workshop in München brachte Archivwesen und Informatik zusammen

Die Archive haben in den letzten Jahren zunehmend ihren Blick auf die digitale Überlieferung der Verwaltungen gerichtet. Die archivarische Ausbildung hat sich darauf eingestellt: Zumindest in Ansätzen ist die Informationstechnologie zur modernen Hilfswissenschaft für Archivarinnen und Archivare geworden. Dennoch übernehmen Informatiker beim Aufbau digitaler Archive eine wichtige Funktion. Bei der Kommunikation zwischen den Berufsgruppen kann es dabei schnell zu Verständigungsschwierigkeiten kommen: „Archivierung“ bedeutet für den Informatiker die Verlagerung von Dateien an einen Speicherort mit geringerer Zugriffshäufigkeit und -geschwindigkeit. Für den Archivar dagegen ist Archivierung eine archivwissenschaftliche und archivrechtliche Kategorie. Um einen Beitrag zum Abbau solcher Kommunikationshürden zwischen den Berufsgruppen zu leisten, haben die hessischen Staatsarchive einen Austausch auf der „Informatik 2008“ in München unterstützt (<http://www.informatik2008.de>). Die „Informatik“, die Jahrestagung der Gesellschaft für Informatik e.V. (GI) hat für Informatiker etwa dieselbe Bedeutung wie der Deutsche Archivtag für die Archivwelt.

Der Workshop „E-Government und digitale Archive“ fand mit rund 30 Teilnehmern am 11. September 2008 im Theresianum, dem Hörsaalgebäude der Technischen Universität München, statt. Organisator des Workshops war der Informatiker Steffen W. Schilke von der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) in Wiesbaden. Schilke fungiert in der HZD als „Projektleiter Archivierung“ und ist der Ansprechpartner der hessischen Staatsarchive beim Aufbau eines digitalen Archivs. Die hessischen Staatsarchive fungierten als Multiplikatoren in die Archivwelt und betreuten die Workshopseite im Internet (<http://www.hauptstaatsarchiv.hessen.de/egovda>). Archivarinnen und Archivare anderer Landesarchive und des Bundesarchivs wurden für die Mitwirkung im Programmkomitee gewonnen.

Auf Archivseite beteiligten sich zwei Landesarchive (Brandenburg und Baden-Württemberg) sowie das Archiv der Europäischen Zentralbank (Frankfurt a.M.) mit Beiträgen am Workshop. Dass für die Landesarchive zwei Informatiker die Vorträge übernahmen, verdeutlicht den Wandel der Berufsbilder in den Archiven und bei ihren Kooperationspartnern. Rolf Lang (Ludwigsburg/Baden-Württemberg) vermittelte den Anwesenden einen Einblick in Probleme bei der Erkennung

von Dateiformaten und in die Lösungswege des Digitalen Archivs beim Landesarchiv Baden-Württemberg. Andreas Hirtzel (Granssee/Brandenburg) stellte die für das Brandenburgische Landeshauptarchiv programmierte XML-Schnittstelle vor, über die der Prozess von der Anbietung digitaler Akten durch die Behörden bis hin zur Langzeitarchivierung im digitalen Magazin des Landeshauptarchivs vollzogen werden kann.

#### Praxisprobleme: Digitale Signatur und Speichermedium

Fiorella Foscarini, Archivarin der Europäischen Zentralbank, widmete sich in ihrem englischsprachigen Beitrag dem Grundsatzproblem der digitalen Signatur. Sie verdeutlichte, dass digitale Signaturen auf eine begrenzte Lebensdauer ausgelegt sind, und kam zu dem nachvollziehbaren Schluss, dass diese im digitalen Archiv nicht dauerhaft fortgeführt werden können: Die „cultures of trust“ der IT-Welt einerseits und des Archivwesens andererseits sind unterschiedlicher Natur – Archive müssen eigene Methoden entwickeln, um die Authentizität ihrer digitalen Archivalien glaubwürdig zu belegen, so ihr Fazit.

Eine der Herausforderungen für die Archivierung digitaler Aufzeichnungen ist die Wahl der Speichermedien: Magnetplattenspeicher sind nur endlich haltbar und benötigen viel Strom. Davon ausgehend präsentierte Workshop-Organisator Steffen W. Schilke die Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie zur Speicherung digitaler Daten auf Mikrofilm, der als sehr alterungsbeständig gilt. In der von Schilke durchgeführten Studie wurden nicht Abbilder, also Ausdrucke digitaler Dokumente auf den Film geschrieben, sondern die Abfolge digitaler Bits (der Bitstrom) in Form von Barcodes. Zwar ist derzeit beim Wiedereinlesen der Daten durch Einscannen und Re-Digitalisieren mit Standardprodukten die Fehlerquote noch zu hoch, doch könnte der Ansatz zu einer interessanten Perspektive für die weitere Entwicklung der digitalen Langzeitspeicherung werden. Weitere Beiträge des Workshops waren dem E-Government-Bereich gewidmet, etwa der Erschließung amtlicher elektronischer Ressourcen aus Südostasien für deutschsprachige Nutzer oder der vernetzten Bereitstellung von Informationen öffentlicher Stellen in Vorarlberg.

Der Workshop war ein erster, vielversprechender Schritt, um die „Communities“ Archivwesen und Informatik einander näherzubringen. Besonders Informatiker haben die Herausforderung angenommen und begonnen, sich der archi-

vischen Anforderungen anzunehmen und sich damit auch ein neues Betätigungsfeld zu erschließen. Auf Seiten der Archivare scheinen die Berührungsgängste mit der Informationstechnologie zwar kleiner zu werden, sie sind aber noch nicht abgebaut. Der geringe Anteil an Archivarinnen und Archivaren

unter den Teilnehmern des Workshops ist ein Indiz dafür, dass manche die Informatik nach wie vor als die Höhle des Löwen empfinden. Eine Fortsetzung des Dialogs ist wünschenswert und nötig – vielleicht auf einem der nächsten regionalen oder nationalen Archivtage. *Peter Sandner* ♦

## Personenstandsrecht und Kommunalarchive

### Herbsttagung des Verbandes hessischer Kommunalarchivarinnen und Kommunalarchive in Weiterstadt

**M**itglieder des Verbandes hessischer Kommunalarchivarinnen und Kommunalarchive trafen sich am 22. Oktober 2008 zu ihrer Herbsttagung in Weiterstadt. Das Tagungsthema galt den zu erwartenden Auswirkungen des neuen Personenstandsgesetzes auf die Archive. Schon im Herbst 2007 hatte sich die Verbandstagung mit diesem Thema beschäftigt (siehe ARCHIVnachrichten aus Hessen 7/2, 2007, S. 25 f.). Aufgrund der zu erwartenden enormen Auswirkungen auf die kommunalen Archive war das Thema erneut auf die Tagesordnung gesetzt worden. Obwohl 677 Tage von der Verkündung bis zum Inkrafttreten des Gesetzes am 1.1.2009 vergangen sein werden, gibt es sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene erhebliche Verzögerungen bei der Ausführungsgesetzgebung. So hat z.B. der Innenausschuss des Hessischen Landtages am 18. 9. 2008 die Beschlussfassung über das Gesetz zur Umsetzung erst einmal zurückgestellt.

Ulrich Bartels, Leiter der Archivberatungsstelle Hessen, konzentrierte sich bei seinem Blick auf das Gesetz auf einige entscheidende Hauptpunkte und führte aus, dass die gesetzliche Vorschrift der Anwendung von Archivrecht außerhalb des Archivs, nämlich in den Standesämtern für nicht abgegebene oder nicht abgabereife Personenstandsunterlagen nach Ablauf der Fortführungsfristen, gleichsam einen Systembruch im Archivrecht darstellt. Da nach Ablauf der Fortführungsfristen Personenstandsunterlagen aus Registern nicht mehr ausgestellt werden dürfen, stellt sich für Archive die Frage, wer künftig für beglaubigte Kopien zuständig ist. Hier muss innerhalb der einzelnen Verwaltungen eine Regelung gefunden werden. Da mit der Reform des Personenstandsrechts die elektronische Registerführung durch die Standesämter schon ab 2009 möglich, spätestens ab 1. Januar 2014 aber auch verpflichtend ist, bedeutet dies für die Archive, dass künftig digitale Daten übernommen werden müssen. Ulrich Bartels schloss seine Ausführungen mit dem Fazit, dass sich aus der Novellierung sicherlich einige Probleme für die Archive ergeben werden, gleichzeitig die Übernahme der gerade für die genealogische Forschung bedeutsamen Register aber auch eine Aufwertung des kommunalen Archivwesens bedeutet.

Barbara Wagner, Stadtarchiv und Standesamt Staufenberg, berichtete aus dem Blickwinkel einer Archivarin und Standesbeamtin in einer Kleinstadt über das Personenstandsgesetz. In der Stadt Staufenberg, Landkreis Gießen, mit ihren ca. 8000 Einwohnern sind aufs Jahr betrachtet bis zu 10 Geburten, rund 50 Eheschließungen und 30 bis 40 Todesfälle zu beur-

kunden. Nach einem Überblick über das Standesamtswesen wandte sie sich der Frage zu, mit welchen Ablieferungen das Archiv zu rechnen hat. Während es sich für Staufenberg um eine sehr überschaubare Menge handelt und sicherlich keine Platzprobleme entstehen, rechnet die Stadt Gießen z.B. mit 1 lfd. Meter Register pro Jahrgang. Ganz anders stellt sich die Situation in Großstädten dar, die Zehntausende von Einträgen pro Jahr wahrnehmen müssen. Hier werden meterweise Unterlagen übernommen. Um den künftigen Benutzeranfragen besser gerecht werden zu können, hat Staufenberg die Einträge der an das Archiv abgegebenen Register bereits elektronisch erfasst, sodass schnelle Zugriffe möglich sind. Damit die Kommunalarchive für die anstehenden Aufgaben im Zusammenhang mit der Übernahme der Personenstandsregister ausreichend gewappnet sind, so die Referentin, müssen die Gemeinden jeweils eine Archivsatzung sowie eine Gebührenordnung erlassen und für eine sichere und kontinuierliche Betreuung der Bücher Sorge tragen.

### Aufwertung des kommunalen Archivwesens

Im Anschluss berichtete Dr. Konrad Schneider über den Umgang des Frankfurter Instituts für Stadtgeschichte mit Standesamtsunterlagen. Die Standesamtsregister und die Sammelakten werden vom Institut für Stadtgeschichte als wichtige Überlieferung übernommen. Es ist vorgesehen, die Unterlagen zu verfilmen, um den Zugang zu erleichtern und die Benutzer mit Filmen arbeiten lassen zu können. Ein zweites Mikrofilmlesegerät ist bereits angeschafft. Da das Karmeliterkloster, in dem das Institut für Stadtgeschichte untergebracht ist, noch immer saniert wird, hat man sich mit dem Standesamt dahingehend verständigt, dass die Unterlagen vorläufig im Standesamt verbleiben und dieses auch vorerst die Auskünfte für das Stadtarchiv erteilt. Diese werden dann nach der Archivgebührenordnung in Rechnung gestellt. Bei entsprechender Nutzung benötigt das Institut für Stadtgeschichte möglicherweise auch zusätzliches Personal. Konrad Schneider schloss sich der Meinung seiner Vorredner an, dass die Übernahme der Geburts-, Heirats- und Sterberegister sowie der Sammelakten das jeweilige Archiv in der kommunalen Verwaltung und in der Gemeinde besser verankern wird.

Auf diese informativen Vorträge folgte eine lebhaft Diskussionsrunde. Auf großes Interesse stieß die Frage nach den zu erhebenden Gebühren. Ulrich Bartels sprach die Empfehlung aus, nach Zeitaufwand abzurechnen, da zu erwarten ist, dass auch umfangreichere Recherchen anfallen. Geregelt

werden sollte dies durch eine Benutzungsordnung oder in der Verwaltungsgebührenordnung. Zahlreiche weitere Fragen betrafen die Archivwürdigkeit der Sammelakten, die Verfilmung, die Unterbringung der Register sowie die Problematik der Aufgabenbewältigung in den häufig ehrenamtlich besetzten Kommunalarchiven. Die Diskussion machte deutlich, dass die neue Personenstandsgesetzgebung die Archivarinnen und Archivare in Hessen stark beschäftigt.

Nach der Mittagspause nutzten zahlreiche Teilnehmer die Gelegenheit zu einem Besuch des Schlosses im Weiterstädter Stadtteil Braunshardt. Dr. F. W. Knieß vom Darmstädter Stadtarchiv gab während der Führung einen interessanten Einblick in die wechselvolle Geschichte des Schlosses, das heute zu einer der wichtigsten Rokokoanlagen Deutschlands zählt. – Die nächste Tagung des Verbandes der hessischen Kommunalarchivarinnen und -archivare findet am 11. März 2009 statt.

Sabine Raßner ♦

## Adelsarchive – zentrale Quellenbestände oder Curiosa?

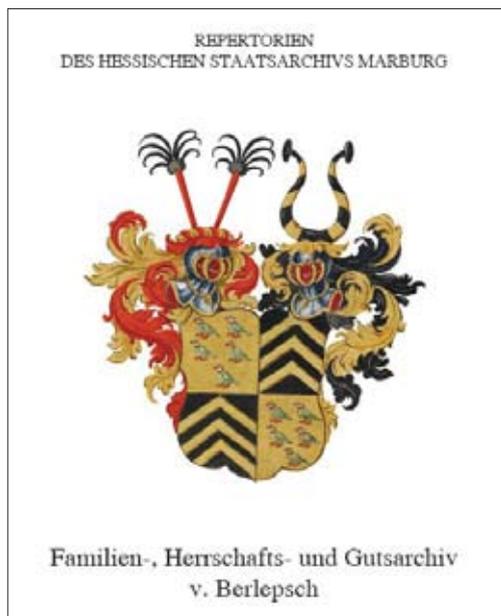
### Kolloquium im Staatsarchiv Marburg

Mit bundesweiter Beteiligung fand am 30. Mai 2008 im Staatsarchiv Marburg ein Kolloquium zum Thema Adelsarchive statt. Anlass war für das Staatsarchiv die verstärkte eigene Beschäftigung mit dieser Thematik, werden doch zahlreiche hessische Adelsarchive als Deposita in Marburg verwahrt. In den letzten Jahren gelang es, mit Unterstützung der Familien v. Berlepsch und Schenck zu Schweinsberg Erschließungsprojekte anzustoßen und somit diese wichtigen Quellen für die landesgeschichtliche For-

schung zugänglich zu machen. Während es in Nordrhein-Westfalen mit den Archivämtern seit Jahrzehnten professionelle Strukturen zur Pflege der Adelsarchive gibt, die – trotz sich verschlechternder Rahmenbedingungen – erfolgreich arbeiten, ist die Situation in den neuen Bundesländern ungleich schwieriger. Viele Adelsfamilien wurden nach 1945 vertrieben, ihr Besitz, darunter auch die Archive, enteignet. Insofern mussten nach 1989 zunächst Eigentumsfragen geklärt werden, Archivgut wurde zur bezifferbaren Vermögensmasse. Die zahlreichen politischen Brüche haben das Misstrauen vieler Adelsfamilien gegenüber staatlichen Maßnahmen geschürt, sodass eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nur langsam möglich wird. Tatsache ist darüber hinaus, dass das Archivgut des Adels in der DDR unter ideologischen Vorzeichen, d.h. mit Geringschätzung betrachtet wurde.

Die zweite Sektion beschäftigte sich mit den Möglichkeiten der Erschließung, wobei unterschiedliche Methoden und Erfahrungen der Staatsarchive Wiesbaden, Marburg, Dresden und Greifswald ein interessantes Gesamtbild ergaben. Während in Hessen die altangestammten Adelsfamilien für solche Projekte ansprechbar sind und großzügige Anschubfinanzierungen zur Verfügung stellten, ist die Lage in Dresden oder Greifswald ungleich schwieriger, denn dort musste man sich fast völlig auf staatliche Ressourcen oder Drittmittel der öffentlichen Hand stützen. Dennoch gelangen auch dort erste Schritte zur Erschließung von Adelsarchiven, was um so aner kennenswerter ist, als die komplizierte Ausgangslage dies nicht unbedingt erwarten ließ.

Die dritte Sektion des Kolloquiums wandte sich dem nicht weniger wichtigen Thema der Vermittlung zu, d.h. dem Nutzen der Adelsarchive für die Forschung. Denn bei aller Freude des Archivars an der Erschließungsarbeit dürfen doch die Ergebnisse nicht im Elfenbeinturm verbleiben. Die archivische Arbeit muss immer ihre Anbindung an die Forschung und deren Institutionen suchen, dabei aktiv auftreten und dazu beitragen, dass die Forschung die bearbeiteten Archive wahrnimmt und auswertet. Die Vielfalt der möglichen Zusammenarbeit wurde deutlich an der Vorstellung zweier Projekte: „Aufbruch in die Moderne: Der Rheinische Adel in westeuropäischer Perspektive 1750–1850“, ein Kooperationsprojekt des Deutschen Historischen Instituts Paris mit dem Landschaftsverband Rheinland, sowie das Ausstellungsprojekt



schung zugänglich zu machen. Die Förderung durch die DFG dokumentiert das Interesse der wissenschaftlichen Forschung an der Bearbeitung dieser Quellenbestände. Nun lag es für das Staatsarchiv Marburg nahe, nicht nur die eigenen Erfahrungen bei der Vorbereitung, Durchführung und Präsentation solcher Projekte unter der Kollegenschaft bekannt zu machen, sondern auch von den vielfältigen Erfahrungen in den anderen Bundesländern selbst zu profitieren. Hier bot das Kolloquium Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch, und es zeigte sich: Die Erfahrungen und Perspektiven sind sehr unterschiedlich.

Die Vielfalt bei den Formen und Strukturen der Adelsarchivpflege wurde in der ersten Sektion des Kolloquiums

„Adel in Bayern“ – Ritter, Grafen, Industriearbater“, betreut vom Haus der Bayerischen Geschichte.

Das Kolloquium schloss mit zwei besonderen Programmpunkten. Zunächst übergab der Direktor des Staatsarchivs Marburg, Dr. Andreas Hedwig, der Vorsitzenden des Familienverbandes v. Berlepsch, Marikka v. Berlepsch, das gedruckte Repertorium zum Familienarchiv, welches den erfolgreichen Abschluss des zweijährigen, zuletzt DFG-geförderten Verzeichnungsprojekts bildet. Sodann hielt Dr. Martin Dallmeier, Vorsitzender der Fachgruppe Herrschafts- und Familienarchive im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare, einen öffentlichen Abendvortrag zum Thema „Adelsarchive und ihre Nutzung – Probleme und Perspektiven“. Dabei bot er eine kri-

tische Standortbestimmung und berichtete aus seinen reichhaltigen eigenen Erfahrungen, natürlich nicht zuletzt aus dem Fürst Thurn und Taxis'schen Zentralarchiv in Regensburg, dessen langjähriger Leiter er ist.

Steffen Arndt, Andreas Hedwig ♦

Familien-, Herrschafts- und Gutsarchiv v. Berlepsch. Bearbeitet von Steffen Arndt und Wilhelm A. Eckhardt (Repertorien des Hessischen Staatsarchivs Marburg). Marburg 2008. LVI, 317 Seiten mit farbigen Abb., € 29,-.

Zu beziehen beim Hessischen Staatsarchiv Marburg, Friedrichsplatz 15, 35037 Marburg. [www.staatsarchiv-marburg.hessen.de](http://www.staatsarchiv-marburg.hessen.de), E-Mail: [poststelle@stama.hessen.de](mailto:poststelle@stama.hessen.de).

## Erlebnisgenerationen – Erinnerungsgemeinschaften

### Die Jugendbewegung und ihre Gedächtnisorte – Archivtagung auf Burg Ludwigstein

Das seitens der Geschichtsforschung diskutierte Konzept des Erinnerungsortes fordert auch Archive in besonderer Weise heraus, an einer neuartigen Kontextualisierung ihrer Unterlagen mitzuwirken. Das ist – kurz gefasst – eine der Einsichten, die aus der Archivtagung auf Burg Ludwigstein vom 24. bis 26. Oktober 2008 hervorgingen. Wo sich Archive als freie Sammlungen etwa in den Bürgerbewegungen formiert und etabliert haben, spielte bei der Entstehung auch das Bedürfnis eine wesentliche Rolle, damit einen Ort der Erinnerung und des Gedenkens einzurichten. Häufig, aber sicher nicht zwangsläufig verbinden sich mit solchen Archiven auch emotionale Aspekte, wie Sehnsucht oder Trauer, die auf den Erlebnissen der Dabeigewesenen basieren und zu dem Wunsch, dem Erlebten einen Ort zu geben, erheblich beitragen. Zweifellos weist die deutsche Jugendbewegung eine Fülle von Erinnerungsorten auf: Orte, die man begehen kann wie Berge, Burgen und Schlösser, Gräber und Gräberfelder, ganze Erinnerungslandschaften, aber auch Bücher, Symbole und ‚geistige Orte‘, wie Jubiläen oder eben Archive, namentlich das Archiv auf der Burg Ludwigstein.

Das Archiv kann sich zu Erinnerung und Gedenken der Erlebnisgenerationen ganz unterschiedlich verhalten: Die Unterlagen werden unterstützend, ergänzend, widersprechend oder auch korrigierend wahrgenommen, wobei das Erinnern selbst sich zur aufklärenden Analyse oft konträr verhält. Das Archiv kann dagegen über Brüche oder das Vergessen hinweg bewahren, für Erinnerung, aber auch für kritische Fragen, systematische Untersuchungen und wissenschaftliche Einordnung. Erstmals ging es in diesem Jahr während der Archivtagung ausdrücklich um die subjektive Seite der Geschichte, die im kollektiven Erinnern aufscheint und inzwischen zu einem anerkannten Gegenstand der Geschichtswissenschaft geworden ist. Vorbereitet und organisiert wurde die Tagung vom Wissenschaftlichen Beirat, Frau Prof. Dr. Barbara Stambolis (Paderborn) und Herrn Dr. Rolf Koerber (Dresden) in Zusammenarbeit mit dem Archiv.

Ein Jahr zuvor war ein Aufruf an die Freunde der Jugendburg Ludwigstein ergangen, einen ‚Erinnerungsrucksack‘ zu

packen, also einen Gegenstand, der für sie als Wandervogel oder Pfadfinder Bedeutung hatte, ihn für die geplante Ausstellung zur Verfügung zu stellen und eine Erzählung dazu mitzuliefern. Innerhalb eines Geschichtsseminars an der Universität Paderborn setzten sich anschließend 15 Studierende unter Anleitung der Dozenten Prof. Stambolis/ Dr. Koerber mit den ihnen zunächst fremden Objekten auseinander, gestalteten Ausstellungstafeln und vermitteln so den Betrachtern der Ausstellung, wie eine Annäherung an die Jugendbewegung von außen und gleichwohl empathisch erfolgen kann. Die Ausstellung wurde während der Tagung gezeigt und von den vielen Dabeigewesenen sehr positiv aufgenommen.



Erinnerungsgemeinschaft am Hohen Meißner: „Veteranen“ des Freideutschen Jugendtages von 1913 feiern zusammen mit der jungen Generation die 50-jährige Jubiläumstagung 1963.

Bei den Vorträgen ergänzten sich analytische Zugriffe auf das Phänomen Jugendbewegung mit der Untersuchung konkreter Orte. Nachdem Prof. Dr. Roland Eckert (Trier) den gesellschaftlichen Ort der Jugendbewegung soziologisch im befreienden Charakter der spontan-menschlichen Verbindungen bestimmt hatte, zeigte Prof. Dr. Moshe Zimmermann (Jerusalem), welche tragischen Brüche die jüdische Jugendbewegung in Deutschland prägten und wie gleichwohl Traditionen über 1945 hinaus bis in den Staat Israel hinein vermittelt wurden. Orte wie die Burg Waldeck (Eifel), die Leuchtenburg (Kahla, Thüringen) und der Hohe Meißner (Nordhessen) sowie zwei einzelne Bünde (Freischar, Zugvogel) wurden auf ihre Wirksamkeit als Erinnerungsort hin befragt, ebenso wie ein besonderes Bild (Fidus' „Lichtgebet“), ein besonderer Baum (Paasche-Linde auf dem Gelände der Burg Ludwigstein) und eine besondere Fahrtenausstattung (Kohte, Juja). Ein Filmabend zu den Jungentreffen auf dem Hohen Meißner im Ge-

folge des Ersten Freideutschen Jugendtages 1913 leitete über zu Planungen für die Zukunft, soll doch anlässlich des Jubiläums 2013 noch einmal der Ort der Jugendbewegung in der deutschen Geschichte von und für heutige Generationen erkundet werden. Dass sich dieses Vorhaben methodisch nicht in der Analyse von Ereignissen, Gruppierungen und Biographien erschöpfen kann, sondern auch das Einbeziehen subjektiver Geschichten erfordert, hat diese Tagung erwiesen. Archivalien wie Lieder, Gedichte und Fotos bieten sich als „historische Zeugnisse“ an, verbinden sich aber gleichermaßen als „Herzensstücke“ mit den durchaus intersubjektiv vermittelbaren Gefühlen einer spezifischen Erinnerungsgemeinschaft. – Die Ergebnisse der Tagung werden binnen Jahresfrist im Jahrbuch des Archivs veröffentlicht (Historische Jugendforschung, Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung NF 5/2008).  
Susanne Rappe-Weber ♦

## Jubiläum

# Hessische Landesgeschichte in Rückschau und Perspektive

## 100 Jahre Hessische Historische Kommission Darmstadt

**A**m 20. September 2008 beging die Hessische Historische Kommission Darmstadt ihr 100-jähriges Bestehen. Gemeinsam mit der Kommission konnte der Historische Verein für Hessen sein 175-jähriges Jubiläum feiern. Im Karolinensaal des Hauses der Geschichte begrüßte Dr. Peter Engels, Leiter des Stadtarchivs Darmstadt und Vorsitzender des Vereins, die zahlreich erschienenen Gäste. In seinem Grußwort bedankte sich Oberbürgermeister Walter Hoffmann beim Historischen Verein und bei der Kommission für ihre bedeutenden Beiträge zur Geschichte Darmstadts und Hessens.

Der Vorsitzende des Beirats für geschichtliche Landeskunde in Hessen und Vorsitzende der Historischen Kommission für Nassau, Prof. Dr. Klaus Eiler, erinnerte in seinem Grußwort daran, dass schon in der Gründungsphase der historischen Vereine und Kommissionen stets die Frage im Raum stand, was der Gesellschaft und der Politik Landesgeschichte bedeutet, und wie viel sie ihnen wert ist. Obgleich die identitätsstiftende Wirkung der Landesgeschichte und der Nutzen für die Geschichtswissenschaft oft betont wird, leistet sich das Land Hessen weder ein Haus der Geschichte noch eine Professur für hessische Landesgeschichte. Dabei ist die Landesgeschichte imstande, dank interdisziplinärer wissenschaftlicher Methoden Erklärungen für Politik und Verwaltung zum Verständnis der Gegenwart zu liefern. Der Beirat für geschichtliche Landeskunde in Hessen bemüht sich, noch immer bestehende Berührungsgänge zwischen von historischen Laien getragenen Geschichtsvereinen, Politik und universitärer Wissenschaft abzubauen. Nicht umsonst arbeiten die Vorsitzenden der Histo-

rischen Kommissionen im Beirat mit Vertretern verschiedener landeskundlicher Disziplinen und der historischen Vereine zusammen. Wenn die Kommissionen seit ihrer Gründung in erster Linie von Staatsarchivaren geführt und beeinflusst wurden, so ist dies nur folgerichtig, da die Archive das Fundament historischer Forschung darstellen.

Mit zunehmendem etatistischen Denken in der Verwaltung sehen sich indessen die Archive, Kommissionen und Vereine ständigen Evaluationsprüfungen ausgesetzt. Die Wertigkeit ihrer Publikationen, mit denen sie Forschungsergebnisse an die Öffentlichkeit bringen, ist kaum in Zahlen auszudrücken, doch kommen alle Forschungsergebnisse Lehrenden und Lernenden, Archiven, Museen und Denkmalpflege, Verwaltung und Politik gleichermaßen zugute. Die augenblickliche ehrenamtliche Tätigkeit der Kommissionen ist nach wie vor die wirtschaftlichste. Um die Zuwendungen des Landes, die als freiwillige Leistungen gelten, auch in Zukunft zu rechtfertigen und zu erhalten, ist auch bei den Kommissionen ein Umdenken erforderlich. Ihre derzeitige Aufteilung macht Sinn und entspricht der historischen Vielfalt des Landes. Dennoch gibt es gute Gründe für neue Überlegungen, etwa zur Abstimmung von Forschungs- und Publikationsschwerpunkten, von Aufgabenteilungen und über eine stärkere Vernetzung mit anderen Forschungseinrichtungen. Wenn die Kommissionen auf diesem Weg fortschreiten und ihre Publikationstätigkeit zum Nutzen von Wissenschaft und Forschung weiter so nachhaltig betreiben, haben sie gute Chancen, die nächsten hundert Jahre zu bestehen. Prof. Eiler dankte Prof. Franz für seine langjährige Tätigkeit als Vorsitzender der Hessischen Historischen

Kommission und für seine stets anregende Mitwirkung in den hessischen landeskundlichen Gremien.

Der anschließende Festvortrag von Frau Prof. Dr. Gabriele B. Clemens (Saarbrücken) unter dem Titel „Für Fürst und Vaterland“ beleuchtete die Entstehungsphase der Geschichtsvereine und Kommissionen im 18. und 19. Jahrhundert. Damals verfolgten Bürgertum und Staat gemeinsame Interessen, die landesgeschichtliche Forschung aber blieb oft an politisch neutralen Themen oder eindeutig an dynastischen Bezügen ausgerichtet.

In seinem Schlusswort gab der Vorsitzende der Hessischen Historischen Kommission, Ltd. Archivdirektor a.D. Prof. Dr. Eckhart G. Franz, einen zusammenfassenden Rückblick auf die Geschichte der Kommission und des Historischen Vereins für Hessen, als dessen Vorsitzender er ebenfalls über mehrere Jahre fungiert hatte. Nach rund dreißig Jahren im Amt des Kommissionsvorsitzenden zieht Prof. Franz sich nun verdienstermaßen zurück. Zu seinem Nachfolger wählte die zuvor tagende Mitgliederversammlung Ltd. Archivdirektor Prof. Dr. Friedrich Battenberg.

Klaus Eiler ♦

## Archive stellen sich vor

# „Blut ist ein ganz besonderer Saft“

## Das Behring-Archiv in der Emil-von-Behring-Bibliothek der Philipps-Universität Marburg

**B**lut ist ein ganz besonderer Saft!“ Mit diesem Satz aus Goethes „Faust“ schließt Emil von Behring seine richtungweisende Veröffentlichung vom Dezember 1890 in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift. Zusammen mit seinem Forscherkollegen, dem Japaner Shibasaburo Kitasato (1852–1931) stellte Behring sein neues Heilprinzip, die Serumtherapie gegen Diphtherie und Tetanus (Wundstarrkrampf) der Fachwelt vor. Damit begann ein neues Zeitalter in der Bekämpfung der Infektionskrankheiten, deren Erreger bis dato von Robert Koch (1843–1910) und anderen Bakteriologen entdeckt und beschrieben worden waren. Die Serumtherapie (heute: passive Immunisierung) gab den Ärzten erstmals ein Mittel an die Hand, mit Hilfe von Antitoxinen (heute: Antikörpern/Immunglobulinen) aus dem Serum immunisierter Tiere bereits ausgebrochene Infektionskrankheiten zu bekämpfen. Die Entwicklung einer Schutzimpfung (aktiven Immunisierung) mit abgeschwächten Krankheitserregern war kurz zuvor dem Chemiker Louis Pasteur (1822–1895) gelungen.

### Zur Biographie des Namensgebers

Emil Behring wurde 1854 als fünftes von dreizehn Kindern eines Dorfschullehrers in Westpreußen geboren. Er wuchs in einfachsten Verhältnissen auf und konnte nur mit Hilfe eines Stipendiums an der Militärärztlichen Akademie in Berlin Medizin studieren. Das verpflichtete ihn zum Militärdienst, er tat in verschiedenen Garnisonen als Militärarzt Dienst und wurde schließlich 1888 als Assistent Robert Kochs an das Hygienische Institut der Universität Berlin kommandiert. Bereits kurze Zeit nach seiner bahnbrechenden Entdeckung der Serumtherapie im Jahr 1890 wurden die Diphtherie-Seren am Menschen therapeutisch angewandt und retteten zahlreichen Kindern das Leben. Behring arbeitete zunächst eng mit Paul Ehrlich (1854–1915) zusammen, der zur selben Zeit Mitarbeiter Robert Kochs war. Ehrlich unterstützte ihn bei der Serumgewinnung und Standardisierung, sodass in den Farbwerken Hoechst schon 1894 mit der Produktion des Heilserums begonnen werden konnte.

Mit Hilfe seines Förderers, des Ministerialrats im preußischen Kultusministerium Friedrich Althoff (1839–1909), gelang Behring der gesellschaftliche Aufstieg in Marburg zum Professor für Hygiene. Die Marburger Medizinische Fakultät nahm ihn keineswegs mit offenen Armen auf, denn sie wollte keinen Spezialisten berufen und bevorzugte einen Kandidaten, der das Fachgebiet in seiner Breite vertrat. Das Votum Althoffs gab jedoch den Ausschlag, und Behring übernahm 1895 die Direktion des Marburger Hygienischen Instituts. Nach anfänglichen Schwierigkeiten mit dem Kollegium unterhielt er langjährige freundschaftliche Beziehungen zu den Fakultätsmitgliedern.

Durch seine Heirat 1896 mit Else Spinola, Tochter des Verwaltungsdirektors der Berliner Charité, vollzog sich seine erfolgreiche Etablierung in Marburg auch im Privaten. Aus der Ehe gingen sechs Söhne hervor. Behring engagierte sich in der Marburger Kommunalpolitik und war bis an sein Lebensende als ehrenamtlicher Stadtrat tätig, was ihm an seinem 60. Geburtstag die Ehrenbürgerwürde der Stadt eintrug. 1904 machte sich Behring von den Farbwerken Hoechst unabhängig und gründete seine eigene Firma, das Behring-Werk oHG. Die Gewinne aus der Vermarktung seines Diphtherie-



Emil von Behring im Jahr der eigenen Firmengründung 1904.

### Die Bestände des Behring-Archivs

Die Archivbestände gliedern sich einerseits in umfangreiche Materialien zur Person Behrings, andererseits in Unterlagen zur Geschichte des Unternehmens.

Behrings persönlicher Nachlass umfasst:

- o die gesamte wissenschaftliche Korrespondenz Emil von Behrings, d.h. seine Briefe im Original, teilweise in Abschrift und Fotokopie sowie zahlreiche an ihn gerichtete Briefe und Mitteilungen
- o seine persönlichen Lebensdokumente (Zeugnisse, Schul- und Universitätsaufzeichnungen, Tagebücher)
- o handschriftliche Aufzeichnungen seiner Versuche und Laborunterlagen, Patente und Verträge
- o zahlreiche Dokumente (Urkunden, Orden) von Preisen und Ehrungen
- o eine vollständige Sammlung Sonderdrucke von Behrings Veröffentlichungen
- o eine zeitgenössische Sammlung von Publikationen von Persönlichkeiten der wissenschaftlichen Welt, mit denen Behring in Verbindung stand
- o Behrings Bücher über Diphtherie, Tetanus, Tuberkulose
- o Sekundärliteratur (Biographien, Würdigungen, Jubiläumsschriften) zu Behring und zeitgenössischen Persönlichkeiten
- o umfangreiches Bildmaterial aus seinem persönlichen und wissenschaftlichen Leben
- o seine Privatbibliothek von über 1000 Bänden, darunter fachübergreifend viele zeitgenössische philosophische Werke mit Behrings Anmerkungen. Diese Bibliothek befindet sich in seinem erhaltenen Arbeitszimmer, das den Behringwerken 1937 testamentarisch von Frau von Behring überlassen wurde, auf dem Werksgelände der Behring-Nachfolgefirmer in Marburg-Marbach.

Das Werks-Archiv der Behring-Werke umfasst:

- o Urkunden und amtliche Schriftstücke, Geschäftsunterlagen und Bilanzen aus allen Jahrzehnten seit dem Gründungsjahr 1904 bis zur Auflösung im Jahre 1994/97
- o Informationsmaterialien zu Produkten und Präparaten, wie Beipackzettel, Broschüren, Produktlisten, Plakate, Aufklärungsmaterialien usw.
- o Sonderdrucke von Mitarbeitern der Behringwerke
- o werkseigene und eng mit dem Werk verbundene Publikationen wie die „Behring-Werke-Mitteilungen“, „Gelbe Hefte“, „Blaue Hefte“
- o Presseberichte / Zeitungsausschnitte im Zusammenhang mit Aktivitäten der Behring-Werke
- o umfangreiches Bildmaterial aus der Geschichte des Unternehmens.

Literatur zu Emil von Behring:

Heinrich Zeiss, Richard Bieling: Behring, Gestalt und Werk. Berlin 1941.

Derek S. Linton: Emil von Behring. Infectious Disease, Immunology, Serum Therapy. Philadelphia 2005. (Diese Publikation leider nur auf der Grundlage von Behrings Veröffentlichungen, doch ohne Berücksichtigung der Quellen im Marburger Archiv.)

Heilserums legte er in weitläufigen Ländereien an. Bald war er der größte Grundbesitzer Marburgs und konnte 1913 eine alte Ziegelei in Marbach bei Marburg erwerben, das erste Werksgelände, das sich am heutigen Standort der Behringwerke befand. In seinen letzten Lebensjahren zog sich Behring aus der Geschäftsleitung zurück und widmete sich bis zu seinem Tod 1917 ganz seinen Forschungen.

Das Geld für die Firmengründung stammte zum großen Teil aus dem Preisgeld – nach heutiger Währung etwa 1 Million Euro –, das Behring mit der Verleihung des ersten Nobelpreises für Medizin und Physiologie „für seine Arbeit be-



*Behrings Arbeitszimmer.*

treffend die Serumtherapie und besonders deren Anwendung gegen Diphtherie“ im Jahre 1901 erhalten hatte. Neben dieser höchsten Ehrung für einen Wissenschaftler bekam er noch zu Lebzeiten unzählige Orden und Auszeichnungen, er wurde 1901 in den erblichen Adelsstand erhoben und durfte ab 1903 als Wirklicher Geheimer Rat den Titel „Excellenz“ führen.

Während der arbeitsreichen Marburger Jahre als Hochschullehrer und Geschäftsmann führte Behring seine Forschungen weiter. Er entwickelte eine aktive Schutzimpfung gegen Diphtherie und konnte durch die Anwendung eines verbesserten Tetanusserums im ersten Weltkrieg vielen verwundeten Soldaten helfen. Nicht alle seine Forschungen waren jedoch erfolgreich: Sein Lebensziel, die Entwicklung eines Heilmittels gegen die Volksseuche Tuberkulose, erreichte er nicht.

### Zur Geschichte des Archivs

Emil von Behring hinterließ ein großes Konvolut von Tagebüchern, Briefen und diversen handschriftlichen Aufzeichnungen und Dokumenten. Der Nachlass wurde nach dem Tod seiner Frau Else im Jahr 1937 von den Erben den Behring-Werken übergeben. Der damalige Archivar des Werkes,

Prof. Dr. Alexander von Engelhardt, gleichzeitig Honorarprofessor für Geschichte der Medizin an der Philipps-Universität Marburg, übernahm die Ordnung des Bestandes. Er stellte damit das Material für die erste umfangreiche und umfassende Biographie über Leben und Werk Emil von Behrings bereit. Das Buch erschien Anfang 1941 zum 50. Jahrestag der Entdeckung der Serumtherapie.

In der Nachkriegszeit war der Nachlass lange Jahre ohne ständige Betreuung und wurde erst 1969 auf Veranlassung eines der Söhne Behrings, Dr. Hans von Behring, durch zwei Archivare des Hessischen Staatsarchivs Marburg neu geordnet. Nach dessen Tod 1982 übernahm der Bibliotheksleiter der Behringwerke, Prof. Zwisler, 1986 auch die Verantwortung für den Aufbau eines Werksarchivs. Beide Teile des Archivs – Nachlass und Werksarchiv – waren bis 1999 in der Bibliothek der Behring-Werke untergebracht, seit 1994 betreut von Dr. Joseph Staerk.

Nach dem Verkauf und der Aufteilung der Behring-Werke in mehrere Einzelunternehmen in den 1990er Jahren wurde auch die Bibliothek des Werkes aufgelöst. Da das Werk eine Tochter der Hoechst AG gewesen war, ging das Marburger Archiv in den Besitz des Archivs der Hoechst AG über, aus dem nach Zerschlagung der Hoechst AG kurze Zeit später die Firma Histocom GmbH unter Leitung von Dr. Wolfgang Metternich hervorgegangen ist. Dieser hat der Philipps-Universität das Behring-Archiv im Jahr 2000 dankenswerterweise als Depositum übergeben, um den Bestand in Marburg als Behrings langjähriger Wirkungsstätte zugänglich zu machen. Es ist nun der Emil-von-Behring-Bibliothek für Geschichte und Ethik der Medizin der Philipps-Universität Marburg angegliedert und wird von den Mitarbeitern dieser Einrichtung betreut.

### Die heutige Unterbringung des Archivs

Der durch einen Zettelkatalog erschlossene Teil des Archivs (d.h. der persönliche Nachlass Behrings und Teile des Werksarchivs) ist im Dachgeschoss des Instituts für Cytobiologie der Universität in der Robert-Koch-Straße 6 untergebracht.

Der größere Teil des Werksarchivs (über 2000 Leitzordner und andere Materialien) befindet sich im Kellergeschoss der Emil-von-Behring-Bibliothek in der Bahnhofstraße 7 und war bei der Übernahme weder inventarisiert noch katalogisiert. Er wurde von Schülern der Archivschule Marburg unter Anleitung von Dr. Alexandra Lutz im Rahmen eines Inventarisierungsprojekts im Sommer 2007 bearbeitet, sodass nun wenigstens eine vorläufige Liste der vorhandenen Aktenbestände zur Verfügung steht.

### Die weitere Entwicklung des Archivs

Von den noch lebenden Erben Emil von Behrings wurde zugesagt, dass noch im Familienbesitz befindliche Schriftstücke demnächst in das Archiv übernommen werden können. Zur Zeit wird von den Mitarbeitern der Emil-von-Behring-Bibliothek unter Federführung von Prof. Dr. Christoph Friedrich, Institut für Pharmaziegeschichte der Philipps-Universität, ein DFG-Projekt vorbereitet, das zunächst die Erschließung, Digitalisierung und Bereitstellung der Behring-Autographen und Bilder im Internet zum Gegenstand hat. Darauf aufbauend soll die wissenschaftliche Bearbeitung des Materials (Biographie auf der Grundlage einer Briefedition, Bearbeitung einzelner Fragestellungen aus Behrings Forschungen anhand der Laborbücher) folgen.

Kornelia Grundmann ♦

#### Postadresse:

Behring-Archiv, c/o Emil-von-Behring-Bibliothek der Philipps-Universität Marburg, Bahnhofstr. 7, 35037 Marburg

#### Standortadresse:

Robert-Koch-Str. 6, Dachgeschoss, 35037 Marburg  
Öffnungszeiten: nach Vereinbarung

#### Ansprechpartnerin:

Dr. Kornelia Grundmann, Tel. 06421/2867-011 oder -088  
(Sekretariat)

E-Mail: [grundman@staff-uni-marburg.de](mailto:grundman@staff-uni-marburg.de)

Homepage: [www.uni-marburg.de/ffb20/evbb](http://www.uni-marburg.de/ffb20/evbb)

## Das Archiv der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main

### und die Akten des Ausschusses der Zentralbankpräsidenten 1964–1993

Das Banken vielleicht stärker als andere Unternehmen ihre Archive pflegen, ist nicht unbekannt und auch nicht unverständlich, sind sie doch im traditionellen Verständnis stark an Kontinuität ihrer Geschäftsbeziehungen interessiert wie auch auf zuverlässige Informationen angewiesen. Ja, man könnte Banken selbst als eine besondere Spezies von Information Broker bezeichnen. Das Obengenannte gilt prinzipiell auch für Zentralbanken. Viele von ihnen haben eigene historische Archive, die ihre oft jahrhundertalte Vergangenheit zuverlässig abbilden, so etwa die 1846 gegründete Banco de Portugal, aber auch die um vieles jüngere Deutsche Bundesbank.

Die Tatsache, dass es zu einem heute kaum widersprochenen Credo innerhalb und außerhalb der Zentralbanken gehört, unabhängig von politischen oder anderen Einflüssen zu agieren, hat für die eigenen Archive durchaus positive Auswirkungen: Statt ihre Bestände in großen National- oder Staatsarchiven integriert zu sehen, leisten sich maßgebliche Nationalbanken einen internen Archivdienst, ja bisweilen sogar Geldmuseen als Teil der Traditionspflege, aber auch aus praktischen Informationsbedürfnissen. So ist das Bedürfnis nach Diskretion im Bankensektor, auch und gerade bei Zentralbanken, hoch entwickelt, was wiederum die Neigung verstärkt, hauseigene Archive zu unterhalten oder einzurichten.

Die in Frankfurt beheimatete und 1998 gegründete Europäische Zentralbank (EZB) als Hüterin der gemeinsamen europäischen Währung, des Euro, umfasst gleichfalls ein Archiv, welches heute organisatorisch der Unterabteilung (im EZB-Sprachgebrauch: Section) „Archives & Records Management“ zugeordnet ist. Angesichts der Jugend der EZB liegt ein Schwerpunkt der Arbeit dort auf der Etablierung eines elektronischen Dokument- und Records-Management-Systems wie der Einführung und Überwachung der dazu notwendigen Regeln. Hierbei fällt auch dem Archiv eine wichtige Rolle zu.

Älter aber als die Zentralbank selbst, ja auch älter als die bereits in Frankfurt beheimatete Vorgängerinstitution, das Europäische Währungsinstitut (EWI) von 1994 bis 1998, sind die



Der Eurotower in Frankfurt a.M., Sitz der Europäischen Zentralbank, früher BfG-Hochhaus (Foto: Thomas Heinemann).

Bestände, die das Archiv verwahrt. Ein wichtiger Wegbereiter der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) war der Ausschuss der Präsidenten der Zentralbanken der Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Hinter diesem komplexen Namen, den man vielleicht besser englisch oder französisch als Committee of Governors oder Comité des Gouverneurs abkürzen kann, verbirgt sich ein Gremium, das zwischen 1964 und 1993 überwiegend in Basel tagte und auf Initiative der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ins Leben gerufen wurde. Ihre Sitzungen wollten die Zentralbankpräsidenten allerdings bewusst auf neutralem Schweizer Boden abhalten und nicht im Dunstkreis Brüssels, um sich frei zu halten von einer allfälligen und nicht unwahrscheinlichen Beeinflussung seitens der in der belgischen Hauptstadt beheimateten Europäischen Kommission. Nun scheint Basel in der Schweiz, die bis heute nicht Mit-

glied in der Europäischen Union ist, zunächst nicht unbedingt logisch als Sitz. Doch hat hier seit 1930 die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ihre Heimat, die man auch als „Zentralbank der Zentralbanken“ bezeichnet. Ab 1964 in dieser Stadt zu tagen hatte für die europäischen Zentralbankpräsidenten auch den Vorteil, schon am Ort der BIZ zu sein und die Sitzungen der zahlreichen Zentralbankpräsidenten bei der BIZ mit denen der weitaus weniger Präsidenten der EWG-Zentralbanken zu verbinden. So fand die überwiegende Mehrzahl der Sitzungen im Verlauf von knapp 30 Jahren um Fragen der europäischen und internationalen Währungs- und Wirtschaftskooperation in Basel statt. Auch betätigte sich der Ausschuss bisweilen durchaus als tagespolitischer Beobachter, soweit die internationale Währungsstabilität davon betroffen war, und die zeitgenössischen internationalen politischen (auch bewaffneten) Konflikte finden durchaus ihren gelegentlichen Niederschlag in den Unterlagen, soweit sie währungspolitische Auswirkungen hatten.

Anfangs war der Ausschuss ein Gremium von bescheidenem organisatorischen Ausmaß. Ein sehr kleiner administrativer Unterbau ermöglichte die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen des eingangs nur fünf Mitglieder – respektive Repräsentanten der EWG-Zentralbanken Frankreich, Italien, Deutschland, Belgien (was auch Luxemburg vertrat, 1964 noch ohne eigene Währungsbehörde) und den Niederlanden – umfassenden Gremiums. Die Behandlung von technischen Fragen konnte an die Zentralbanken selbst delegiert werden oder an gemischte Expertengruppen, die sich temporär mit der Bearbeitung einer bestimmten Sachfrage beschäftigten. Dabei konnten auch Mitarbeiter der Europäischen Kommission beteiligt sein. Mit jeder Vergrößerung der Gemeinschaft wuchs konsequent auch die Anzahl der im Ausschuss vertretenen Zentralbankpräsidenten. Ebenso wuchsen die Aufgaben, und die seit dem Ende des Bretton-Woods-Systems 1973 nicht mehr gebundenen Währungskurse, zunehmende Inflation und die Wirtschaftskrise der 1970er Jahre beschäftigten Politiker wie auch Währungshüter vermehrt. In den letzten Jahren bis 1993 wuchs der Ausschuss zu einer veritablen Organisation mit Ausschüssen und Unterausschüssen; ein Netzwerk der Zentralbanken mithin, das die Wirtschafts- und Währungsunion mitgestaltete. Die Nachfolgeinstitution, das EWI, etablierte sich schließlich 1994 in Frankfurt und nahm die bis 1993 erstellten und damals oft noch tagesaktuellen Unterlagen aus Basel mit.

#### Unabhängigkeit von staatlicher Archivgesetzgebung

Unterliegt die EZB nun grundsätzlich keiner nationalen Jurisdiktion, so unterliegt auch ihr Bankarchiv nicht der staatlichen Aufsicht Hessens oder der Bundesrepublik, und es ist keiner staatlichen Archivgesetzgebung unterworfen. Der Zugang zu den Archiven der EZB ist nicht unbeeinflusst von der Diskussion um Akteneinsichtsgesetze der vergangenen ca. 10 Jahre geblieben. So regelt der „Beschluss der Europäischen Zentralbank vom 4. März 2004 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten der Europäischen Zentralbank“ aktuell die Einsicht in Unterlagen der Bank sowie der Vorgängerinstitutionen einschließlich des Ausschusses der Zentralbankpräsi-

denten. Wie andernorts auch, bedeuten Akteneinsichtsgesetze eine Umkehr der bisherigen Argumentation um Zugang oder Nichtzugang: Grundsätzlich ist der Bürger der Union „sowie jede natürliche oder juristische Person mit Wohnsitz oder Sitz in einem Mitgliedstaat“ berechtigt, um Akteneinsicht zu fragen. Dieses Recht kann auch auf Bürger bzw. natürliche oder juristische Personen, die außerhalb der Grenzen der Europäischen Union ansässig sind, erweitert werden.

Indes gibt es eine Vielzahl von Einschränkungen, die notwendig sind, um die Vertraulichkeit der geldpolitischen Entscheidungen, ja der Geldpolitik des Eurosystems generell zu gewährleisten. Der Geltungsbereich dieser Ausnahmen erstreckt sich in der Regel auf maximal 30 Jahre, womit wir bei der im Archivbereich bekannten und üblichen 30-Jahres-Sperrfrist wären: Kurz gesagt, sind im Jahr 2009 die Akten des Ausschusses der Zentralbankpräsidenten bis einschließlich 1978 frei zugänglich. Aktuell befindet sich dieser Bestand in der Revision, und als Folge dieser Neubewertung wird es eine sachlich gebotene Verringerung der Anzahl von momentan über 3500 Akteneinheiten (ca. 145 lfd. Meter) geben. Die Beschreibung folgt im weiteren Sinne den von der Norm „International Standard Archival Description (General)“, kurz ISAD (G), aufgestellten Regeln.

Nutzer wie Bearbeiter dieser Unterlagen müssen auf jeden Fall gute Kenntnisse der französischen und englischen Sprache mitbringen, da dies die wichtigsten im Ausschuss der Zentralbankpräsidenten verwendeten Sprachen waren. Dabei hat das Französische bis in die frühen 1970er Jahre eindeutig einen gewissen Vorrang, ja bis 1973 gab es kein englischsprachiges Mitgliedsland der Europäischen Gemeinschaft. Auch das Deutsche beansprucht einen beachtlichen Anteil an den Dokumenten, und man wird immer wieder mit vielen Dokumenten in anderen Sprachen konfrontiert. Da das Englische de facto die Arbeitssprache der EZB ist, erfolgt die Erschließung pragmatisch einheitlich in dieser Sprache.

Wer sich mit dem Ausschuss der Zentralbankpräsidenten beschäftigt, bekommt über drei Jahrzehnte die Höhen und Tiefen europäischer und internationaler Wirtschafts- und Währungspolitik präsentiert. Da Währungskrisen wie der Nie-

dergang des Bretton-Woods-Währungssystems politische Krisen oder Veränderungen widerspiegeln, können diese Quellen auch jenseits einer puristisch verstandenen Wirtschaftsgeschichte von hohem Wert sein. Als Kollektiv gleichberechtigter Zentralbankgouverneure sprach der Ausschuss offiziell mit einer Zunge, auch bei den Erben des Ausschusses ist das heute so. Beschlussfindungen, ja Textkorrekturen der Berichte konnten somit in recht langwierigen Verfahren münden. Dennoch kam der Ausschuss der Zentralbankpräsidenten lange Jahre mit fast minimalem Personalbestand aus, denn er tagte ja nicht permanent. Eine Ausweitung der Organisation und auch des Mitarbeiterbestands war ein Kennzeichen der späten 80er, frühen 90er Jahre, dies allerdings schon im Hinblick auf die Vorbereitung einer europäischen WWU, eines Mandats eben, das so ursprünglich nicht zu den Tagesordnungspunkten des Ausschusses gehörte. Eine Folge der langjährig beschränkten personellen Kapazitäten macht sich allerdings im Fehlen einer ordentlichen Registratur der Unterlagen für den bearbeitenden Archivar nachteilig bemerkbar.

Am Ende des Projekts soll ein erschlossener und durchweg nutzbarer Bestand der EZB liegen. Gelegentliche Redundanzen mit den in den Nationalen Zentralbanken oder Staatsarchiven bewahrten Beständen sind dabei nicht zu vermeiden, doch entscheidend für den Historiker ist der Kontext der Unterlagen, in dem sie kreiert wurden. Dieses macht die scheinbar überflüssige mehrfache Überlieferung nicht nur unvermeidlich, sondern geradezu unabdingbar für das Verständnis der wirtschafts- und währungspolitischen Ereignisse jener Jahre.

Matthias Weber ♦

#### Kontakt

ECB Archives, c/o European Central Bank, Kaiserstraße 29,  
60311 Frankfurt am Main, Tel. 069/1344-0 (Telefonzentrale),  
Fax: 069 1344-6000  
E-Mail: [info@ecb.europa.eu](mailto:info@ecb.europa.eu)  
Homepage: <http://www.ecb.europa.eu/ecb/history/archive/intro/html/index.en.html>

## Archivgeschichte

# Dem Marburger Archivbau von 1938 auf der Spur

## Verschwundene NS-Symbolik als Fotodokumentation

Im Jahr 2008 wurde das Gebäude des Staatsarchivs in Marburg 70 Jahre alt. Das Archiv ist als neoklassizistischer staatlicher Repräsentationsbau geplant und in den Jahren 1935 bis 1938 errichtet worden. Dass das Gebäude in vielen Elementen auch den nationalsozialistischen Baustil repräsentierte, ist heute kaum mehr erkennbar. Zum Teil infolge von Kriegsschäden, zum Teil im Zuge einer stillschweigenden „Entnazifizierung“ verschwanden gegen Kriegsende Hakenkreuze und anderes Beiwerk, das der Architektur seinen

ideologischen Stempel aufgedrückt hatte. Die ursprüngliche Gestaltung ist durch zwei Fotoalben aus dem Jahre 1938 überliefert. Die Archivinspektorenanwärter Kathrin Linz, Mario Schäfer und Peter Maresch konzipierten mit Hilfe dieser Fotografien eine Informationstafel, die Besuchern künftig über das Staatsarchiv während der nationalsozialistischen Epoche Auskunft geben soll. Fachliche Beratung leistete die Grafikdesignerin Katharina Appel. Die Tafel soll den Urzustand des Gebäudes vor Augen führen.



Deckenoberlicht des Foyers, beim Bombenangriff 1945 zerstört.

Das Staatsarchiv befand sich seit seiner Gründung 1870 im Marburger Landgrafenschloss. Die räumlichen Verhältnisse dort waren jedoch bald viel zu beengt. Daher ließ der preußische Staat den heutigen Zweckbau errichten. In der Planung federführend waren Alfred Henrich, Baurat am Marburger Staatshochbauamt 1, sowie Konrad Nonn aus der Hochbauabteilung des preußischen Finanzministeriums. Sie achteten dabei auch auf den notwendigen ideologischen „Anstrich“, so dass die Kasseler Neuen Nachrichten anlässlich der Einweihung des Gebäudes ohne Umschweife emphatisch titelten, der Bau sei „ein glänzendes Beispiel für den Baustil des Dritten Reiches.“

Besonders der Eingangsbereich war geprägt von nationalsozialistischen Herrschaftssymbolen. Ein Hakenkreuz war bereits am so genannten „Führerbalkon“ oberhalb der Pforte angebracht, ein weiteres großes Exemplar im Glasschliff des Oberlichtes des Foyers. In der Nische oberhalb der Tür zum heutigen Landgrafensaal befand sich eine Adolf-Hitler-Büste. Dieses „Dekor“ ist heute verschwunden, wobei lediglich das Schicksal des Oberlichtes aktenmäßig dokumentiert ist – es zersprang bei einem Bombentreffer 1945. Nach wie vor aber erstreckt sich um das heutige Oberlicht das ursprüngliche

Ziermosaik, das – aus antiken Vorbildern entlehnt – ineinander verschränkt mäandrierende Hakenkreuze zeigt.

Im Bereich des Innenhofs haben sich zwei weitere zeittypische Kunstwerke erhalten: der Reichsadler über der Hofaufahrt sowie ein Sandsteinbrunnen. Letzterer ist bedeckt mit Reliefs allegorischer Figurenpaare, die für gesellschaftliche Ideale des Dritten Reiches stehen. So versinnbildlichen ein Soldat und ein Bauer das Konzept vom „Nähr- und Wehrstand“. Auch hier wurden die ornamentalen Hakenkreuze ausgemeißelt. Abgesehen von diesen Kunstwerken, entspricht auch die heute noch



Eingang zum heutigen Landgrafensaal mit Hitlerbüste. In der Nische befindet sich jetzt eine Minerva-Büste.

beeindruckende klassizistisch-antikisierende Formensprache im repräsentativen Stil insbesondere des Foyerbereichs dem ästhetischen Geschmack im Dritten Reich. Die Entstehungszusammenhänge zu dokumentieren, macht sich die nun auf Dauer angebrachte Informationstafel zur Aufgabe.

Kathrin Linz, Peter Maresch, Mario Schäfer ♦

## Archivbestände

# Erschließung des Samtarchivs der Familie Schenck zu Schweinsberg im Staatsarchiv Marburg

Nachdem der Familientag der Familie Schenck zu Schweinsberg im Jahr 2007 die Bereitstellung einer großzügigen Anschubfinanzierung zur Erschließung des Samtarchivs beschlossen hatte, konnten im Januar 2008 die Arbeiten im Staatsarchiv Marburg beginnen. Das Samtarchiv mit einer Laufzeit von 1279 bis 1940 umfasst 27 lfd. Meter Akten und 790 Urkunden. Seit 1920 wird es als Depositum im Staatsarchiv Marburg verwahrt, d.h. es ist Eigentum

der Familie, jedoch der Öffentlichkeit im Lesesaal des Archivs zugänglich. Ziel des Projektes ist es, das Adelsarchiv Schenck zu Schweinsberg archivfachlich zu erschließen und die Ergebnisse mit Hilfe der auch im Internet recherchierbaren Archivdatenbank HADIS der staatlichen Archive in Hessen für die Forschung verfügbar zu machen.

Die Familie gehört zu den bedeutenden hessischen Adelsgeschlechtern. Schon bedingt durch ihre geographische Ansied-

lung in Schweinsberg, einem Raum, der zu den umkämpften Territorien zwischen Kurmainz und Hessen und später zwischen Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt gehörte, hat die Familie maßgeblich die Geschicke des Landes bestimmt. Darüber hinaus besetzte sie nicht nur das hessische Erbschenkenamt; viele Mitglieder der Familie Schenck zu Schweinsberg bekleideten z. B. in Hessen, Kurmainz und in der Reichsabtei Fulda hohe landesherrliche Ämter und waren so immer wieder und unmittelbar an wichtigen historischen Ereignissen beteiligt. Erwähnt sei hier nur Johann Bernhard Schenck zu Schweinsberg, Abt zu Fulda, der als großer Reformabt der Reichsabtei im 17. Jahrhundert gilt.

Die Familie Schenck und ihre Burg Schweinsberg spielten eine herausragende Rolle in der Auseinandersetzung zwischen Kurmainz und den Landgrafen von Hessen – beide Parteien suchten die Schencken mit Verträgen und Privilegien an sich zu binden. Da die Schencken auch Reichslehen besaßen, konnten sie lange eine unabhängige Position bewahren. Dazu trug auch die Verleihung des Stadtrechts für Schweinsberg durch Kaiser Ludwig den Bayern im Jahr 1332 bei. Hinzu kam, dass sich die Schencken auf umfangreichen Besitz – und damit auf Einnahmen – stützen konnten, der nicht aus einem Lehnverhältnis mit den hessischen Landgrafen herrührte. So besaßen die Schencken die ihnen aus der Gesamtvogtei Fronhausen zugefallenen Güter Wenkbach, Roth sowie Mühle und Hof Argenstein als Mannlehen des Kanonissenstifts Essen. Im Jahr 1585 traten die Schencken die Nachfolge der ausgestorbenen Vögte von Fronhausen an und im Jahr 1603, nach dem Aussterben der Rode, übernahmen sie auch den Anteil dieser Familie, so dass sie zu alleinigen Inhabern der in Hessen gelegenen Lehen des Reichsstifts Essen aufstiegen. Die Herrschaft der Schencken in Wenkbach, Roth und Argenstein bildete



*Der Vorstand der Familie bei einem Besuch in Marburg (v.l.n.r.): Raban Frhr. Schenck zu Schweinsberg, Curt-Ekkehard Frhr. Schenck zu Schweinsberg, Vors. des Familienverbandes, Rüdiger Frhr. Schenck zu Schweinsberg, 2. Baumeister der Stiftung Samtbau, Karin Frhr. Schenck zu Schweinsberg sowie Dr. Steffen Arndt, Staatsarchiv Marburg.*

schließlich ein adliges Sondergericht ohne Binnengrenzen, das Schenckische Eigen, in dem alle Bewohner Eigenleute der Schencken waren. Hinzu trat der Besitz des Gerichts Reizberg, den die Schencken von Nassau zu Lehen trugen.

Im Rahmen der Erschließungsarbeiten sollen innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren zentrale Quellen zur hessischen Landesgeschichte der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Durch das Projekt wird eine empfindliche Forschungslücke geschlossen, denn die Geschichte der Familie Schenck zu Schweinsberg, die bis in das 20. Jahrhundert hinein zu den bedeutendsten hessischen Familien zählte, basiert bisher nur auf einer schmalen Quellengrundlage.

Steffen Arndt ♦

## Archiv der Dyckerhoff AG vom Stadtarchiv Wiesbaden übernommen

Die Archivalien der Firmen Kalle und Albert, zweier für Wiesbaden und insbesondere die Vororte Biebrich und Mainz-Amöneburg sehr wichtiger Unternehmen, waren 2005 in das Stadtarchiv Wiesbaden gelangt. Bald darauf zeichnete sich auch eine Übernahme des Archivs der Dyckerhoff AG ab. Dr. Gabriele Fünfrock, seit vielen Jahren die Leiterin des Konzernarchivs, war hierfür mit verantwortlich. Das Unternehmen entschied sich aufgrund der Bedeutung seines Archivs für die Wiesbadener Industriegeschichte, die Dokumente in Wiesbaden zu belassen. Die Abgabe erfolgte im April 2008 im Rahmen eines Depositavertrages, also unter Eigentumsvorbehalt, und umfasste rund 600 Regalmeter. Es handelte sich zum einen um das von Dr. Fünfrock und ihren Mitarbeitern aufgebaute historische Archiv des Konzerns, zum anderen um das Archiv der Familie Dyckerhoff als gesonderte Abteilung, die jedoch aufgrund der handelnden Personen untrennbar mit der Firmengeschichte verbunden ist. Hinzu kamen bislang noch ungeordnete Materialien, die im ehemaligen Kraftwerk der Firma lagerten, darunter auch rund 20

Planschränke mit Karten und Plänen zu den verschiedenen Tochtergesellschaften der Firma Dyckerhoff. Die zahlreichen Bände der historischen Firmenbibliothek mit einem Schwerpunkt auf der wissenschaftlichen Zementliteratur (Produktforschung) sowie eine sehr ansprechende Sammlung von Firmenaktien und Fassaufklebern gelangten ebenfalls in die Magazine des Stadtarchivs. Von großem Interesse für künftige Nutzer ist vor allem die qualitätvolle Fotodokumentation mit über 6000 Aufnahmen zu Produktionsstätten und -verfahren des Unternehmens, zur Geschichte des Zementversandes und zur Sozialgeschichte. Die ältesten Aufnahmen reichen hierbei in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Diese Sammlung liegt zu zwei Dritteln bereits gescannt und inhaltlich erschlossen vor; für die weitere Verzeichnung hat die Dyckerhoff AG dem Stadtarchiv eine namhafte Summe zur Verfügung gestellt.

Vorübergehend verwahrt das Stadtarchiv auch zahlreiche museale Gegenstände, die für das künftige Wiesbadener Stadtmuseum bestimmt sind: eine Sammlung von Gemälden mit

Porträts der Firmeninhaber und ihrer Frauen, Ansichten des Unternehmens aus den unterschiedlichen Epochen seit seinem Bestehen, Werbe- und Schautafeln, Bohrkerne, Zementsäcke, dazu frühgeschichtliche Funde vom Firmengelände, gründerzeitliches Mobiliar sowie eine Vielzahl weiterer Exponate.

Wie in dem Beitrag von Gabriele Fünfrock in den ARCHIVnachrichten aus Hessen 7/1, 2007, nachzulesen ist, kann das Firmenarchiv der Dyckerhoff AG auf ein beträchtliches Alter zurückblicken. Seit dem Ende der 1870er Jahre existierte ein Unternehmensarchiv, nach 1894 wurde das Familienarchiv eingerichtet. Treibende Kraft hierbei war Gustav Dyckerhoff (1838–1923), der nicht zuletzt aus Gründen der Rechtssicherheit damit begann, ein Firmenarchiv anzulegen; sein Bruder Rudolf dokumentierte die Entwicklung der Zementforschung und schuf damit eine weitere Säule des Archivs. Gustav Dyckerhoff beauftragte den Prokuristen Caspar Arnet (1848–1930) mit der Betreuung des Firmenarchivs, der „gleichermaßen im Nebenberuf der erste Archivar von Dyckerhoff & Söhne“ war (Fünfrock). 1896 legte Arnet eine „Denkschrift zur Geschichte der Portland-Cement-Fabrik von Dyckerhoff & Söhne“ vor.

Wilhelm Dyckerhoff (1810–1881) gilt als erster Chronist der Familiengeschichte. Auch Gustav Dyckerhoff unternahm weitere Anstrengungen zur Familienforschung. 1895 organisierte er den ersten „Familientag“ für die Mitinhaber der Firma

Kalle, Albert und Dyckerhoff standen. Insbesondere die unterschiedlichen Produktpaletten und ihre Entwicklung wurden beleuchtet: Düngemittel, Pharmazeutika, Cellophan und Schwammtücher waren die wichtigsten Erzeugnisse der Firmen Kalle und Albert, während bei Dyckerhoff die verschiedenen Zementsorten und besondere Produktionsverfahren dargestellt wurden. Hier führten intensive Forschungen schließlich zur Entwicklung von Zementsorten wie Dyckerhoff Doppel und Dyckerhoff Dreifach, deren Produktbezeichnungen sich auf die Verkürzung des Erhärtungsprozesses beziehen. Dyckerhoff Doppel wurde aufgrund seiner besonderen Eigenschaften beispielsweise für die Sanierung des Mainzer Domes verwendet, dessen aufgehendes Mauerwerk mit dem Zement ausgespritzt werden konnte und dadurch neue Festigkeit erlangte.

Die rasante Entwicklung aller drei Traditionsfirmen von kleinen Anfängen mit jeweils kaum mehr als 10 Arbeitern bis zum globalisierten Unternehmen wurde in der Ausstellung besonders deutlich. Schwerpunkte waren aber auch die Biografien der Firmengründer, deren Persönlichkeiten nachgezeichnet wurden, sowie die jeweiligen sozialen Errungenschaften der Unternehmen.

#### Wichtiger Fundus zur Industrie- und Sozialgeschichte

Die Geschichte der Kalle & Co. KG begann 1863 in Biebrich als Farbenfabrik (vgl. Abb. S. 11). 1885 brachte das Unternehmen auch Arzneimittel auf den Markt und läutete nach dem Anschluss an die Farbwerke Hoechst 1923 mit der Produktion von Lichtpauspapieren eine neue Ära ein. 1928 begann die Herstellung von Cellophan, zunächst vor allem für Kunstdärme für die Wurstindustrie, dann für Verpackungszwecke aller Art. Seit 1955 gibt es das „Kalle-Schwammtuch“, das bis heute fast in jedem Haushalt in Gebrauch ist. Ein bedrucktes Schwammtuch als „Werbeflyer“ trug übrigens dazu bei, viele Besucher in die Ausstellung zu locken. Kalle war einer der bedeutendsten Arbeitgeber in der Region. Im Jahr 1972, als die Firma endgültig in die Hoechst AG eingegliedert wurde, zählte die Belegschaft 8190 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Chemischen Werke Albert AG, die inzwischen weitgehend im Konzern Sanofi-Aventis aufgegangen ist, wurde 1858 von dem Apotheker Heinrich Albert in

Biebrich als Leim- und Düngerfabrik gegründet. Der Betrieb entwickelte den Dünger Doppelsuperphosphat und produzierte „Thomasmehl“ aus Phosphatschlacken, also aus Abfällen der damals rasant wachsenden Stahlindustrie – und wurde damit eine der bedeutendsten Düngemittelfirmen. 1889 wurden allein in Deutschland 450.000 Tonnen Thomasmehl abgesetzt, die Firma verfügte über Werke in England, Luxemburg, Frankreich und Russland. 1922 begann die Produktion von Pharmazeutika, die im Laufe der Jahrzehnte immer größere Bedeutung gewann. Die komplexe Firmengeschichte



Im Kalksteinbruch der Dyckerhoff-Zementwerke bei Amöneburg, um 1885 (Stadtarchiv Wiesbaden).

Dyckerhoff & Söhne. Aus der Sammlung von Schriftstücken und Korrespondenzen auch zur Familiengeschichte entstand in Verbindung mit der Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen im Laufe der Jahrzehnte eine Mischform aus Familien- und Unternehmensarchiv.

Das Stadtarchiv Wiesbaden nahm die willkommene Erweiterung seiner Bestände im Sommer 2008 zum Anlass für eine Ausstellung zur Wiesbadener Industriegeschichte: „Das Jahrhundert der Gründer – Wirken mit Zukunft“ war die Schau überschrieben, in deren Fokus die drei Traditionsunternehmen

endete 1972 mit der Eingliederung in die Hoechst AG, vereinigt mit Kalle unter dem Namen „Werk Kalle-Albert“.

Die „Portland-Cement-Fabrik Dyckerhoff“ wurde 1864 in Amöneburg gegründet. Im Gründungsjahr produzierte Dyckerhoff & Söhne mit 15 Arbeitern und einem Angestellten 1600 Fass à 170 kg; das Werk bestand zu dieser Zeit aus dem ersten Hoffmannschen Ringofen, einem Schachtofen, einer Zementmühle mit vier Mahlgängen und einer Dampfmaschine von 40 PS. 1865 wurde eine Tongrube in Flörsheim gekauft, die das nötige Rohmaterial lieferte und 41 Jahre lang in Betrieb blieb. Die Anlieferung erfolgte mit dem Boot. 1869 arbeiteten bereits 100 Mann für Dyckerhoff, die Produktion belief sich auf 41.507 Fass, eine doppelt so starke Dampfmaschine und ein weiterer Schachtofen sowie eine Ziegelmaschine kamen hinzu. 1872 wurde nach dem System Hoffmann der erste verbesserte Ringofen in ovaler Form mit 16 Kammern gebaut, um 1900 verfügte die Fabrik über eine stattliche Anzahl von Ringöfen. 1865 erhielt die Firma den



Der Exportsaal der Firma Kalle in Biebrich, um 1900 (Stadtarchiv Wiesbaden).

Zuschlag für den Bau der Mannheimer Rheinbrücke. Aufgrund der Einheirat Eugen Dyckerhoffs in eine Cementwarenfabrik in Karlsruhe im gleichen Jahr entstand schließlich die Baufirma Dyckerhoff und Widmann – noch heute eine der bekanntesten Firmen der Branche in der Bundesrepublik. Seit 1909 wurden im Betrieb statt der veralteten Ringöfen Drehöfen eingesetzt. 1911 erfolgte beim Ausscheiden der Gründersöhne Gustav und Rudolf aus der Geschäftsführung die Umwandlung des Unternehmens in die Dyckerhoff Söhne GmbH.

Schon 1868 wurde ein erster Versuch unternommen, in den Vereinigten Staaten Fuß zu fassen – dies gelang aufgrund der Qualität des Zementes und insbesondere wegen seiner Wasserfestigkeit. 1895 wurde mit 150.000 Fass Zement ein Viertel der gesamten Produktion nach Amerika verschifft.

Die Expansion der Firma machte den Zukauf von Grundstücken erforderlich – schließlich besaß Dyckerhoff am Rhein einen Uferstreifen vom 570 Metern Länge. Bis 1896 wurde das Rheinufer ausgebaut und das Fahrwasser vertieft, sodass auch größere Schiffe am Werksgelände anlegen konnten. Die Erstellung eines Gleisanschlusses, die Modernisierung und Vergrößerung des Maschinenparks und der Ankauf eines Kalksteinbruchs bei Flörsheim waren weitere Meilensteine der Unternehmensentwicklung. 1914, als kurz vor Ausbruch des

Ersten Weltkriegs Dyckerhoff seine 50-Jahrfeier beging, belief sich das Betriebsvermögen, das 1864 auf knapp 275.000 Mark beziffert worden war, auf 17,1 Mio. Mark; Dyckerhoff beschäftigte ca. 1200 Mitarbeiter und verkaufte rund 400.000 Tonnen Zement jährlich. Die Dyckerhoff AG, die heute zu Bucci Unicem gehört, stellt inzwischen nur noch Weißzement – Dyckerhoff-Weiß – her.

Die Bestände der Unternehmen Kalle, Albert und Dyckerhoff bereichern das Angebot des Stadtarchivs Wiesbaden in eindrucksvoller Weise: Sie sind heranzuziehen für Fragen der Produkt-, der Versand- und vor allem der Sozialgeschichte. Schon lange vor der Bismarckschen Sozialgesetzgebung, nämlich 1864, riefen etwa Dyckerhoff & Söhne eine Arbeiterkrankenkasse ins Leben, zu der die Firma einen Zuschuss von einem Drittel der Gesamtausgaben leistete. Die Archivalien erweitern zudem unsere Kenntnisse von der Entwicklung der Stadtteile Biebrich und Mainz-Amöneburg seit der Mitte des 19. Jahrhunderts und sind authentische Zeugnisse, die die erfolgreiche und frühe Entwicklung des Wiesbadener Raumes im Zeitalter der Industrialisierung belegen. Die Übernahme dieser Bestände wird in nicht allzu ferner Zukunft einen Impuls für die Erforschung der Wiesbadener Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und seiner Vororte bedeuten.

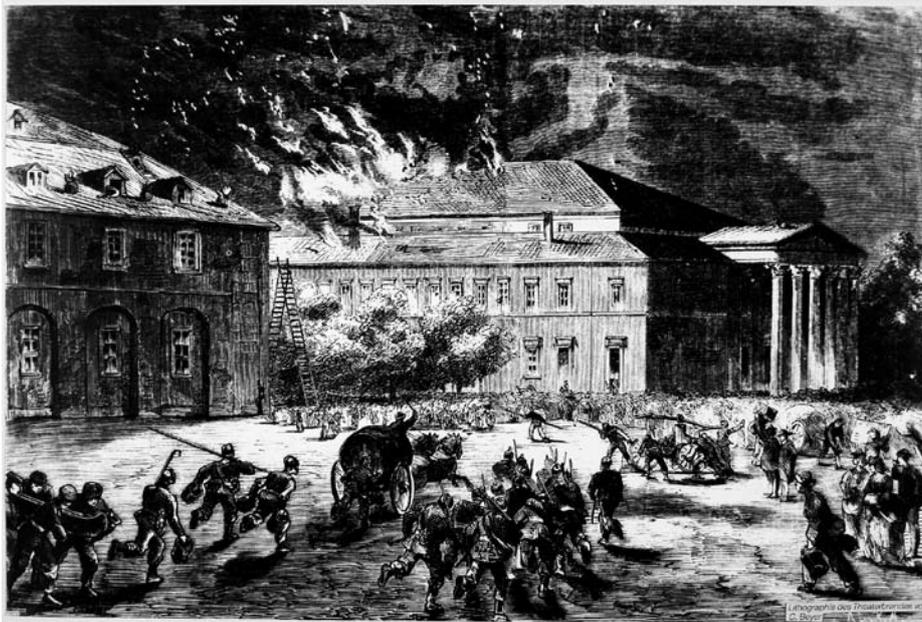
Brigitte Streich ♦

## Prügel und Papierschnipsel während der Probe

### Vom Großherzoglichen Hoftheater zum Staatstheater Darmstadt

Gerade gab es einmal wieder eine Prügelei unter den Damen des Chores. Was dagegen unter den Damen der Ballett-Truppe vorgefallen ist, weiß man nicht so genau. Ihnen wird am 17. April 1925 angedroht, dass sie von nun an bestraft werden, falls sie in der Garderobe nicht „Ruhe

und Frieden“ geben. Bei den Männern sieht's nicht besser aus: Ein Chormitglied schnipste während der Proben Papierkugeln auf den Dirigenten, und jetzt überlegt die Verwaltung, ob dieses Verhalten der Würde eines kulturellen Berufes wirklich angemessen sei. In früheren Zeiten konnten solche Disziplin-



Das Hoftheater in Darmstadt, erbaut 1818/20 von Georg Moller, wurde am 24. Oktober 1871 durch einen Brand zerstört.

losigkeit im ehemaligen Hof-, dann Landes- und jetzigen Staatstheater mit einer Geldbuße belegt werden, was nicht selten geschah.

Dieses und vieles Weitere dokumentiert die Überlieferung, die das Darmstädter Staatsarchiv zum überwiegenden Teil im vergangenen Jahr vom Staatstheater übernommen hat. Im Zuge groß angelegter Umbaumaßnahmen fand seitens der Verwaltung des Staatstheaters Darmstadt in den Jahren 2006 und 2007 eine gründliche Revision der Alt- und Personalregistratur statt. Dabei hat man Platz geschaffen und etwa 50 lfd. Meter Schriftgut aus den Jahren 1870 bis 1984 zur Aussonderung an das Staatsarchiv freigegeben. Nicht alles wurde als archivwürdig befunden. Insbesondere bei der Masse der angebotenen Personalakten entschied man sich seitens des Archivs, die Akten des nach 1945 eingestellten nicht künstlerischen Personals nur in Auswahl zu übernehmen. Da der zeitliche Schwerpunkt der 2007 in das Staatsarchiv gelangten Unterlagen vor 1945 liegt und behördengeschichtlich weitgehend Kontinuität besteht, wurde abweichend von der üblichen Darmstädter Archivtekonik auf das Anlegen eines eigenen Nachkriegsbestandes verzichtet. Sämtliche Neuzugänge sind in den vorhandenen Bestand „G 55 Landestheater“ eingegliedert worden.

Im Zuge der Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Großherzog wurde das Landestheater 1919 dem Landesamt für Bildungswesen des Volksstaats Hessen (später Kultusministerium) unterstellt. Die ältere Überlieferung bis zum Theaterbrand 1871 gelangte ins Großherzogliche Kabinettsarchiv. Die späteren Akten der eingerichteten Hoftheater- und Musikdirektion sind nur bruchstückweise überliefert, da sie sich wie die modernen Akten bei der erneuten Zerstörung des Theaters durch den Bombenangriff vom 11./12. September 1944 noch im Gewahrsam der Generaldi-

rektion des Landestheaters befanden. Die über den Krieg hinweg erhaltenen Teile der Überlieferung wurden bereits 1955 und 1973 ins Staatsarchiv übernommen.

Die älteren Akten der Verwaltung (zunächst Hoftheater- und Hofmusikdirektion, ab 1900 Generaldirektion des Hoftheaters und der Hofmusik des 1809/10 begründeten Großherzoglichen Hoftheaters) gehörten bis 1918/19 als „Hofamt“ in den Bereich des Hofetats und sind im Bestand D 8 (Hofmarschallamt) überliefert. Eine Parallelüberlieferung für das Schriftgut des Zeitraums 1810–1848 bildet ein Teil der Kabinettsregistratur in der Abteilung D 12 des Großherzoglichen Haus- und Familienarchivs, der wie die Theaterüberlieferung in D 8 in das Findbuch des Bestands „G 55 Landestheater“ aus dem Jahre 1984 einbezogen wurde.

Bereits im Februar 2008 konnte die Historikerin Susanne Döring gewonnen werden, die Neuzugänge von insgesamt 40 lfd. Meter – nunmehr die Hälfte des Umfangs des Gesamtbestandes – unter der Betreuung der Referentin detailliert zu verzeichnen und sachgemäß zu verpacken. Ende Juni 2008 waren alle Neuzugänge in HADIS aufgenommen und der gesamte Bestand überarbeitet und neu klassifiziert.

Wer nun freilich hofft, im Bestand des Theaters auf künstlerische Aussagen über „die Sellner-Bühne“, „den Darmstädter Stil“ oder das Musiktheater des Harro Dicks zu treffen, wird vielleicht enttäuscht. Zwar finden sich auch Programmhefte und Zeitungsausschnitte mit Theaterkritiken, aber die Akten



Zuschauerraum und Bühne des Theaters nach dem Wiederaufbau 1879.

wurden von der Direktion des Hauses nach Maßgabe der öffentlichen Verwaltung Hessens angelegt. Selbst bei den sogenannten „Werkakten“, die die einzelnen im Repertoire aufgeführten Stücke dokumentieren, wird deutlich, dass sie als Rechnungsbeleg für das Regierungspräsidium dienen sollten. Bis in die 1960er/70er Jahre hat man das noch ganz liebevoll betrieben, spätestens ab den achtziger Jahren herrschen nüchterne Zahlen und Computerausdrucke.

Natürlich interessierte sich die Verwaltung damals wie heute vornehmlich für Finanzen, Versicherungen, Besucherstatistiken, Baumaßnahmen, Jahresabschlüsse und besonders für das Personal – und eben Disziplinarfragen. Das spiegelt sich auch in den Themenschwerpunkten der zwischen 1872 und 1983 angelegten Akten, die da sind:

1. Personal- und Versorgungsakten für künstlerisches und technisches Personal (1830/72–1984, vorwiegend ab 1920)
2. Haushalts- und Bauunterlagen (1936–1972)
3. Werkakten (1966–1984)
4. Akten zu Aufführungsrechten, Tantiemen, GEMA (1872–1983)
5. Besucherstatistiken (1964–1984)
6. Organisation und Durchführung von Konzerten, Gastspielen und Sonderveranstaltungen (1918–1983)
7. Inventar und Spielbetrieb (1889/96, 1935–1950)
8. Spielpläne und Öffentlichkeitsarbeit (1946–1950)
9. Rechnungen und Belege (1923–1956, aus G 35 Landeshauptkasse)

Trotzdem ist der Aktenbestand überaus interessant, gibt er doch nicht nur eine lebendige Anschauung von der künstlerischen Dynamik der Einrichtung und ihrer bewegten Geschichte, sondern auch einen umfassenden Einblick in die Logistik eines Theaters mit unzähligen Angestellten im künstlerischen, technischen und Verwaltungs-Bereich. Allein die Akte über den fast täglichen Harfentransport 1967 von der ehemaligen Stadthalle in der Turnhalle der Justus-Liebig-Schule in die Orangerie und von dort in die Stadtkirche verdeutlicht anschaulich, unter welchen Umständen in dieser Zeit Theater in Darmstadt betrieben wurde. Wer einmal in die Personal- und statistischen Akten des damaligen Landestheaters geschaut hat, wird nie wieder eine Theateraufführung erleben können, ohne dabei an Balletttänzer, Choristen, Solisten, Orchester, Beleuchter, Bühnenausstatter, Logenschließer, Schneider, Maskenbildner, Bühnenarbeiter und die Verwalter des Ganzen zu denken. Ebenso bekommt man Einblick



*Fraüengeschichten*

*Ballettabend · Werkstattheater  
Staatstheater Darmstadt 1984*

Das Staatstheater Darmstadt verfügt seit 1972 über einen Neubau mit mehreren Bühnen.

in Logistik, Kosten und Umfang eines Theaters auf Reisen, da das Landestheater oft vor allem in Aschaffenburg, Schweinfurt und Worms, aber auch im Ausland gastierte. Sehr gut dokumentiert sind Planung, Bau und Eröffnung des neuen Theaters 1972. Das Premierenfieber zur Einweihung des Neubaus mit „Fidelio“ ist selbst aus den papierernen Akten unmittelbar herauszufühlen.

Und auch politisch-historisch geben die Akten eine Menge her. Mancher Schauspieler oder Opernsänger hat im Lauf seines Engagements vier staatliche Systeme erlebt. Nachdem der Großherzog „allergnädigst geruht“ hatte, einen Künstler einzustellen, musste dieser nach der Weimarer Republik 1935 den Eid auf Hitler unterzeichnen und eine Erklärung abgeben, dass er „arischer Abstammung“ sei. In der frühen Bundesrepublik hatte er dann zu unterschreiben, dass er die Bekanntmachung zum Verbot politischer Tätigkeit gegen die grundgesetzliche Ordnung zur Kenntnis genommen hatte. Die Entlassung jüdischer Mitarbeiter 1933 ist aus den Akten nur schwer nachvollziehbar, dagegen wird ganz deutlich gesagt, aus welchen Gründen politisch Unzuverlässige 1933 aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ entlassen wurden. 1945 sorgte dann die amerikanische Militärregierung durch Fragebogen peinlichst genau dafür, dass durch den Nationalsozialismus belastete Mitarbeiter entlassen wurden, während Minder- oder Nichtbelastete häufig schnell wieder eingestellt wurden. Bis etwa 1957 waren viele der 1945 Entlassenen wieder ins Beamtentum übernommen, formal scheint um diese Zeit die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit vollzogen. Nur vereinzelt finden sich Anfragen des Regierungspräsidiums, in denen es um Wiedergutmachung für rassistisch Verfolgte geht.

Sehr anschaulich wird aus den Personalakten auch die Wohnungsnot in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die Verwal-

tung des Landestheaters mühte sich mit allen Kräften um die Unterbringung ihrer neu verpflichteten Künstler, deren Ansprüche auf große und ruhige Wohnungen nicht immer erfüllt werden konnten. Bei dieser Gelegenheit sind in den Personalakten sehr bildhafte Darstellungen über die Wohnsituation Darmstadts in den vierziger und fünfziger Jahren zu lesen.

Ergänzend zu den Unterlagen des Staatsarchivs muss an dieser Stelle auch auf das umfangreiche Dokumentationsmaterial der Theatergeschichtlichen Sammlung der Hessischen

Landes- und Hochschulbibliothek sowie auf den Bestand „ST 44 Musikverein Darmstadt“ des Stadtarchivs hingewiesen werden. Beide Einrichtungen befinden sich ebenfalls im „Haus der Geschichte“ und bieten somit auch räumlich optimale Bedingungen für theatergeschichtliche Forschungsarbeiten.

Karin Marx ♦

Dieser Beitrag entstand unter Berücksichtigung des Artikels „Von Akt zu Akt durch die Akten“ von Susanne Döring, erschienen im Darmstädter Echo am 26. Juli 2008.

## Primadonnen zurück im ehemaligen Hoftheater

### Nachlässe der Opernsängerinnen Hertha Faust und Gertie Charlent im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt

Das Staatsarchiv Darmstadt „residiert“ heute im ehemaligen Hoftheater/Landestheater Darmstadt. Die Nachlässe der beiden Sopranistinnen aus zwei Generationen sind mit der Übernahme ins Archiv sozusagen an ihren Ursprungsort zurückgekehrt. Der Nachlass der Kammersängerin Hertha Faust verh. Bundis tauchte bei der Übernahme des Erbes ihrer Freundin Anneliese Müller aus Darmstadt auf, die fleißig gesammelt und aufbewahrt hatte. Dagegen wurde der Nachlass von Gertie Charlent im Internationalen Musikinstitut in Darmstadt entdeckt. Beide Nachlässe tendieren stark in Richtung Materialsammlung, aber einige persönliche Papiere rechtfertigen dann doch die Zuordnung zu den Nachlässen (Bestände O 59 Faust, O 59 Charlent).

#### Hertha Faust (1896–1986)

Die Opernsängerin Hertha Faust wurde 1896 in Riesenburg in Westpreußen als Tochter eines Postbeamten geboren. Nach dem Schulbesuch war sie zunächst im Schalterdienst der Post von Karthaus tätig, ließ jedoch damals bereits ihre Stimme bei einem Gesangspädagogen ausbilden. Nach dem Versailler Vertrag von 1919 waren ihre Heimat Karthaus bzw. das Ostseebad Zoppot und Danzig polnisch geworden. Mit einem Stipendium der Stadt Danzig setzte Hertha Faust ab 1922 ihre Gesangsstudien in Berlin fort. Sie debütierte 1926 am Stadttheater Erfurt als Zweite Dame in Mozarts „Zauberflöte“ und als Priesterin in Verdis „Aida“. Schon zu dieser Zeit wurde der Intendant des Landestheaters Darmstadt auf die junge Künstlerin aufmerksam, was jedoch zunächst folgenlos blieb. Mit Ende der Spielzeit 1929/30 ging Hertha Faust von Erfurt an die Berliner Staatsoper (Kroll-Oper), die unter der künstlerischen Leitung von Hans Tietjen, dann Otto Klemperer nur vier Jahre existierte. Für eine Spielzeit war Hertha Faust an der Städtischen Bühne Nürnberg tätig.

Auf Nürnberg folgte 1932 die Berufung an die Staatsoper Hamburg. Diesem Haus blieb die Sopranistin als Ensemblemitglied in der Folgezeit bis 1945 verbunden, trotz ihres späteren Darmstädter Engagements. In Hamburg debütierte sie als „Pamina“ und sang in den nächsten Jahren nahezu alle Partien des jugendlichen bis dramatischen Sopranfachs. Im Rahmen eines deutsch-polnischen Kulturaustauschs brachte die Staatsoper Hamburg in der Spielzeit 1934/35 die Oper

„Halka“ von Stanislaw Moniuszko, in der Hertha Faust die Titelpartie sang. Im Jahr 1936 ehrte die Stadt Hamburg die Künstlerin mit der Verleihung des Titels „Kammersängerin“. Hertha Faust hatte bereits früher kleinere Solorollen in der



Hertha Faust als Cleopatra in der Oper „Antonius und Cleopatra“ von Samuel Barber. Aufführung im Hessischen Landestheater Darmstadt 1942 (Staatsarchiv Darmstadt).

Zoppoter Waldoper gesungen, die es sich zum Ziel erklärt hatte, jeweils in den Sommermonaten, quasi als Pendant zu Bayreuth, das Werk Richard Wagners auf einer Naturbühne aufzuführen. In den Sommern 1938 und 1941 übernahm sie nun dort große Rollen. Auch an einem Gastspiel im besetzten Oslo nahm die Sängerin 1940 teil.

Obwohl Hertha Faust an der Hamburger Oper eine einmalige Position innehatte und hohes Ansehen genoss, wechselte sie 1941 an das Hessische Landestheater Darmstadt. Zwar blieb sie Mitglied der Hamburger Staatsoper und gab dort auch noch gelegentlich Gastspiele, aber ihre Hauptwirkstätte hatte sich nach Darmstadt verlagert. In Darmstadt fügte sich die Kammersängerin nahtlos in die dortigen Produktionen ein und belegte große Rollen, die in der örtlichen Presse ein positives Echo fanden. Auf der Darmstädter Opernbühne war Hertha Faust letztmals im Juli 1944 in Wagners „Walküre“ zu hören.

Die Spielzeit 1943/44 war mit dieser Aufführung beendet, die Theater wurden wegen des „Endsieg“ geschlossen. In der Darmstädter „Brandnacht“ am 11./12. September 1944 wurden nicht nur das Landestheater, sondern auch die Wohnung von Hertha Faust ausgebombt. Obwohl ihr Vertrag mit dem Hessischen Landestheater auch über die Ereignisse des Septembers 1944 fortbestand, ging Hertha Faust kurz nach Kriegsende nach Hamburg zurück. Ihr letzter öffentlicher Auftritt hatte bei der Weihnachtsfeier der Stabsnachrichtenkompanie am 19. Dezember 1944 in Darmstadt stattgefunden.

Der Nachlass von Hertha Faust, den ihre Freundin Anneliese Müller in Darmstadt aufbewahrte und ergänzte, beinhaltet persönliche Papiere, Zeugnisse, Autogramme und Porträts von Künstlerkollegen und -kolleginnen, Zeitungsausschnitte zur Theatergeschichte Darmstadts sowie über einzelne Künstler, eine Tonkassette mit Aufnahmen von Hertha Faust aus dem Deutschen Rundfunkarchiv in Frankfurt und verschiedene Theaterprogramme.

#### **Gertie Charlent (\*1925)**

Als Tochter deutsch-französischer Eltern wurde Gertie Charlent in Kassel geboren und wuchs dort auf. Noch während ihrer Gymnasialzeit begann sie ein Gesangsstudium bei der Kammersängerin Anny v. Stosch und Prof. Hermann Achenbach an der Musikakademie Kassel. Ihre erste Verpflichtung erhielt die Opernsängerin am Hessischen Staatstheater Kas-

sel im Jahre 1946 und damit schon die begehrten Partien ihres Fachs: Olympia, Gilda, Constanze, Norina. Nächste Station ihrer Laufbahn war ab 1950 das Opernhaus Essen, wo der Rundfunk an sie herantrat. Von hier aus folgten Gastspielreisen nach Holland, Italien, Irland und in die Schweiz. Im „Freischütz“ arbeitete sie erstmals unter Walter Jockischs Regie. Dem folgte, von der Spielzeit 1963/64 an, das Engagement in Darmstadt. Hier, am Hessischen Staatstheater Darmstadt, erweiterte Gertie Charlent ihr Repertoire erheblich. Zu den „klassischen“ Partien ihres Fachs traten: Lulu, Belise, Blinde Poetin (Blomdahl: „Aniara“). Konzert-Gastspiele bei den Wiener Festwochen, den Salzburger Festspielen, in Dänemark, Finnland und den USA ergänzten ihre Operntätigkeit. In ihren Engagements sang sie das gesamte Fach des Koloratursoprans, vom klassischen Kirchenkonzert über die Oper bis hin zur Avantgarde. Auch nahm sie Schallplatten mit moderner Musik und Hugo-Wolf-Liedern auf. Nach 1975 unterrichtete Gertie Charlent Gesang an der Akademie für Tonkunst in Darmstadt.

Der Nachlass, der vermutlich von Gertie Charlent selbst angelegt wurde, umfasst u.a. ein Drehbuch, Theaterprogramme, Zeitungsausschnitte mit Kritiken einzelner Auftritte Gertie Charlents, Einladungen zu Empfängen, einen Arbeitsvertrag und Porträts, v.a. Szenefotos aus den Engagements der Künstlerin am Staatstheater Kassel, Stadttheater Essen und Staatstheater Darmstadt sowie viele Unterlagen und Presseartikel über ihre Gastauftritte in Wien, Basel, Salzburg, Gent, Rom und anderen Orten.

*Eva Haberkorn ♦*



*Die Sängerin Gertie Charlent (Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt / Staatsarchiv Darmstadt).*

## **Fotografischer Nachlass von Sepp Jäger im Hessischen Wirtschaftsarchiv**

### **Bildjournalist für die Rhein-Main-Region und „Hoffotograf“ des Hessischen Rundfunks**

Viele Archive im Rhein-Main-Gebiet haben Bilder von ihm in ihren Fotobeständen: Sepp Jäger gehört nicht nur zu den produktivsten, sondern auch zu den vielseitigsten Fotografen Frankfurts. Als Bildjournalist hat er ein Kapitel Frankfurter Zeitungsgeschichte mit geschrieben. Vielen jüngeren Kollegen, so heißt es in einem Nachruf, sei er ein Vorbild an Präzision der Arbeit gewesen – was jeder, der seine Bilder kennt, nachvollziehen kann.

Sepp Jäger wurde 1907 in Frankfurt geboren. Hier bildete er sich zunächst als Grafiker aus, besuchte dann die Akademie für Arbeit und nahm 1928 seine Tätigkeit als freiberuflicher Bildberichterstatter auf. Bis zu seiner Einberufung zur

Wehrmacht 1940 war er hauptsächlich für den Frankfurter Generalanzeiger tätig. Daneben aber bediente er schon damals zahlreiche andere Presse- und Publikationsorgane in ganz Deutschland mit seinen Aufnahmen. Nach dem Krieg setzte er seine Tätigkeit als Bildjournalist fort und arbeitete u.a. für die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Darüber hinaus erschloss er sich weitere Arbeitsgebiete, wobei er sich vor allem der Fotografie touristischer Objekte zuwandte. Auf zahlreichen Plakaten, die für das Urlaubsland Deutschland oder einzelne Reiseziele warben, sind seine Aufnahmen zu sehen. Aber auch als Industriefotograf machte er sich einen Namen. Den Ausbau des Frankfurter Flughafens, die Entwicklung der Frankfurter



Der Fotograf Sepp Jäger.

Messe, das wachsende Verkehrsaufkommen und den Wandel der industriellen Produktion in der Rhein-Main-Region hat er über zwei Jahrzehnte fotografisch festgehalten. 1961 gab er seine Wohnung im Gärtnerweg in Frankfurt auf und ließ sich mit seiner Frau in Arnoldshain nieder, wo er am 22. Juli 1976 im Alter von 69 Jahren unerwartet starb. Bei seinem Tod hinterließ er mehr als 100.000 Negative aus den Jahren 1931 bis 1968

– überwiegend Rollfilme im Format 6 x 6 cm sowie Kleinbildnegative, aber auch sehr viele Glasplatten, hauptsächlich im Format 6 x 9 cm. Nur ein ganz geringer Teil der Aufnahmen ist farbig.

Der Hessische Rundfunk gehörte von etwa 1949 bis 1968 zu den Stammkunden Sepp Jägers: Jäger war so etwas wie der „Hoffotograf“ des HR. Er hielt Baumaßnahmen, Ereignisse und Persönlichkeiten fest, vor allem aber fertigte er die Pressebilder für die HR-Funk- und Fernseh-Produktionen in dieser Zeit. Dies war der Grund, weshalb sich der Hessische Rundfunk 1989 entschloss, den umfangreichen Fotonachlass Jägers



Funkhaus am Dornbusch, Domizil des Hessischen Rundfunks in Frankfurt a.M., in den 1950er Jahren.

mit sämtlichen Rechten von seiner Witwe zu erwerben. Das Interesse des HR galt dabei natürlich vorrangig den Fotografien, die in Verbindung mit seiner eigenen Geschichte stehen. Die rund 20.000 Aufnahmen, auf die dies zutrifft, sind inzwischen weitgehend erfasst und zum Teil auch digitalisiert. Der weitaus größte Teil allerdings ist lediglich cursorisch durch Jägers komplizierte Negativ-Verzeichnisse erschlossen und daher nach wie vor für die interessierte Öffentlichkeit kaum nutzbar.

Der Hessische Rundfunk hat sich nun entschlossen, das Jäger-Archiv (ohne die den HR betreffenden Aufnahmen) als Depositum an das Hessische Wirtschaftsarchiv abzugeben. Dem Wirtschaftsarchiv ist es gelungen, einen Sponsor

zu gewinnen, der zunächst einmal die Anschubfinanzierung übernimmt. Vereinbart wurde, dass das Hessische Wirtschaftsarchiv die Negative digitalisiert und thematisch erschließt. Dafür wird ein Zeitraum von mindestens drei Jahren veranschlagt. Ziel ist es, die Fotos ins Internet zu stellen, damit sie



Amerikanischer Sportwagen vor dem IG Farben-Haus in Frankfurt a.M., 1948.

online recherchiert und bestellt werden können. Für die wissenschaftliche Nutzung der Fotos, so ist vereinbart, sollen in der Regel keine Copyright-Gebühren erhoben werden.

Sicher ist, dass das Fotoarchiv Sepp Jäger mit seinen zahlreichen bislang noch unbekanntem Aufnahmen nach seiner Erschließung eine Bereicherung für alle darstellen wird, die an der neueren Geschichte des Rhein-Main-Gebiets interessiert sind.

Ulrich Eisenbach ♦



Wiederaufbau in Frankfurt a.M., im Hintergrund die Paulskirche, 1955. Alle Fotos sowie Seite 18 © Hessisches Wirtschaftsarchiv.

# Die Künstlerin Annegret Soltau: Ihr Nachlass zu Lebzeiten im Staatsarchiv Darmstadt

## Tagebücher – Korrespondenzen – Skizzenbücher

Die international bekannte, in Darmstadt lebende Künstlerin Annegret Soltau hat nach reiflicher Überlegung ihren Nachlass (zu Lebzeiten, weshalb sie den Begriff „Vorlass“ bevorzugt) im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt deponiert. Inhaltlich unterscheidet sich der „Vorlass“ von den sonst in Staatsarchiven üblichen persönlichen und politischen Nachlässen oder Familienarchiven, da es sich sowohl um einen persönlichen als auch künstlerischen Nachlass handelt. Allerdings lassen sich hier Person und Kunst nicht trennen, sondern bilden eine Einheit, da gerade bei Annegret Soltau das Private, der eigene Körper, in ganz besonderem Maße in ihre Kunst einfließen.

Ein Zeitdokument der besonderen Art stellen die Tagebücher Annegret Soltaus aus den Jahren 1965 bis 2007 dar. Mit Zeitungsausschnitten aus dem aktuellen Tagesgeschehen oder zu thematischen Schwerpunkten angereichert, spiegeln die Tagebücher Annegret Soltaus neben ihrem Privatleben und der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Kunst auch Zeitgeschichte und Politik wider. Hinzu kommen Reisetagebücher, Arbeitstagebücher und Skizzenbücher, die ihre künstlerische Arbeit speziell beleuchten. Zum „Vorlass“ gehört auch die 30 Jahre umfassende Korrespondenz Annegret Soltaus mit der befreundeten Schriftstellerin Karin Struck (1947–2006) bis zu deren Tod, aber auch mit anderen Künstlerinnen und Schriftstellerinnen. Auch zwei bislang unveröffentlichte Romanmanuskripte von Karin Struck sind überliefert. Ausstellungskataloge, signiert von Annegret Soltau, sowie Publikationen von ihr selbst und über sie und gemeinsame Buchprojekte mit Karin Struck runden den „Vorlass“ ab und ermöglichen ein umfassendes Bild der Person und des künstlerischen Schaffens von Annegret Soltau. Der künstlerische „Nachlass“, vor allem Video-Installationen, befindet sich in Teilen im Hessischen Landesmuseum Darmstadt.

Der „Vorlass“ ist nur mit schriftlicher Genehmigung Annegret Soltaus benutzbar. Die in der Online-Datenbank HADIS der Hessischen Staatsarchive eingestellten Titelaufnahmen des Bestands O 59 Soltau wurden hingegen von der Künstlerin freigegeben.

### Zur Biographie Annegret Soltaus

Annegret Soltau wurde 1946 in Lüneburg geboren und wuchs bei ihrer Großmutter in einem Dorf an der Elbe auf. Zunächst arbeitete sie in verschiedenen Berufen, u. a. als Assistentin im OP bei einem Unfallarzt am Hamburger Hafen. In den Jahren 1967 bis 1972 studierte Annegret Soltau Malerei und Grafik an der Hochschule für Bildende Künste in Hamburg. Seit 1970 ist sie mit dem Bildhauer Baldur Greiner (\*1946) verheiratet. Ihr Studium setzte sie an der Akademie der Künste in Wien fort und ging 1973 mit einem Stipendium nach Mailand. In Darmstadt siedelten sich Annegret Soltau und ihr Mann im Jahr 1974 an. Im Folgejahr begann sie mit Aktionen,

Foto- und Videoarbeiten sowie ersten Fotoüber- (1975) und -vernähungen (1977). Sie arbeitet mit fotografischem Material zu ihrer eigenen Person. Auch die beiden Kinder, 1978 und 1980 geboren, werden einbezogen. Annegret Soltau ist eine Collage-Künstlerin der Body-Art. Ihre Arbeiten wie „Verbindung“, „Schwanger“, „Mutter-Glück“, „Körper-Bilder“, „Körper-Lachen“, „Hautnah“, „Generativ“, „Personal Identi-



Annegret Soltau vor einer Arbeit (Foto: Julia Greiner, VG Bild-Kunst, Bonn).

ty“, „Kopfgefühl & Körperdenken“ haben auch immer den eigenen Körper, die zentralen Lebenserfahrungen im Blick: „Ich nehme mich selbst als Modell, weil ich mit mir am weitesten gehen kann“, und: „Mein zentrales Anliegen ist, körperliche Prozesse in meine Bilder miteinzubeziehen, um Körper und Geist als gleichwertig zu verbinden.“ Ihre Biographin resümiert: „Diese Kunst bricht mit den Maßstäben herkömmlicher Ästhetik. Sie fordert Innehalten und Auseinandersetzung mit der oft verschütteten Einheit geistig-körperlichen Seins.“

Annegret Soltau ist Mitglied der Neuen Darmstädter Sektion. Im Jahr 1982 erhielt sie ein Werkstipendium des Kunstfonds e.V. in Bonn, wurde Mitglied im Deutschen Künstlerbund in Berlin und mit dem Villa Massimo Preis ausgezeichnet. Ein Lehrauftrag an der Hochschule für Gestaltung in Offenbach am Main folgte 1986, und nach dem Stipendiaten-Aufenthalt in der Villa Massimo in Rom zwei Jahre später die Berufung an die Deutsche Fotografische Akademie in Leinfelden. Nach Arbeitsstipendien des Kunstfonds e.V. in Bonn nahm Annegret Soltau in den Jahren 1990/91 einen



Annegret Soltau: KALI-Tochter doppelt (Zahnbild I), 2000. Foto-vernähung, Ilfochrome, 255 x 160 cm.

Lehrauftrag für experimentelle Fotografie an der Fachhochschule Bielefeld an, dem 1997 ein Lehrauftrag für Fotocollage an der Internationalen Sommerakademie für Bildende Kunst in Salzburg folgte. Ausgezeichnet wurde sie im Jahr 1998 mit dem Maria Sibylla Merian-Preis für bildende Künstlerinnen in Hessen und im Jahr 2000 mit dem Wilhelm-Loth-Preis der Stadt Darmstadt. Für zwei weitere Jahre übernahm die Künstlerin von 2000 bis 2001 einen Lehrauftrag für Collage an der Universität Mainz, und seitdem hat sie einen Lehrauftrag am Institut für Theologie und Sozialethik an der Technischen Universität Darmstadt inne.

Annegret Soltau war mit ihren Aktionen und Ausstellungen in Museen und Galerien bisher u.a. in Hamburg, Darmstadt, Heidelberg, Bremen, Wiesbaden, Nürnberg, Dresden, München, Frankfurt am Main, Berlin, Paris, Rom, Salzburg, Krakau, New York, Los Angeles, Quebec, Vancouver und in Japan vertreten.

Eva Haberkorn ♦

#### Literatur

„Ich habe Angst vor Menschen. Und zugleich Interesse an ihnen“. Die Künstlerin Annegret Soltau. In: Charlotte Martin, „... denn Kunst meint ja immer ein Sich-Preisgeben“. Drei Portraits. Photographie: Dagmar Mendel. Darmstadt 2006, S. 37–61, Zitat S. 50.

## Aus der Arbeit der Archive

# DFG-Projekt: Urkunden der Reichsabtei Fulda online

Archive haben nicht nur die Aufgabe, einen relevanten Quellenfundus für die historische Forschung zu bilden und authentisches Archivgut als Kulturgut für künftige Generationen zu bewahren. Sie haben auch den Auftrag, dieses Kulturgut der Wissenschaft wie der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Diesem Auftrag dient ein neues Projekt des Hessischen Staatsarchivs Marburg. Mit 122.000 Urkunden besitzt das Staatsarchiv eine der größten Urkundensammlungen der öffentlichen Archive in Deutschland. Darunter ragt mit 2400 Urkunden der Bestand des Stiftsarchivs der Reichsabtei Fulda als der bedeutendste und älteste heraus – er setzt ein mit einer der ältesten Pergamenturkunden im deutschsprachigen Kulturkreis aus dem Jahr 760. In Anbetracht seines Alters, der Überlieferungsdichte und seiner europäischen Dimensionen ist dieser Bestand einer der wichtigsten im deutschsprachigen Raum überhaupt. Für die Online-Erschließung der fuldischen Urkunden hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft jetzt die Mittel bewilligt.

Die von Bonifatius gegründete Reichsabtei Fulda erlangte ihre Bedeutung durch enge und weitreichende Beziehungen zu Kaiser und Papst. Diese über den deutschen Kulturkreis hinausweisenden europäischen Beziehungen dokumentieren zahlreiche Kaiser- und Papsturkunden. Durch die päpstlichen Privilegien gelangte der Abt von Fulda an die Spitze der deut-

schen Äbte. Die Verleihung der Immunität durch Karl den Großen sicherte den herausgehobenen Status als Reichsabtei. Immer wieder erneuerte Privilegien und die reiche Grundbesitzausstattung bildeten das Fundament für eine einflussreiche Rolle über Jahrhunderte in der deutschen und europäischen Geschichte.

Bei der herausgehobenen Bedeutung der Abtei für das Mittelalter müssen jedoch auch die frühneuzeitlichen Entwicklungen Beachtung finden, etwa die Auswirkungen der Reformation und die Versuche, die alten Glaubensgrundsätze zu schützen und wieder zu erneuern. Während das Stiftsarchiv die zentrale, insbesondere die Rechte dokumentierende Urkundenüberlieferung umfasst, existiert daneben die breite, gut erschlossene und im 15. Jahrhundert einsetzende Aktenüberlieferung im Umfang von über 200 lfd. Regalmetern (s. HADIS, Staatsarchiv Marburg, Bestände Fulda bis 1802). Zusammengenommen bietet sich so eine reichhaltige Überlieferung zur Geschichte der Reformation und Gegenreformation wie zu den wechselvollen und z.T. spannungsreichen Beziehungen mit den hessischen und thüringischen Territorialherren bis zur Säkularisierung und Mediatisierung am Beginn des 19. Jahrhunderts.

Das Projekt verfolgt einen pragmatischen, jedoch für die Wissenschaft äußerst nutzbringenden und umfassenden An-



Monogramm König Albrechts I. von Habsburg. Ausschnitt aus der Privilegienbestätigung für das Kloster Fulda vom 15. Januar 1300 (Staatsarchiv Marburg).

satz, der zwei Elemente miteinander verbindet: Zum einen sollen zu den Urkunden Vollregesten erstellt werden, die in einer Online-Datenbank über das Internet recherchierbar sind; zum anderen werden mit den elektronisch recherchierbaren Regesten digitale Abbildungen der Urkunden verknüpft, so dass sämtliche 2400 Urkunden per Mausklick als Abbildungen verfügbar sind (Vorderseite, Rückseite, Siegel). Geplant ist, das Stiftsarchiv der Reichsabtei Fulda innerhalb von gut zwei Jahren im Rahmen eines „work in progress“-Projekts mit Hilfe der Hessischen Archivdatenbank der staatlichen Archive in Hessen HADIS zu erschließen und so der historischen Forschung in vollem Umfang weltweit und zu jeder Zeit im Internet verfügbar zu machen. Die DFG hat für das Projekt zwei wissenschaftliche Stellen (BAT IIa) für 27 Monate sowie Sachmittel zur Digitalisierung der Urkunden bewilligt.

Steffen Arndt, Andreas Hedwig ♦

## Rätsel um Autographen zur baltischen Geschichte

### Mitteilungen aus der Dokumentensammlung des Herder-Instituts Marburg

Im Frühjahr 2008 konnte die Dokumentensammlung des Herder-Instituts (DSHI) ein Konvolut mit Briefen und anderen Schriftstücken erwerben, die von Karl Friedrich von Schmeling (1735–1789) stammen, dem kaiserlich russischen Kriegsrat, der auch Kommissionär der Ritterschaften von Estland (seit 1777) und Livland in Petersburg und Mitglied des russischen Reichs-Justiz-Collegiums war. Es handelt sich um 43 Autographen in deutscher, wenige in französischer Sprache, sämtlich ohne Briefumschläge und Adressenangaben. Sie stammen aus den Jahren 1779 bis 1781 und sind meist aus Petersburg an einen nicht näher genannten Fürsten gerichtet, den der Autor auch als „meinen gnädigen Herren“ bezeichnet. Aber nicht nur der oder die Empfänger der Briefe geben Rätsel auf, dies gilt auch für die Überlieferungsgeschichte: von dem gut erhaltenen ledergebundenen Einband mit dem schönen Exlibris der Schlossbibliothek von Bornsmünde in Kurland (o. Datum) bis hin zu dem letzten anonym bleibenden Sammler von Autographen, der auch diesen kleinen, aber wichtigen baltischen Bestand in seiner großen Sammlung bewahrt hat. An Anhaltspunkten gibt es noch zwei Besitzvermerke: Auf dem Vorsatzblatt steht „Present du Baron Michel Bode. Moscou 1881“. Auf diesen geht wohl der schöne Einband mit der Rückenprägung in russischer Sprache zurück. Auch ein späterer Besitzer ist auf dem Vorsatzblatt vermerkt: „Dr. Hans Franzen, Hamburg, 4. Juni 1923“.

Die Briefe und Schriftstücke betreffen überwiegend Rechtsverhältnisse der Baltischen Ritterschaften und einzelner ritterschaftlicher Familien, deren Interessen Schmeling in Petersburg vertrat. Autobiographisches zu Schmeling ist nicht enthalten. Die Schmelingschen Papiere sind aber nicht nur der hier kurz angedeuteten juristischen Probleme wegen wichtig. Allgemeine kulturgeschichtliche Gesichtspunkte kommen hinzu, die die Zeit der Aufklärung und in ihr die Bedeutung der Freimaurerei betreffen. So finden wir eine panegyrische

Rede auf Katharina die Große, beginnend mit „Durch das Zutrauen meiner Mitbrüder [Freimaurer] aufgefordert, wage ich es, Empfindungen gerührter Unterthanen vor die Wohlthaten der Huldreichsten und Größten Monarchin des Erdbodens auszudrücken ...“ (ohne Ort, ohne Datum, wohl 1780), und einen Brief, der an den „Hochwürdigsten Stellvertreter des Vicarius Salomonis“ in Freimaurer-Angelegenheiten gerichtet ist (30. Januar 1781). Ein größerer Zusammenhang kann vielleicht Aufklärung über den (wohl einheitlichen) Empfänger der Briefe geben. Nicht zuletzt aus diesem Grunde soll der Bestand hier einer größeren Öffentlichkeit bekannt gegeben werden.

### Tätigkeit der DSHI im Arbeitskreis Archive der Leibniz-Gemeinschaft

Die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz ([www.wgl.de](http://www.wgl.de)) hat zur Erfüllung ihrer Aufgaben Arbeitskreise gebildet, deren einer der Arbeitskreis Archive der Leibniz-Gemeinschaft ist. Ihm gehört auch das Archiv des Herder-Instituts, die Dokumentensammlung mit ihrem Baltica-Sammlungsprofil an. Die Archive der Leibniz-Gemeinschaft verwahren einen wichtigen Teil des wissenschaftlich-technischen Erbes in Deutschland. Der Arbeitskreis Archive hat sich 2005 konstituiert. Sein Anliegen ist es, die nationale wissenschaftliche Bedeutung der Leibniz-Gemeinschaft aus ihrer Vielfalt heraus zu dokumentieren. Dabei ergänzen sich die unterschiedlichen thematischen Bestände der Archive im Sinne eines breiten archivischen Sammlungsspektrums. Durch einen regen Informations- und Erfahrungsaustausch will der Arbeitskreis die Vernetzung der beteiligten Einrichtungen stärken und Synergien aus den jeweiligen Arbeitsbereichen nutzen. Gleichzeitig fördert der Arbeitskreis die Position der Archive in der Außendarstellung. Dies geschah vor allem durch eine „Broschüre“, in der sich 14 beteiligte Archive vorstellen, die

zu Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft gehören. Einen Schwerpunkt der bisherigen Tätigkeit bildete die Erarbeitung eines abgestimmten Konzepts „Verteiltes Sammeln“. Ein weiterer Schwerpunkt ist das gemeinsame Auftreten der beteiligten Archive bei größeren Veranstaltungen durch Ausstellung von Schätzen aus ihren Beständen – so bereits geschehen bei Jahrestagungen der WGL und vorbereitet für eine Veranstaltung im Rahmen von „Geisteswissenschaften im Dialog“ in Nürnberg im kommenden Jahr.

Der Arbeitskreis Archive tagt zweimal pro Jahr, immer an Orten der verschiedenen Mitgliedsarchive, um so auch das

Kennenlernen und den Austausch unter den Einrichtungen zu vertiefen. Meistens sind die Tagungen thematischen Schwerpunkten gewidmet, die durch Impulsreferate auswärtiger Experten eröffnet und dann vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Mitglieder des Arbeitskreises diskutiert werden. Bei Gründung des Arbeitskreises wurden Dr. Wilhelm Füßl (Deutsches Museum München) und Dr. Michael Farrenkopf (Deutsches Bergbau-Museum Bochum) zu Sprechern des Arbeitskreises gewählt. Dr. Füßl schied 2008 aus, und an seine Stelle trat Klaus-Peter Kiedel (Deutsches Schiffahrtsmuseum Bremerhaven).  
*Peter Wörster ♦*

## Publikationen der Archive

# Tätigkeitsbericht der hessischen Staatsarchive für das Jahr 2007

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte haben sich im vergangenen Jahr die hessischen Staatsarchive in Darmstadt, Marburg und Wiesbaden mit einem gemeinsamen Tätigkeitsbericht an die Öffentlichkeit gewandt. Der Tätigkeitsbericht ist ein zentrales Element der Öffentlichkeitsarbeit der hessischen Archivverwaltung. Er richtet sich über die Archivlandschaft hinaus an den breiten Kreis von öffentlichen Stellen, die mit den hessischen Staatsarchiven zusammenarbeiten, und an Persönlichkeiten, die als Multiplikatoren archivischer Belange in Frage kommen. Die Staatsarchive präsentieren sich damit dem für ihre Tätigkeit relevanten Teil der Öffentlichkeit als kompetente Dienstleister der Verwaltung sowie als Zentren der landesgeschichtlichen Forschung und der politisch-historischen Bildung.

Nach der sehr positiven Resonanz auf den ersten Tätigkeitsbericht für das Jahr 2006 (siehe ARCHIVnachrichten aus Hessen 7/2, 2007, S. 48 f.) haben sich die hessischen Staatsarchive dazu entschlossen, aus diesem „Pilotprojekt“ ein jährliches Periodikum zu machen. Wie schon der erste gibt auch der zweite Tätigkeitsbericht einen detaillierten Überblick der archivischen Arbeitsschwerpunkte des vorangegangenen Jahres. Drei Bereiche werden für das Berichtsjahr 2007 dargestellt. Anlässlich der Beteiligung der hessischen Staatsarchive am DFG-Retrokonversionsprojekt wird zunächst der Stand der Digitalisierung analoger Findmittel resümiert. Frühzeitig erkannte man in Hessen die Bedeutung relationaler und internetfähiger Datenbanken bei der Erschließung von Archivalien. 1985 haben daher die hessischen Staatsarchive mit der elektronisch gestützten Verzeichnung von Archivgut begonnen. Weitsichtig setzte dann zunächst beim Staatsarchiv Darmstadt die Umwandlung analoger Findmittel in digitale ein. Insgesamt sind mittlerweile von allen drei hessischen Staatsarchiven rund 3 Mill. digitale Stückverzeichnungen in die Dokumentationssoftware HADIS eingeflossen, womit Hessen – bezogen auf den mengenmäßigen Umfang des Archivguts – auf diesem Sektor bundesweit einen vorderen Platz einnimmt. So haben die hessischen Staatsarchive bereits erhebliche Vorleistungen

für ihre Beteiligung am DFG-Retrokonversionsprojekt erbracht.

Das zweite Leitthema des Tätigkeitsberichts 2007 ist die Ausstellungstätigkeit. Als „Häuser der Geschichte“ haben die hessischen Staatsarchive den Gesetzauftrag, an der Erforschung und Vermittlung der von ihnen verwahrten Quellen mitzuwirken. Ihren Beitrag zu der historischen Bildung und damit der demokratischen Identitätsstiftung leisten die Staatsarchive neben zahlreichen anderen Aktivitäten durch Konzeption und Aufbau historischer Ausstellungen, die ihren inhaltlichen Bezugspunkt zumeist in landesgeschichtlichen Jubiläen haben. So beteiligte sich beispielsweise das Staatsarchiv Marburg maßgeblich an der Ausstellung „Krone, Brot und Rosen“ zum Anlass des 800. Geburtstages der Heiligen Elisabeth von Thüringen. Bis Ende des Jahres 2007 haben rund 150.000 Menschen diese Wanderausstellung im In- und Ausland gesehen, was als ein überragender Erfolg der von der hessischen Archivverwaltung geleisteten historischen Bildungsarbeit zu werten ist.

Drittens widmet sich der Tätigkeitsbericht 2007 der archivischen Fachausbildung. Die hessischen Staatsarchive bilden seit Jahrzehnten nicht nur für den eigenen personellen Bedarf, sondern für das öffentliche Archivwesen Hessens insgesamt den archivischen Nachwuchs aus. Auf den drei Ebenen Höherer Dienst, Gehobener Dienst und Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste waren im Berichtsjahr 16 Ausbildungsstellen in den hessischen Staatsarchiven besetzt, was hinsichtlich des zeitlichen Betreuungsaufwandes rund 20 Prozent der Gesamtleistung der Stammkräfte beanspruchte. Trotz dieses erheblichen Aufwands ist die archivische Fachausbildung als unerlässliche Investition in die Zukunft des Archivwesens anzusehen und genießt weit über die Landesgrenzen hinaus ein hohes Ansehen.

Neben diese in allgemeinverständlicher Form dargestellten Leitthemen treten grundsätzliche Erläuterungen zur Arbeit der Staatsarchive unter aktuellem Blickwinkel: Aussonderung und Übernahme von Archivgut, Erschließung und Bestandserhal-

tung sowie Benutzung. Mit einer abschließenden Zusammenstellung von Daten und Fakten im Sinne einer Leistungsbilanz ist es den Staatsarchiven erneut gelungen, sich gemeinsam und einheitlich gegenüber Politik und Öffentlichkeit zu präsentieren und für sich zu werben.

Johann Zilien ♦

Der Bericht wurde durch die drei Archive den einzelnen Verwaltungsstellen und Kultureinrichtungen ihres jeweiligen Sprengels zugeschickt. Er steht auch auf der Homepage der Staatsarchive zur Verfügung ([www.archive.hessen.de](http://www.archive.hessen.de)).

## Politische NS-Strafprozesse 1933–1945 in Hessen als Mikrofiches-Edition

Im Rahmen einer Vortragsveranstaltung des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde Marburg am 12. Juni 2008 überreichten die beiden Wissenschaftler und Herausgeber Prof. Theo Schiller und Dr. Wolfgang Form von der Philipps-Universität Marburg dem Staatsarchiv Marburg das erste Exemplar der soeben beim Saur-Verlag erschienenen Mikrofiche-Edition „Widerstand und Verfolgung in Hessen 1933–1945. Die Verfahren vor dem Volksgerichtshof und den Oberlandesgerichten Darmstadt und Kassel“. Sie umfasst 198 Mikrofiches und beinhaltet – bezogen auf das Gebiet des heutigen Bundeslandes Hessen – die Anklageschriften und Urteile zur politischen Strafjustiz der NS-Zeit. Die Unterlagen stammen aus den drei hessischen Staatsarchiven Darmstadt, Marburg und Wiesbaden sowie aus dem Bundesarchiv.

Eine derartige regional geschlossene Dokumentation gibt es bisher nur für Österreich, im Bundesgebiet ist sie einmalig. Zusammengenommen umfasste die politische Verfolgung in Hessen 3831 Anklagen, von denen der überwiegende Teil zum politischen Widerstand und dessen Sympathisantenkreis gerechnet werden muss. Es betraf in großem Umfang kommunistische und sozialdemokratische sowie bürgerliche Widerstandsstrukturen. Hinzu kam ab 1943 der vielfältige Bereich von sogenannten Angriffen auf die Innere Front.

Der Volksgerichtshof verhandelte zwischen 1934 und 1945 in 135 Verfahren gegen insgesamt 284 Angeklagte mit Bezug zu Hessen. Es kam zu 241 Verurteilungen, 20 Freisprüchen

und 14 Einstellungen. 168 zeitige Freiheitsstrafen wurden ermittelt, und 69 Angeklagte sind zum Tode verurteilt worden (24,2 %). Der politische Senat des Oberlandesgerichts in Kassel ordnete während seiner Gerichtstätigkeit (1933 bis Ende 1944) mindestens 1041 Hauptverhandlungen gegen 2977 Angeklagte an. Der Generalstaatsanwalt in Darmstadt verfasste 114 Anklageschriften (gegen 570 Personen), die der Strafsenat bis zum 21. Januar 1937 abschloss.

Die Mikrofiches sind nun im Staatsarchiv Marburg als Bestand 712 zugänglich. Das Findbuch bietet einen Zugang über die Ortsnamen (= Wohnorte der Angeklagten) sowie über die Familiennamen der Angeklagten zu den einzelnen Verfahren. Die Mikrofiches-Edition wird in den kommenden Monaten auch in den Staatsarchiven in Darmstadt und Wiesbaden zugänglich sein.

Andreas Hedwig ♦

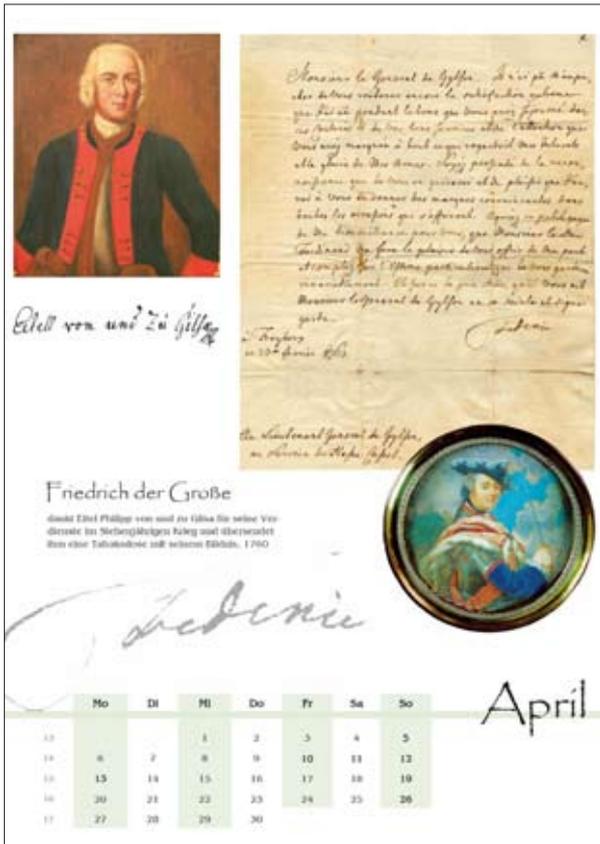
Zu den historischen Hintergründen und zur Einordnung der Verfahren kann folgende Literatur empfohlen werden:

Wolfgang Form und Theo Schiller (Hg.): Politische NS-Justiz in Hessen. Die Verfahren des Volksgerichtshofs, der politischen Senate der Oberlandesgerichte Darmstadt und Kassel 1933–1945 sowie Sondergerichtsprozesse in Darmstadt und Frankfurt/M. (1933/34). 2 Bde Marburg 2005 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 65). XXIII, 1230 S., € 50,-.

## Historischer Kalender „800 Jahre Gilsa 1209–2009“

Die Dorfschaft Gilsa begeht vom 26. bis 28. Juni 2009 die 800-Jahr-Feier ihrer urkundlichen Erst-erwähnung im Jahr 1209. Die im frühen 13. Jahrhundert urkundlich ebenfalls nachweisbare älteste Familie am Ort möchte aus diesem Anlass – in Zusammenarbeit mit der Historischen Kommission für Hessen, der Althessischen Ritterschaft und dem Verein für hessische Geschichte und Landeskunde – mit dem „Historischen Kalender 800 Jahre Gilsa“ einen Beitrag zum Gelingen des Erinnerns an die gemeinsame Vergangenheit leisten. Nach einschlägigen genealogischen Werken wurde die Familie von Gilsa zu Gilsa mit Wigand v. Gilsa 1224 erstmals erwähnt. In einer nachweisbaren Urkunde des Klosters Haina erscheinen aus dieser Familie als Zeugen die Brüder Wigand (1253–1269, Edelknecht und Burgmann zu Felsberg) und Konrad (1261–1262, Edelknecht). Ritter

Johann v. Gilsa, 1322–1337 Burgmann zu Felsberg, stand beim Erzbischof von Mainz in hohem Ansehen: Er wurde, als sich dieser 1345 mit dem Grafen Otto von Waldeck zu wechselseitigem Beistand verbündet hatte, zum Schiedsrichter in etwaigen Streitigkeiten ernannt. Die Brüder Dietrich und Werner v. Gilsa fochten ausgangs des 14. Jahrhunderts für den Landgrafen Hermann von Hessen gegen die westfälische Ritterschaft. Als Ausgleich für die in dieser Fehde erlittenen Verluste erhielten sie später Schloss Altenburg bei Felsberg als Entschädigung. Wiegand III. v. Gilsa wurde 1457 vom Abt von Hersfeld mit dem Zehnten zu Wenigenholzhausen bei Homberg nebst Zubehör belehnt, und als 1536 in Homberg ein Landtag abgehalten wurde, erschienen unter den anwesenden landsässigen Rittergeschlechtern auch die Herren v. Gilsa.



Rückblickend bietet sich folgendes Gesamtbild: Im 13. und 14. Jahrhundert tauchen Ritter, Edelknechte, Burgmannen, Amtmänner, Kanoniker und Klosterfrauen auf. In folgenden Zeiten erscheinen Erb-, Lehen- und Gerichtsherren, Kammerherren sowie Offiziere in den Diensten deutscher und europäischer Armeen; hierbei im Siebenjährigen Krieg herausragend Eitel Philipp Ludwig von und zu Giltsa (1700–1765, Hessen-Kasseler Generalleutnant, Gouverneur der Festung Ziegenhain). Tüchtige Frauen sind zu erkennen als Erzieherinnen ihrer Kinder und Leiterinnen heimatlicher Wirtschaftsbetriebe in den Zeiten kriegsbedingter Abwesenheiten ihrer Männer sowie als Hofdamen und Stiftsdamen. Besonders erwähnenswert ist dabei Caroline Freiin von und zu Giltsa (1794–1861), Äbtissin des freiadeligen Damenstiftes Wallenstein. Im 20. Jahrhundert setzt sich die Reihe hoher Offiziere fort, an ihrer Spitze Werner Albrecht Freiherr von und zu Giltsa (1889–1945), General der Infanterie und kommandierender General eines Armeekorps. In neuerer Zeit ist eine Hinwendung zu zivilen Professionen der Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften, der Land- und Forstwirtschaft sowie der Jurisprudenz und Medizin erkennbar. **Steffen Arndt** ♦

Kunstdruckkalender im Format DIN A3, 12 Monatsblätter mit ausführlichen Motiverläuterungen auf den Rückseiten, € 10,- zzgl. Versand bei der Historischen Kommission für Hessen, Friedrichsplatz 15, 35037 Marburg, E-Mail: [hiko-marburg@web.de](mailto:hiko-marburg@web.de).

**Archive und Forschung**

## NS-Diktatur vor Ort

### Erforschung der nationalsozialistischen Zeit in kleinen und mittleren Kommunen

Zum 70. Jahrestag des Novemberpogroms 1938 kam mit der Publikation „Hattersheim, Eddersheim, Okriftel im Nationalsozialismus – Diktatur, Widerstand, Verfolgung 1933–1945“ ein Projekt zur Erforschung der NS-Zeit in Hattersheim zum Abschluss. Den Anstoß hatte eine 2007 im Rahmen der 875-Jahrfeier der Gemeinde durchgeführte Spurensuche von Schülern der Heinrich-Böll-Schule gegeben. Das Thema der Kulturregion Rhein-Main GmbH „Geist der Freiheit – Freiheit des Geistes“ aufgreifend, hatten die Jugendlichen einen Stadtrundgang zu Orten der Freiheit und Unfreiheit erarbeitet. Dabei hatten sie festgestellt, wie unzureichend die Geschichte Hattersheims in der NS-Zeit erforscht war. Die Stadt Hattersheim entschloss sich daraufhin, einen Auftrag zur fachwissenschaftlichen Bearbeitung des Themas zu vergeben.

Zu den Hauptanliegen eines solchen Projektes gehört es natürlich, die Erinnerung an die Opfer und ihre Schicksale zu ermöglichen. Aus Historikersicht geht es aber ebenso darum, den historischen Kontext zu vermitteln. Die Anschaulichkeit, die das Thema durch die lokale Perspektive gewinnt, ist eine Chance, das Interesse für die Beschäftigung mit dieser Zeit zu

wecken. Durch den Bezug zu bekannten Orten und durch die Schilderung einzelner persönlicher Schicksale kann eine intensive Auseinandersetzung mit der Zeit angestoßen werden, wie schon die Erfahrungen bei einem ähnlichen in Hofheim durchgeführten Projekt gezeigt haben.

In der örtlichen Geschichtsschreibung kleiner Städte und Gemeinden ist oft auch heute noch die Zeit zwischen 1933 und 1945 ein weißer Fleck. Der Beschäftigung mit dieser Zeit stehen vor allem die schwierige Quellenlage und die sich daraus ergebenden methodischen Probleme im Wege. In den kommunalen Archiven finden sich in der Regel bestenfalls Überlieferungssplitter. Quellen des zuständigen Staatsarchivs – in diesem Fall des Hessischen Hauptstaatsarchivs in Wiesbaden – können hier Lücken schließen. Akten übergeordneter Behörden der Inneren Verwaltung, Straf- und Prozessakten und nicht zuletzt die in der unmittelbaren Nachkriegszeit im Rahmen von „Wiedergutmachung“ und „Entnazifizierung“ entstandene Überlieferung fördern die nötigen Mosaiksteine zutage, um das Geschehen nachzeichnen zu können. Da es sich zum großen Teil um personenbezogenes Archivgut handelt, kann die Benutzung entsprechend eingeschränkt sein.

Für ein wissenschaftliches Projekt kann aber die Einsichtnahme unter gewissen Auflagen gestattet werden, sofern ein begründeter Antrag vorliegt.

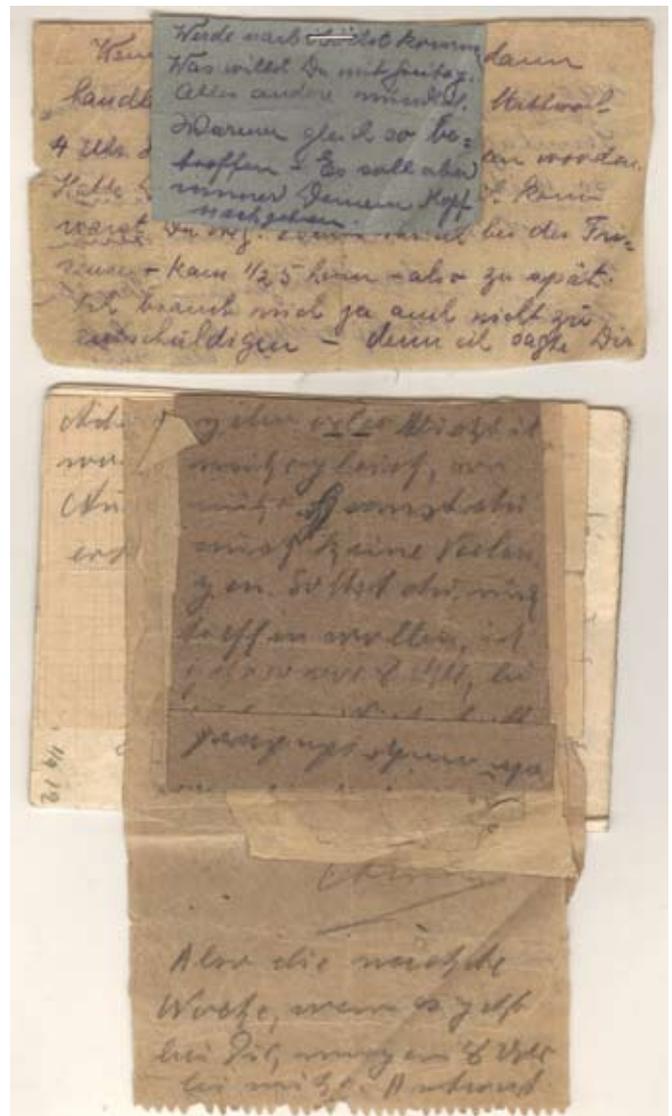
Die Datenbank des Hessischen Hauptstaatsarchivs „Widerstand und Verfolgung unter dem Nationalsozialismus in Hessen“ ermöglichte eine erste Einschätzung, welche Verfolgengruppen betroffen waren, und damit eine thematische Schwerpunktsetzung. Neben Juden und nach NS-Gesetzen als Juden geltenden Menschen, neben politischen Gegnern und Zwangsarbeitern galten die Nachforschungen auch den in Okrifteiler lebenden Sinti-Familien. Die 166 durch die Datenbank ermittelten Namen und dazugehörigen Quellen waren ein wichtiger Ausgangspunkt für die weitere Recherche. Die Zahl konnte aber nur als eine erste Orientierung dienen. So waren beispielsweise 17 Personen nachgewiesen, die als Juden verfolgt wurden. Am Ende der Forschungsarbeit stand demgegenüber eine mehr als dreimal so hohe Zahl, nämlich 55 Menschen, die 1933 in den Gemeinden des heutigen Hattersheim als Juden erfasst waren. 23 von ihnen wurden in nationalsozialistischen Vernichtungslagern ermordet oder durch die Verfolgung in den Tod getrieben.

### Einzelchicksale aufgedeckt

Das Schicksal derjenigen, die keine lebenden Familienangehörigen hinterlassen hatten, ist nicht nur besonders tragisch, sondern machte auch die Suche besonders schwierig. Das Beispiel des Ehepaars Schwarz verdeutlicht die notwendigen Umwege bei der Recherche: In der Erinnerung der Okrifteiler Bevölkerung war die Zerstörung des „Hauses Schwarz“ beim Novemberpogrom 1938 noch heute präsent, aber das weitere Schicksal des Ehepaares unbekannt. Der erste schriftliche Hinweis in Wiesbaden war die Meldung von Adolf und Johanna Schwarz an den Landrat des Main-Taunus-Kreises im Zusammenhang mit der listenmäßigen Erfassung der jüdischen Einwohner im November 1933. Weitere Spuren waren zunächst auch im Hessischen Hauptstaatsarchiv nicht zu finden. Doch die dort in Erfahrung gebrachten vollständigen Namen und Geburtsdaten ermöglichten eine Anfrage beim Standesamt in Hattersheim, die wiederum den Namen einer Tochter zutage brachte. Selma Schwarz hatte nach Frankfurt geheiratet, und unter ihrem neuen Namen fand sich nach weiteren Recherchen eine Entschädigungsakte von Verwandten, die schließlich der erste Schritt zur Klärung des Schicksals der Familie war: Das Okrifteiler Ehepaar war nach der Zerstörung seines Heims zur Tochter nach Frankfurt gezogen. Adolf Schwarz hatte sich dort nur wenig später das Leben genommen. Johanna Schwarz, ihre Tochter Selma und deren Ehemann wurden schließlich von Frankfurt aus in Vernichtungslager deportiert.

Neben der Rekonstruktion der Ereignisse war es ein wichtiges Anliegen des Projektes, die Lebenswege der betroffenen Menschen so anschaulich und detailliert wie möglich darzustellen. Angesichts der Quellenlage eine schwierige Aufgabe, aber einzelne besondere Funde wie eidesstattliche Erklärungen und Zeugenaussagen zeichnen mitunter ein lebendiges Bild. Allerdings erfordert deren Interpretation eine besonders gewissenhafte Quellenkritik und fundierte Kenntnisse der Umstände, unter denen die Aussagen zustande kamen.

Ein erschütterndes Beispiel ist die Prozessakte eines jungen Mannes, der 1942 der „Rassenschande“ beschuldigt wurde. Nachdem das verdächtige Paar die Anschuldigungen zunächst abgestritten hatte, brach der junge Mann nach mehrmaligen Verhören zusammen und legte ein vermutlich mit Gewalt erzwungenes Geständnis ab. Er gab nicht nur die Beziehung zu, sondern gestand auch gewusst zu haben, dass seine Freundin Jüdin sei. Damit war er überführt, und die Aussage der jungen Frau wurde nicht weiter benötigt. Sie wurde unmittelbar in das Konzentrationslager Ravensbrück verbracht und von dort im Oktober 1942 nach Auschwitz überführt. Dort starb sie schon kurze Zeit später, noch ehe der Prozess gegen ihren Geliebten abgeschlossen war. Die Gerichtsverhandlung am 22. Dezember 1942 endete mit einem Freispruch, weil die Richter es nicht als erwiesen ansahen, dass der junge Mann von der jüdischen Herkunft seiner Freundin gewusst hatte. Doch noch im Gerichtssaal wurde er von der Gestapo erneut verhaftet und diesmal als „Judenfreund“ direkt in ein Konzentrationslager eingewiesen. Die in der Prozessakte enthaltenen



Beschlagnahmte Zettelbotschaften eines der „Rassenschande“ beschuldigten Liebespaares.

Aussagen der Beschuldigten lassen die Ängste und Nöte erahnen, denen sie in den Verhören ausgesetzt waren. Die als „Beweismittel“ im Original beigefügten Zettelbotschaften, die die Liebenden im Verlaufe des Jahres heimlich ausgetauscht hatten, berühren durch ihre Authentizität. Sie rufen nach mehr als sechs Jahrzehnten die menschlichen Schicksale der NS-Zeit unmittelbar ins Bewusstsein.

Anna Schmidt ♦

Anna Schmidt: Hattersheim, Eddersheim, Okrifel im Nationalsozialismus – Diktatur, Widerstand, Verfolgung 1933–1945. Hrsg. vom Magistrat der Stadt Hattersheim. Hattersheim 2008. 131 S. m. zahlr. Abb., € 10,-. Erhältlich im Kulturcenter Hattersheim, Am Markt 7, und im „Bürgerbüro Stadtpunkt“ im Hattersheimer Bahnhof. Per Post (zuzügl. 1,45 € Porto) zu bestellen bei der Stadt Hattersheim am Main, Büro für Öffentlichkeitsarbeit, Rathausstraße 10, 65795 Hattersheim, Tel. 06190 / 970-124, Fax 06190 / 970-134.

## Archivpädagogik

# Frankfurt als Stadt der Einwanderer

## Unterrichtsprojekt historischer Institute und Museen in Frankfurt am Main zum Thema Migration

Die Arbeit mit den Quellen und Urkunden hat mir am meisten Spaß gemacht“, schreibt ein Schüler der 11. Klasse der Schillerschule. Seine Gruppe bezeichnet den Besuch im Institut für Stadtgeschichte später als „Highlight“ des Projekts. Anna Komini, Lehrerin der 8. Klasse der Friedrich-Stoltze-Schule, sagt nach der Besichtigung von Magazin und Werkstatt und mit dem Blick auf die praktischen Arbeiten ihrer Schüler, dass sie dies gerne genauso wiederholen würde.

Für die Gymnasial- und die Hauptschulklasse war der Besuch im Frankfurter Archiv ein Bestandteil des ganzjährigen Pilotprojekts „Frankfurt als Stadt der Einwanderer – Auf den Spuren der Frankfurter Stadtgeschichte“. Dieses wurde von Museums- und Archivpädagogen folgender Einrichtungen gemeinsam ausgearbeitet: Archäologisches Museum, Historisches Museum und Kindermuseum, Institut für Stadtgeschichte, Jüdisches Museum, Fritz-Bauer-Institut und Jugendbegegnungsstätte Anne Frank. Ziel des Projektes war es, die historisch-politische Bildung als wichtiges Mittel gesellschaftlicher Integration vor dem Hintergrund einer starken Zuwanderung zu stärken, die große Bedeutung der Migration für die Entwicklung Frankfurts seit dem Beginn der Stadtgeschichte sichtbar zu machen und – nicht zuletzt – den Schülerinnen und Schülern historische und kulturelle Einrichtungen als wichtige und attraktive Orte der Identitätsfindung zu vermitteln. Das Projekt wird finanziell ermöglicht durch die Aventis Foundation, die mit „eXperimente“ die Nachwuchsförderung in Musik, bildender und darstellender Kunst sowie Literatur im Rhein-Main-Gebiet unterstützt, vom Leo Baeck Program, das beispielhafte Schulprojekte und -materialien zur Vermittlung deutsch-jüdischer Geschichte im Unterricht fördert, und vom Kulturdezernat der Stadt Frankfurt.

### Beitrag des Archivs

Methodisch unterschied sich die Herangehensweise in den beteiligten Häusern zum Teil sehr stark voneinander. Im Institut für Stadtgeschichte (ISG) als dem einzigen teilnehmenden

Archiv sollten das Kennenlernen von und der Umgang mit schriftlichen Quellen im Mittelpunkt der Besuche stehen. Einleitend galt es allerdings erst einmal zu klären, was ein Ar-



Archivpädagogisches Pilotprojekt in Frankfurt a.M.: „Selbstversuch“ in der Restaurierungswerkstatt des Instituts für Stadtgeschichte

chiv überhaupt ist, was dort aufbewahrt wird und warum. Gelegenheit dazu ergab sich bei den im neuen Außenmagazin des ISG abgehaltenen Terminen, wo die Schülerinnen und Schüler nicht nur einen Eindruck von der schierigen Menge der dort lagernden Archivalien bekamen, sondern auch in der angeschlossenen Restaurierungswerkstatt etwas über das physische

Bewahren der historischen Überlieferung erfuhren. Für die 8. Hauptschulklasse hatten sich die Restauratorinnen etwas Besonderes einfallen lassen: Nach einem Einblick in ihre Arbeit konnte jeder Schüler selbst Hand anlegen, durfte ein kleines Heft gestalten, seine Mappe mit einem Lacksiegel verzieren oder mit Feder und Tinte schreiben. Arbeitsblätter mit Fragen zur Werkstatt und Informationen über Urkunden und Siegel nahmen die Schüler mit und füllten sie später in der Schule aus.

Im Rahmen des chronologisch angelegten Programms des ersten Projektjahrs war für die Besuche im ISG das Spätmittelalter und die Frühe Neuzeit vorgesehen, mit einem Schwerpunkt auf den Themen „Bürgerrecht“ und „(niederländische) Glaubensflüchtlinge“. In kleinen Gruppen bearbeiteten die Schüler selbständig ausgewählte Quellen anhand von vorbereiteten Arbeitsblättern. Als besonders eindrucksvoll für die Jugendlichen erwies es sich dabei immer wieder, die dazugehörigen Originaldokumente betrachten zu können. Eine alte, für sie ganz unleserliche Handschrift auf Pergament oder der nach dreihundert Jahren noch golden glitzernde Löschsand auf einem Schreiben Kaiser Josephs I. lassen Geschichte eben auf eine ganz andere Art anschaulich werden als ein bloßer Quellentext auf einem Arbeitsbogen oder in einem Schulbuch.

### Differenzierung nach Schulformen

Die Texte für die Hauptschüler der 8. Klasse wurden stark vereinfacht und modernisiert. Dennoch erwies sich die Materie für die Mädchen und Jungen als schwierig und fremd. Bei einem früheren Archivbesuch hingegen hatten sich die Schüler auf die Spuren der ersten Gastarbeiter begeben und dabei auch an Erfahrungen aus den eigenen Familien anknüpfen können. Den Oberstufenschülern wurden dagegen recht anspruchsvolle transkribierte oder gedruckte Originalquellen vorgelegt. Am Ende jedes Termins stellten die einzelnen Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse vor und trugen somit ein differenziertes Bild des jeweiligen übergeordneten Themas zusammen. Bei der Quellenauswahl wurde darauf geachtet, Einwanderer, Bürger und Ob-

rigkeit gleichermaßen zu Wort kommen zu lassen. Deutlicher als im normalen Schulbetrieb konnten die Schüler so erleben, dass Geschichte nicht per se fertig in (Schul)Buchform da ist, sondern in mühsamer Archiv- und Quellenarbeit „zusammengesetzt“ werden muss. Aufgrund der positiven Resonanz der Oberstufenschüler wurde über das eigentliche Programm hinaus noch ein zusätzlicher dritter Archivbesuch organisiert, bei dem Quellen zur Geschichte der italienischen Kaufmannsfamilie Brentano im Mittelpunkt standen. Mit etwas Hilfestellung gelang es den Schülern dabei auch, kürzere handschriftliche Passagen selbst zu entziffern.

### Künftiges Konzept

Das Konzept des Pilotprojektes sah für die Schulklassen alle zwei Wochen einen Besuch in einem der beteiligten Häuser vor. In der Zwischenzeit wurden die einzelnen Termine im Unterricht von den engagierten Lehrerinnen vor- oder nachbereitet. Im ersten Projektjahr, das u.a. durch den ehemaligen Darmstädter Archivpädagogen Dr. Thomas Lange begleitet und evaluiert wurde, zeigte sich allerdings, dass sich dieses anspruchsvolle Vorhaben nur schwer mit der schulischen Realität vereinbaren lässt. Für das nun angelaufene zweite Jahr wurde das Programm deshalb reduziert und, den Wünschen der beteiligten Lehrer entsprechend, an die Erfordernisse der Lehrpläne angepasst. Es nehmen zwei Kurse der 12. Klasse, eine 10. Klasse, die 6. Jahrgangsstufe einer Realschule sowie eine 4. Klasse teil. Ein Besuch im Institut für Stadtgeschichte ist für alle Klassen- und Altersstufen vorgesehen. Dabei reicht die Bandbreite der diesmal gewünschten Themen von den Glaubensflüchtlingen der Reformations- und Frühen Neuzeit über die Hauptwachenstürmer von 1833 bis zu den hessischen Auswanderern nach Amerika im 19. Jahrhundert. Zentrales Ziel bleibt neben der inhaltlichen Verbindung der Quellenarbeit mit dem übergeordneten Thema „Migration“ die Darstellung des Archivs und seiner Aufgaben sowohl bei Lehrern als auch bei Schülern. *Henrik Halbleib, Manuela Murmann* ♦

## Neue Wege der Lehrerfortbildung in Wiesbaden

Alle Veranstaltungen zur Lehrerfortbildung werden nach Abschluss evaluiert. Im Fragebogen müssen die Teilnehmer auf einer vierstufigen Skala von „trifft voll zu“ bis „trifft gar nicht zu“ eine Antwort wählen. Auf die Frage, ob sie sich weitere Fortbildungen zum gleichen Thema wünschten, gaben – sonst würde an dieser Stelle vielleicht auch gar nicht darüber berichtet – alle Teilnehmer der hier behandelten Veranstaltungen das Wunsch-Feedback „trifft voll zu“ an. Die produktive Arbeitsatmosphäre während der Tagungen sowie die spätere Vereinbarung von Anschlussprojekten mit Kollegen und Schulklassen lassen den Schluss zu, dass die Rückmeldungen ernst gemeint waren. Unkritischer Jubelstimmung beugt jedoch die Tatsache vor, dass die durchschnittliche Teilnehmerzahl mit knapp 10 Personen doch sehr niedrig ausfiel. Trost spenden können da auch nicht die vielen Entschuldigungen interessierter Kollegen, die mit dem Ver-

weis auf ihre gestiegenen Dienst- und Unterrichtsverpflichtungen ihre geplante Teilnahme absagten. Trotzdem motivieren die erfreulichen Rückmeldungen dazu, den seit einem Jahr eingeschlagenen Kurs beizubehalten und weiter neue Ideen im Bereich der Lehrerfortbildung auszuprobieren. Neu an diesen Ideen ist zum einen die Kooperation mit anderen Institutionen und zum anderen die Kombination von Recherche im Archiv und Erkundungsgängen in der Region.

### Lehrerfortbildung lockt ins Archiv

Das archivpädagogische Pilotprojekt fand im Zeitraum 2007/2008 als Veranstaltungsreihe der Wiesbadener-Archiv-Initiative statt: Das Deutsche Rundfunkarchiv, das Stadtarchiv Wiesbaden und das Hessische Hauptstaatsarchiv stellten die Nutzungsmöglichkeiten ihrer Häuser als außerschulische Lernorte vor. Der an den Rahmenplänen Geschichte orien-

tierte Themen- und Zeitbezug umfasste die Weimarer Republik und den Nationalsozialismus. Angesprochen waren außer den Geschichts- und Politik-/Wirtschaftslehrern zum ersten Mal auch die Musik- und Deutschlehrer. Die Teilnehmerrunde spiegelte dann tatsächlich die erhoffte Pluralität wider. Jedoch fiel das Fazit nach insgesamt vier Seminaren, trotz aller Anerkennung für die faszinierenden Bestände der Häuser, sehr kritisch aus: So erweist sich ein Archiv als Lernort nur dann als attraktiv, wenn es sich gezielt auf den Lehrplan einstellen kann. Archive sind außerdem für Schulklassen nur dann außerschulische Bildungszentren, wenn ihre institutionellen und personellen, sprich archivpädagogischen Voraussetzungen ausreichend sind. Besonders schätzten die Teilnehmer die vorbereiteten archivpädagogischen Unterrichtsmaterialien.

### Deutsch-deutsche Geschichte „be-greifen“

Konzeptionell neue Wege wählte auch die Lehrerfortbildungsreihe mit dem Titel „Hessen-Thüringische Grenzangelegenheiten. Zweiteiliges Seminar zur Geschichte des Kalten Krieges und zu dessen friedlichem Ende 1989/90“. Als Kooperationspartner konnte die Point-Alpha-Stiftung in Rasdorf gewonnen werden, Lernort des ersten Seminars, außerdem die Hessische Landeszentrale für politische Bildung, die dankenswerterweise die Finanzierung der Fremdkosten in der Gedenkstätte übernahm. Ausgehend von den Rahmenplänen der Fächer Geschichte sowie Politik und Wirtschaft, die beide verbindlich die deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte thematisieren, sollten inhaltlich eine forschende Archivalienauswertung und die Besichtigung der in den Akten genannten Orte miteinander verknüpft werden. So sollte Geschichte „be-greifbar“ gemacht werden, um Vorstellungs- und Lebenswelten aufeinander beziehen zu können. Am ersten Seminartag, der Exkursion zum Point Alpha bei Fulda am 13. Mai 2008, beeindruckte eine geführte Begehung des ehemaligen Grenzstreifens mit dem Titel „Grenzwanderung – auf den Spuren des Kalten Krieges“ die Kollegen. Zwei Schauspieler des Theaters Erfurt bereicherten das Programm mit einer Vorstellung über eine deutsch-deutsche Romanze. Fotografisch dokumentierte Thomas Heinemann vom Hessischen Hauptstaatsarchiv das Tagesgeschehen. Er stand auch als Zeitzeuge Rede und Antwort, da er, aus Sachsen stammend, einen Großteil seiner aktiven NVA-Zeit genau in diesem Grenzgebiet an der hessisch-thüringischen Grenze verbracht hatte.

Das Anschluss-Seminar fand am 14. August 2008 im Hessischen Hauptstaatsarchiv statt. Ausgehend von zwei kleinen Filmsequenzen – über einen Alltagskonflikt von Jugendlichen mit der Stasi und über die Republikflucht eines DDR-Grenzers –, folgten methodische Informationen und Übungen, die das spielerische mit dem sachlichen Element verknüpften. So wurden den Teilnehmern Kenntnisse vermittelt, wie sich die Archivdatenbank HADIS für themenrelevante, den Lehrplanbezug beachtende Unterrichtsprojekte nutzen lässt, z.B. zur deutsch-deutschen Geschichte. Am faszinierendsten fanden die Lehrer die zum Selbststudium und zur Auswahl für Unterrichtsmaterial vorbereiteten Archivalien. Als sehr hilfreich schätzten sie den Handapparat mit vor allem aktueller Literatur ein. Verblüfft waren die Lehrer über den Erlebnischarakter

und die Anschaulichkeit vieler Akten, besonders der Monatsberichte des Bundesgrenzschutzes über die Begebenheiten an der hessisch-thüringischen Grenze.

Die Frage, ob sich der enorme Arbeitsaufwand für das Fortbildungskonzept, die Gestaltung und Durchführung der Seminare lohnt, lässt sich erst von einem späteren Zeitpunkt aus beantworten, wenn empirische Daten vorliegen; das heißt, wenn Lehrer den angestrebten nächsten Schritt wagen und mit ihren Schülern das Archiv und die kooperierenden Lernorte in ihren Unterricht mit einbeziehen. Bislang ist die inzwischen vorliegende Nachfrage sehr erfreulich: Drei Lehrer haben bereits Termine vereinbart. Außerdem haben Kollegen einer Schule den Archivbesuch als ein außerschulisches Bildungsangebot in ihr Programm aufgenommen. Gibt es weitere Perspektiven für das Lehrerfortbildungsangebot des Hauptstaatsarchivs? Ja, die Hessische Landeszentrale für politische Bildung hat unmittelbar die Fortsetzung des Kooperationsvertrags signalisiert. Im Frühjahr soll erneut eine vergleichbare Seminarreihe stattfinden.

### Archive und Schüleraustausch

Ein weiteres, optimal bewertetes Seminar fand am 1. Oktober 2008 statt. Dieses Mal war der Kooperationspartner das Aktive Museum Spiegelgasse für Deutsch-Jüdische Geschichte e.V. in Wiesbaden. Angela Wagner-Bona und Hendrik Harteman standen als Mitstreiter Rede und Antwort. Das Seminarthema lautete: „Wege des Erinnerns. Deutsch-jüdische Geschichte: Emanzipationsprozesse und Zivilisationsbruch“. Zunächst war die Ausgangslage eine außergewöhnliche: Lehrer einer Wiesbadener Schule wünschten zur Vorbereitung eines Austauschprogramms mit einer israelischen Schule ein Fortbildungskonzept, das sowohl der historischen Vorbereitung ihrer Austauschschüler als auch der Gestaltung des Aufenthaltsprogramms dienen sollte, mit Aspekten der deutsch-jüdischen Geschichte im Mittelpunkt. Konkret erhielten die Teilnehmer Spurensuchertipps für eine historische Stadtrallye, sogenannte „Wahlrundgänge“ in Wiesbaden bzw. für die Verknüpfung von Exkursionen, primär im Rhein-Main-Gebiet. Im Zentrum stand die Emanzipations-, Verfolgungs- und Nachkriegsgeschichte der Juden Wiesbadens. Die Materialien waren so ausgewählt, dass zu bestimmten Orten, Gebäuden und Straßen die Geschichten der dort agierenden, lebenden, aber auch vertriebenen Menschen über vorhandene Akten und Quellen rekonstruiert, nacherzählt und weitergegeben werden können.

Anhand der vorbereiteten und exemplarisch vorgestellten Archivalienauswahl konnten die Lehrer Schlüsseldokumente für die Gestaltung des Programms auswerten; zusätzlich konnten sie auf das pädagogische Programm des Aktiven Museums Spiegelgasse zurückgreifen. Das Klima der Tagung war, trotz der schwierigen Thematik, offen und produktiv. Welche Anregungen dann im Frühjahr, wenn der Besuch aus Israel kommt, umgesetzt werden und ob die Schüler das Angebot, sich selbst sachkundig zu machen und ihre Gäste zu führen, nutzen werden – darüber kann dann zu einem späteren Zeitpunkt kritisch berichtet werden.

Markus Müller-Henning ♦

**Ausbildung**

## Anpassungsfähig für die Zukunft

### Neue Studienordnung für das Studium an der Archivschule Marburg – Fachhochschule für Archivwesen

Vorausgegangen war eine mehrjährige Ausbildungsreformdiskussion, die in Sitzungen des Beirats der Archivschule, der Ausbildungsleiterkonferenz und seit 2006 auch des Fachhochschulrats geführt wurde. Nun kann die Archivschule Marburg – Fachhochschule für Archivwesen seit Jahresbeginn 2008 die theoretische Ausbildung für den gehobenen Archivdienst auf einer Rechtsgrundlage durchführen, die den modernen Anforderungen des archivarischen Berufsstandes optimal Rechnung trägt. Zu verdanken ist dies der Studienordnung für das Studium an der Archivschule Marburg – Fachhochschule für Archivwesen im Rahmen der Ausbildung des gehobenen Dienstes vom 13. Februar 2008. Sie wurde mit Erlass vom 20. Februar 2008 vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst genehmigt und durfte rückwirkend bereits zum 1. Januar 2008 in Kraft treten. Dies ermöglichte es, die Studienordnung bereits für die Ausbildung des zeitversetzt zum 1. Januar 2008 begonnenen 45. Fachhochschulkurses zur Anwendung zu bringen. Sie löst endgültig die längst veraltete Studienordnung vom 26. Oktober 1982 (!) ab.

Schubkraft für eine neue Studienordnung gab erst das Bemühen um eine schrittweise Novellierung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Archivdienst im Lande Hessen, die unter dem ministeriellen Erlassdatum des 22. Dezembers 2006 den letzten Stand ihrer Entwicklung erreicht hatte (Staatsanzeiger für das Land Hessen 2007, S. 142). Diese Ausbildungs- und Prüfungsordnung verzichtete im Unterschied zu früheren Ordnungen auf eine konkrete Aufzählung einzelner Studienfächer und beschränkte sich auf die Festlegung der Fachgebiete Archivwissenschaft, Geschichtswissenschaften, Verwaltungswissenschaft und Historische Hilfswissenschaften. Eine Konkretisierung der Ausbildungsinhalte dieser Fachgebiete unter Beachtung der in § 13 und § 14 neu gefassten Regelungen zu den Prüfungsge-

genständen wurde den Gremien der Archivschule, insbesondere dem Fachhochschulrat, überlassen. Man konnte bei der Formulierung der Studienordnung also den aktuellen Stand der Berufsanforderungen berücksichtigen und wird diesem auch in Zukunft Rechnung tragen können.

Die Studienordnung enthält in ihrem Grundtext die einzelnen Regelungen: Aufbau des Studiums, Studienbeginn, die Arten der allgemeinen Lernziele, Lehrveranstaltungsarten und -formen, Leistungsnachweise, Studienfachberatung und die Institutionalisierung von Fachgebietsreferentinnen und -referenten. Als Anlage beigelegt ist der Studienplan der Archivschule Marburg – Fachhochschule für Archivwesen, der die vier oben genannten Fachgebiete in der Reihenfolge Archivwissenschaft, Verwaltungswissenschaft, Historische Hilfswissenschaften und Geschichtswissenschaften in Module untergliedert, für die eine Gesamtstundenzahl festgelegt wird und die nach Inhalten und Lernzielen konkretisiert werden. Hier zeigt sich das Bemühen um eine moderne Terminologie – auch ein Wetterleuchten der Anpassung an die Bologna-Reform. Da nur eine Gesamtstundenzahl für das jeweilige Modul ausgewiesen wird, ist es notwendig, die Stundenzahl für deren Inhalte in einem den Studienplan ausführenden Kurrikulum auszutarieren. Hierin sind somit vor Beginn eines neuen Lehrgangs, in Ausnahmefällen sogar vor Beginn eines neuen Studienabschnitts im laufenden Lehrgang, Veränderungen der Stundenzahl möglich, was einem Wandel der Bedeutung der Inhalte auch in Zukunft gerecht wird. *Rainer Polley* ♦

Die neue Studienordnung ist u.a. nachzulesen im Staatsanzeiger für das Land Hessen 2008, S. 647–650, sowie im Internet unter [http://www.archivschule.de/uploads/Ausbildung/StO\\_GD\\_2008.pdf](http://www.archivschule.de/uploads/Ausbildung/StO_GD_2008.pdf)

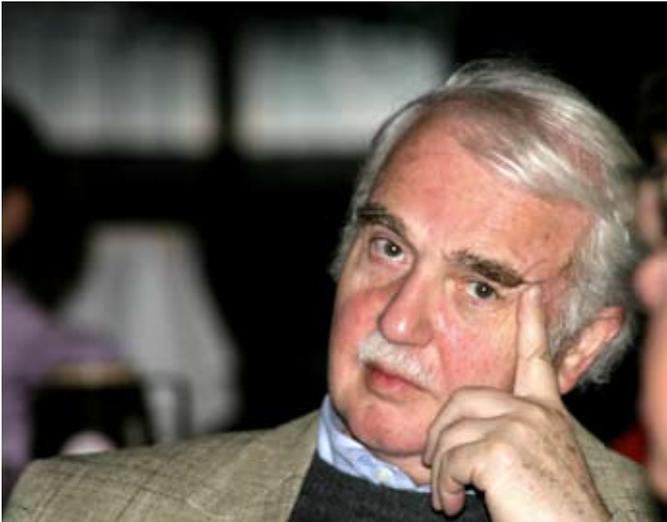
**Personalia**

## Hans-Joachim Häbel im Ruhestand

Archivoberrat Dr. Hans-Joachim Häbel ist am 30. September 2008 nach Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand getreten. Mit ihm scheidet ein Kollege aus, der über mehr als 30 Jahre die Tätigkeit des Hessischen Hauptstaatsarchivs bereichert und auf vielen Gebieten dauerhaft geprägt hat.

Geboren wurde Hans-Joachim Häbel am 1. Oktober 1943 in Dresden. Seine eigentliche Heimat aber war der Wester-

wald – von dort stammte seine Mutter, und dorthin siedelte die Familie nach der Ausbombung über. Bad Marienberg wurde zum neuen Zuhause und zum prägenden Lebensraum. Hier besuchte er die Volks- und Realschule, und hier blieb er auch weiterhin fest verwurzelt, nachdem er 1959 an das Aufbaugymnasium in Usingen übergewechselt war und dort im März 1964 das Abitur abgelegt hatte. Das Studium führte ihn an die Universität Marburg. Von 1964 bis 1971 belegte er dort Lehrveranstaltungen in den Fächern Geographie und Romanistik. Unterbrochen wurde die Marburger Zeit durch



ein zweisemestriges Auslandsstudium an der Universität Lille, verbunden mit der Aufgabe eines Deutsch-Assistenten am Lycée Blaringhem in Béthune. Das Staatsexamen, das er im Juni 1971 in Marburg ablegte, wies auch bereits den Weg zu seiner künftigen beruflichen Tätigkeit. Die schriftliche Arbeit behandelte die „frühneuzeitliche Bevölkerungsentwicklung in Dörfern auf der Basaltfläche des Hohen Westerwalds“ und beruhte primär auf Quellen aus dem Hessischen Hauptstaatsarchiv. In noch stärkerem Maße gilt dies von der hierauf aufbauenden und von Professor Dr. Martin Born betreuten Dissertation, mit der Häbel 1978 zum Dr. rer. nat. promoviert wurde. Unter dem Titel „Die Kulturlandschaft auf der Basalthochfläche des Westerwaldes vom 16. bis 19. Jahrhundert“ erschien diese grundlegende Arbeit 1980 in der Schriftenreihe der Historischen Kommission für Nassau.

Inzwischen hatte Hans-Joachim Häbel längst auch festen Fuß im hessischen Archivwesen gefasst. Nach seiner praktischen Ausbildung in Wiesbaden und dem Besuch der Marburger Archivschule war er seit 1975 beim Hessischen Hauptstaatsarchiv als Archivar tätig. Mit ihm konnte das Archiv die umfangreiche Kartenabteilung erstmals einem gelernten Geographen anvertrauen. Als weitere Zuständigkeiten hatte er, um nur einiges hervorzuheben, die Territorien Nassau-Dillenburg und Nassau-Siegen sowie in der Behördenbetreuung die Bereiche Vermessungswesen, Landwirtschaft und Forsten, Umwelt und Bergbau.

In den drei Jahrzehnten seines Wirkens am Hauptstaatsarchiv hat Hans-Joachim Häbel die wertvollen Bestände historischer Karten, aber auch die kontinuierlich in großen Mengen eintreffenden modernen Verwaltungskarten mit größter Akribie betreut und lagerungstechnisch versorgt. Es ist unwahrscheinlich, dass er jede der zigtausend Karten im Archiv nicht wenigstens einmal in der Hand hatte. Fragen hierzu von Benutzern oder aus der Kollegenschaft blieben niemals ohne eine fundierte Antwort. Im gesamten Bereich der nassauischen Landes- und Ortsgeschichte verfügt Hans-Joachim Häbel über profunde Kenntnisse, die ihn zu einem stets gesuchten Ansprechpartner machten – vor allem seine „Kunden“ aus dem Westerwald haben davon profitiert.

Besondere Verdienste hat sich Hans-Joachim Häbel bei der Betreuung der Sicherungsverfilmung erworben, die er landesweit koordinierte. Nicht zu vergessen sind außerdem die OMGUS-Akten. Zur Erfassung und Bewertung dieser für die Nachkriegsgeschichte wichtigen Unterlagen der amerikanischen Militärregierung hielt sich Häbel 1977 und 1978 jeweils zwei Monate im Zwischenarchiv des Washingtoner Nationalarchivs in Suitland auf.

Nicht nur Anerkennung, sondern Bewunderung verdient Hans-Joachim Häbels Leistung als Redakteur der Nassauischen Annalen. Seit 1979 hat er die in Verbindung mit dem Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung herausgegebene Zeitschrift 30 Jahre lang mit hohem Sachverstand, viel Geschick, größter Zuverlässigkeit, unendlicher Geduld und nimmermüdem persönlichen Einsatz betreut. Welcher andere Redakteur einer landesgeschichtlichen Zeitschrift kann sich schon rühmen, den jeweiligen Jahresband stets pünktlich im Frühjahr gedruckt und gebunden vorzulegen, und dies bei einem Umfang von zuletzt rund 800 Seiten und einem Besprechungsanteil von rund 100 Rezensionen? Ungeachtet der akribischen Durchsicht und kritischen Bewertung aller Aufsätze und Besprechungen blieb Hans-Joachim Häbel dabei immer zurückhaltend und hilfsbereit. Es sind dieselben Eigenschaften, die auch seine Tätigkeit als Archivar prägten.

Das Hauptstaatsarchiv wird es schwer haben, für die von Hans-Joachim Häbel betreuten Spezialfelder gleichwertige Nachfolger zu finden.

Winfried Schüler ♦

## Kasseler Stadtarchivar Klaube verabschiedet

Am 29. August 2008 verabschiedete die Stadt Kassel ihren langjährigen Stadtarchivar Frank-Roland Klaube feierlich in den Ruhestand. Nach Abitur und der Ausbildung zum Diplom-Archivar in den Jahren 1964–1967 am Staatsarchiv Marburg stellte seine Geburtsstadt Kassel Frank-Roland Klaube als Archivinspektor ein. Sein Geburtsjahr 1943 war zugleich das Schicksalsjahr des Stadtarchivs, denn der Feuersturm der Bombennacht vom 22. Oktober 1943 hat das Archiv vollständig zerstört. Wie die Stadt Kassel selbst, so musste auch das Archiv neu aufgebaut werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten große Anstrengungen, älteres Behördenschriftgut und Dokumentationsmaterial als Ausgangspunkt für ein neues Archiv zusammenzuziehen. Bald schon, in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, fehlte es dann aber an einer Kraft, die in der Lage gewesen wäre, das nun vorhandene Archivgut nutzbar zu machen und den Archiv-(Neu-)Aufbau in geordnete Bahnen zu lenken. Diese Aufgabe übernahm Frank-Roland Klaube ab 1. April 1968. Rasch stellte er seine Qualitäten unter Beweis und übernahm ab August 1983, also vor 25 Jahren, die Leitung des Stadtarchivs.

Sein zentrales Anliegen war es, die schweren Überlieferungslücken so weit wie möglich zu schließen. Dies ist ihm in 40 Dienstjahren beeindruckend gelungen: Das Kasseler Stadtarchiv verfügt heute über mehr als 2000 Regalmeter Akten

und Amtsbücher (v.a. 19./20. Jh.), mehr als 4000 Karten und Pläne, einen kleinen Bestand von 50 Urkunden sowie über ein breites Spektrum von Sammlungsbeständen, darunter eine Fotosammlung von ca. 160.000 Bildern. Unkonventionell war die Konzession, aussagekräftige Dokumente ggf. auch nur als Kopien oder Fotos in das Archiv aufzunehmen. In den 1990er Jahren begann Klaube systematisch, seinen Benutzern einschlägige Archivgutbestände des Staatsarchivs Marburg als Mikrofiche-Duplikate zur Verfügung zu stellen. So entstand eine heute stark frequentierte Sammlung von ca. 150.000 Mikrofiches mit Schriftgut von landgräflichen und preußischen Behörden, Kirchenbüchern und Urkunden. Klaubes Anspruch war es stets, der historischen Forschung eine solide Basis authentischen Archivguts zu bieten – und gute Nutzungsbedingungen.

Spätestens seit den 1980er Jahren widmete er sich einer ganzen Reihe von Publikationsprojekten zur Stadtgeschichte, die sich vor allem um die traumatischen Erinnerungen der Kasseler Bürgerinnen und Bürger im Zweiten Weltkrieg ranken. Heute ist das Stadtarchiv Kassel unbestrittener Bezugspunkt der Geschichte Kassels und Frank-Roland Klaube – wie die Lokalzeitung aus Anlass seines Abschieds titelte – das personalisierte „Gedächtnis der Stadt“.

In seinen Dankesworten erinnerte Bürgermeister Thomas-Erik Junge an die zielstrebige, beharrliche und dabei immer freundliche und sachliche Art des scheidenden Oberamtsrats und würdigte dessen außergewöhnliche Aufbauleistung. Am



Ende berichtete er von den Bemühungen der Stadt Kassel, die vakante Stelle zügig und möglichst qualifiziert wieder zu besetzen, und er deutete darüber hinaus an, dass Perspektiven in personeller wie in räumlicher Hinsicht überdacht werden sollten.

*Andreas Hedwig* ♦

## Mareike Hoff jetzt am Staatsarchiv Marburg

Mit Diplomarchivarin Mareike Hoff erhielt das Staatsarchiv Marburg am 1. Oktober 2008 weiteren dringend benötigten Personalzuwachs. In Grünberg aufgewachsen, studierte Mareike Hoff Vor- und Frühgeschichte sowie Amerikanistik an der Philipps-Universität Marburg. Zunächst galt ihr besondere Interesse der



Archäologie und dem Museumswesen. So absolvierte sie bereits als Schülerin ein Praktikum am Römerkastell Saalburg und war dort anschließend mehrere Jahre als studentische Hilfskraft tätig. Während eines Praktikums am Staatsarchiv Marburg im Jahr 2003 entdeckte sie das Archivwesen als vielseitiges und interessantes Berufsfeld.

Noch im selben Jahr begann sie ihre Archivanwärter-Ausbildung am Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden, die sie 2006 abschloss. Bereits während dieser Zeit war sie ehrenamtlich am Stadtarchiv Grünberg tätig. Im Anschluss verzeichnete sie im Rahmen eines Projekts am Staatsarchiv Marburg ein Jahr lang Justizakten und übernahm auf Werkvertragsbasis Erschließungsarbeiten für das Archiv der deutschen Jugendbewegung auf Burg Ludwigstein.

Im November 2007 wechselte sie in den kommunalen Bereich, zunächst bis zum 30. April 2008 auf eine Stelle am Kreisarchiv Bad Homburg; anschließend leitete sie den Archivverbund der Stadt Grünberg und der Gemeinde Langgöns. In beiden Positionen leistete sie Pionierarbeit, galt es doch, Konzepte für den Aufbau und Betrieb dieser Einrichtungen zu entwickeln und diese tatkräftig umzusetzen. Ausgestattet mit solchen organisatorischen Erfahrungen, werden Mareike Hoffs Arbeitsschwerpunkte am Staatsarchiv Marburg zunächst im weiteren Aus- und Aufbau sowie dem Betrieb des zentralen Magazins für Massenakten der Justiz in Neustadt und in der Optimierung der Magazinorganisation in Marburg liegen.

*Annegret Wenz-Haubfleisch* ♦

## Personalnachrichten kurz gefasst

### Christiane Kleemann

hat zum 1. Oktober 2008 im Hessischen Hauptstaatsarchiv die Elternzeitvertretung für Nicole Röck-Knüttel übernommen. Die Diplomarchivarin ist, neben den klassischen Archivaufgaben wie Lesesaalaufsicht und Recherchetätigkeit, für

den Bereich der Sozialbehörden zuständig. Auf dem Gebiet der IT gehören die Betreuung des Internetauftritts der drei hessischen Staatsarchive im Hessenportal und die Mitwirkung am archivinternen Einführungsprozess des DMS-Systems DOMEA zu ihrem weiteren Aufgabenspektrum. Hierfür ist sie besonders prädestiniert, zählten doch Themen wie elektronische Unterlagen und DMS-Systeme schon während des Ausbildungsabschnitts an der Archivschule Marburg zu ihren besonderen Interessengebieten. Ihre Ausbildung für den gehobenen Archivdienst absolvierte Christiane Kleemann am Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, die Laufbahnprüfung legte sie im Sommer 2008 ab. In Bad Homburg aufgewachsen, ist Christiane Kleemann jedoch ein „echtes“ hessisches Landeskind.

### **Maria Kobold**

verstärkt seit dem 1. September 2008 das Team im Kreisarchiv des Hochtaunuskreises in Bad Homburg vor der Höhe. Zuvor war die Diplomarchivarin bei der Archivberatungsstelle Hessen am Hessischen Staatsarchiv in Darmstadt tätig (siehe ARCHIVnachrichten aus Hessen 8/1, 2008, S. 3). Schwerpunkte ihrer neuen Tätigkeit werden vor allem die Neuordnung des Kreisarchivs, die Erstellung einer Beständeübersicht sowie die Beratung der einzelnen Fachbereiche des Landratsamtes in allen Fragestellungen der Schriftgutverwaltung sein. Außerdem wird sie sich um die Betreuung der einzelnen nicht fachlich besetzten Gemeinde- und Stadtarchive im Hochtaunuskreis kümmern.

### **Christel Lentz**

wurde Anfang Oktober 2008 in einer kleinen Feierstunde aus dem ehrenamtlichen Dienst als Stadtarchivarin von Idstein im Taunus verabschiedet. Nahezu drei Jahrzehnte lang war Christel Lentz für die Idsteiner Geschichte aktiv, davon die letzten sechs Jahre als ehrenamtliche Stadtarchivarin. Mit einer vielseitigen archivischen Öffentlichkeitsarbeit, zahlreichen Ausstellungen und Publikationen belebte sie nachhaltig das historische Bewusstsein in der alten nassauischen Residenzstadt. Für ihre erfolgreiche Arbeit erhielt sie 2006 den Hessischen Archivpreis. Die Stadt Idstein hat die personelle Zäsur zum Anlass genommen, für die Nachfolgerin im Amt der Stadtarchivarin, **Claudia Niemann**, eine reguläre Halbtagsstelle einzurichten.

### **Manuela Rhein**

hat am 1. Oktober 2008 ihre Stelle im Stadtarchiv Michelstadt angetreten, nachdem das Archiv zuvor lediglich ehrenamtlich besetzt war. Sie stammt aus Ilmenau in Thüringen und studierte nach dem Abitur von 1998 bis 2003 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena Neuere Geschichte, Klassische Archäologie und Bürgerliches Recht mit der Magisterprüfung als Abschluss. Von 2005 bis 2008 absolvierte sie die Ausbildung im gehobenen Archivdienst am Landesarchiv Schleswig-Holstein in Schleswig und an der Archivschule Marburg. Jetzt übernahm die frisch examinierte Diplomarchivarin die zunächst auf ein Jahr befristete Stelle der Stadtarchivarin in Michelstadt als Vollzeitkraft.

## **Nachruf**

### **Ulrich Cartarius †**

Das Frankfurter Universitätsarchiv trauert um Dr. Ulrich Cartarius. Er starb am 7. Juli 2008. Trotz seiner Erkrankung kam die Todesnachricht für alle überraschend. Bis zuletzt arbeitete der Historiker und Archivar im Frankfurter Universitätsarchiv. Hier verzeichnete er den Nachlass des Physiknobelpreisträgers Max von Laue und kümmerte sich um die umfangreichen Aktenübernahmen, die im Zuge der Standortneuentwicklung der Universität Frankfurt zu bewältigen waren (und noch sind).

Ulrich Cartarius, geboren 1940 in Koblenz, hatte – nach dem Studium der Geschichte und Vergleichenden Literaturwissenschaft in Frankfurt, Würzburg und Darmstadt und einem Stipendienaufenthalt am Deutschen Historischen Institut in Paris – im Jahr 1978 bei Karl O. Frhr. v. Aretin mit einer Dissertation über „Linksradikale Klassenkampfparolen. Ausgangspunkt für eine Massenbasis in der deutschen Arbeiterschaft?“ promoviert. Von 1980 bis 1982 besuchte er als Archivreferendar des Hessischen Hauptstaatsarchivs die Archivschule Marburg. Anschließend arbeitete er zunächst für das Auswärtige Amt und die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Im Jahr 1984 wurde Cartarius Referent im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, zwei Jahre später dessen stellvertretender Leiter. Spätestens seit diesem Zeitpunkt war sein Rat als Archivexperte sehr gefragt. Er wurde zum Gutachter beim Hearing des Innenausschusses des Deutschen Bundestages zum Bundesarchivgesetz bestellt (1985). Gemeinsam mit v. Aretin veröffentlichte er 1984 den Bild- und Textband „Opposition gegen Hitler. Deutscher Widerstand 1933–1945“, der 1994 in zweiter Auflage erschien.

Auch im Ruhestand blieb Ulrich Cartarius aktiv. Seit März 2007 wirkte er im Frankfurter Universitätsarchiv. Es waren nicht nur seine Fachkenntnisse und seine enorme archivische Erfahrung, von denen das Team profitierte. Auch seine zupackende Art sowie seine unbedingte Verbindlichkeit im alltäglichen Miteinander zeichneten ihn aus. Ulrich Cartarius war ein Archivar aus Passion.

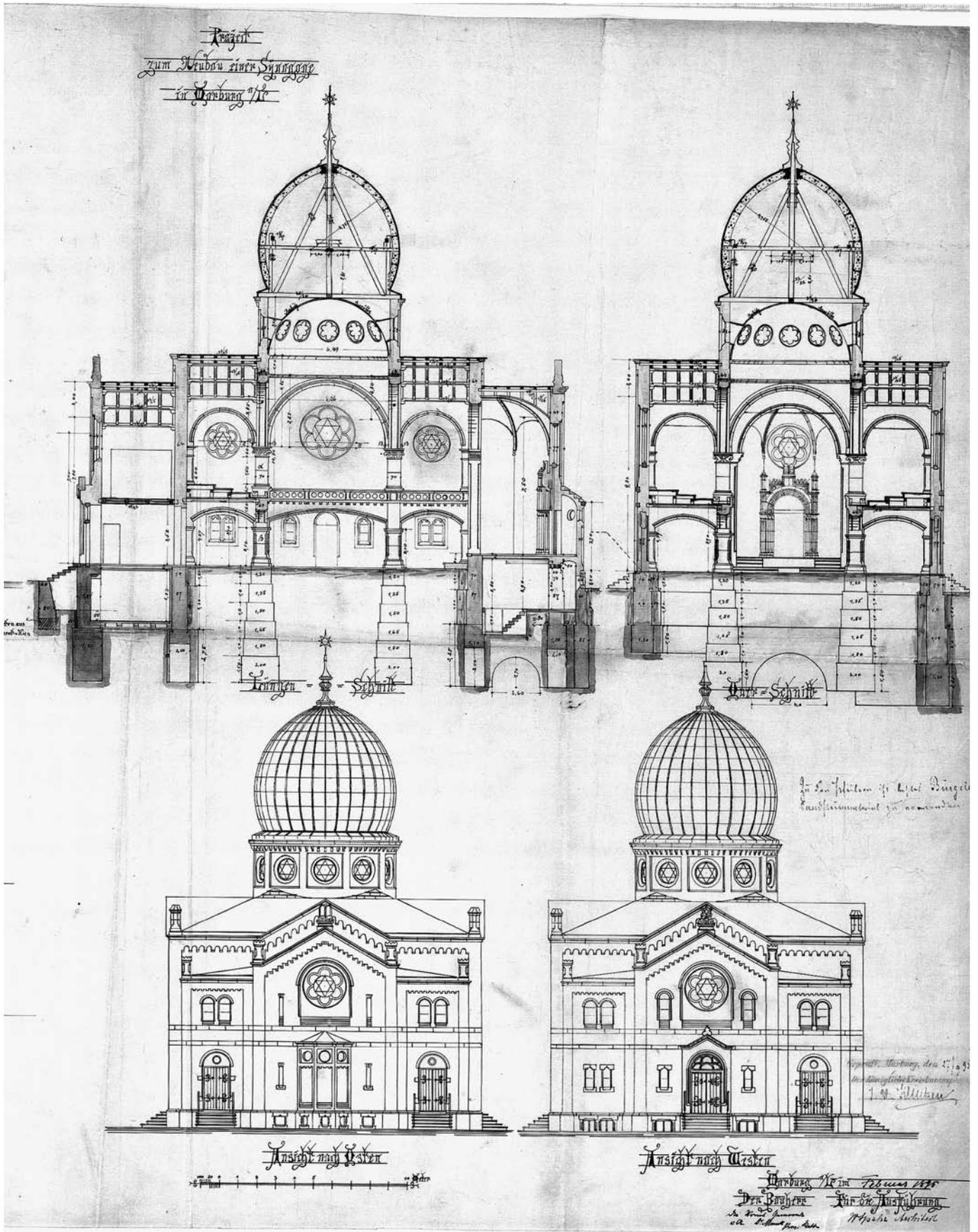
*Michael Maaser* ♦

## **Nachrichten und Termine**

### **Synagogenbuch Hessen – Mitarbeit vor Ort willkommen**

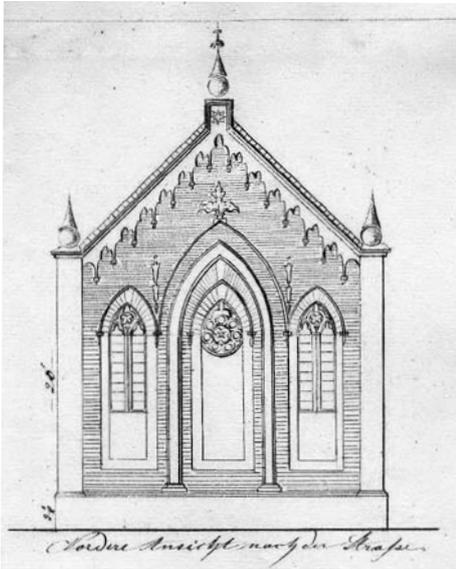
Mit dem Projekt „Synagogenbuch Hessen“ ist seit Beginn 2008 ein neues Standardwerk im Entstehen. Es wird gemeinsam von der „Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen“ und dem „Landesamt für Denkmalpflege Hessen“ betrieben. Das Projekt ist zunächst auf drei Jahre angelegt und wird vom Land Hessen finanziell unterstützt. Hinzu kommen Fördermittel von dritter Seite.

Die Synagogen werden in einzelnen Artikeln in lexikalischer Form nach dem Ortsalphabet dargestellt. Sie behandeln in



Entwurf des Architekten Wilhelm Spahr für die Synagoge in Marburg, 1895. Der Bau wurde 1896/97 in etwas veränderter Form ausgeführt. In der Pogromnacht 1938 brannte die Synagoge aus, siehe die Abbildung oben Seite 14 (Staatsarchiv Marburg / Depositum Stadtarchiv Marburg).

kurzen Abrissen auch die allgemeine Geschichte der jeweiligen jüdischen Gemeinden und andere Einrichtungen, stellen aber die Synagogen in den Mittelpunkt. Vorbild sind die in einigen



Die Synagoge in Hadamar, 1837 (Hess. Hauptstaatsarchiv).

Bundesländern bereits erschienenen Werke, namentlich jene in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg (Band 2). Davon abweichend sollen jedoch für Hessen die einzelnen Beiträge von lokalen Forschern erstellt und unter deren Namen veröffentlicht werden, soweit sich geeignete Bearbeiter finden. Damit soll den ertrag-

reichen Forschungen auf regionaler Ebene Rechnung getragen werden. Diese Artikel werden dann lediglich redaktionell überarbeitet. Für Gruppen von Synagogen und vor allem auch für die Synagogen in den größeren Städten, z.B. in Frankfurt, werden Bearbeiter fest verpflichtet.

Das verdienstvolle Buch von Thea Altaras „Synagogen ... in Hessen“, von dem inzwischen eine überarbeitete Neuauflage aus dem Jahr 2007 vorliegt, findet in seinen Ergebnissen eine angemessene Berücksichtigung. Das begonnene Projekt soll jedoch darüber hinausgehen, indem alle bekannten Synagogen in Hessen – auch jene, die vor 1945 baulich untergegangen sind – einbezogen werden. Daneben wird stärker auf die Geschichte und das Schicksal der Synagogen in der NS-Zeit einzugehen sein.

Die für das Projekt zusammengetragenen Fotos, Pläne und einschlägigen Quellen werden mit Hilfe von Datenbanken erschlossen. Eine Bibliographie zur Geschichte der Juden in Hessen steht zur Verfügung und wird laufend aktualisiert.

Zur Mitarbeit sind alle Forscherinnen und Forscher im regionalen Bereich aufgerufen, die über lokale Synagogen arbeiten oder gearbeitet haben. Ansprechpartner ist Archivoberrat a.D. Dr. Hartmut Heinemann bei der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, Mosbacher Str. 55, 65187 Wiesbaden. E-Mail: [hartmut.heinemann@hhstaw.hessen.de](mailto:hartmut.heinemann@hhstaw.hessen.de).

## Hessischer Archivpreis 2008: Die Preisträger

Der Hessische Archivpreis 2008 geht an das Archiv der Deutschen Frauenbewegung in Kassel. Der von der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen gestiftete und gemeinsam mit dem Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V.

– Landesverband Hessen (VdA) ausgelobte Preis richtet sich an kleinere nichtstaatliche, insbesondere kommunale Archive in Hessen. Er ist mit 3000 Euro dotiert. Mit dem jährlich vergebenen Archivpreis soll die Bedeutung von Archiven für die orts- und regionalgeschichtliche Forschung ebenso wie für die Aufarbeitung gesellschaftspolitischer Fragestellungen hervorgehoben werden.

Die Jury hebt in der Begründung für ihre Entscheidung insbesondere den ehrenamtlichen Einsatz hervor, mit dem das Archiv der Deutschen Frauenbewegung im Jahr 1984 gegründet wurde. Es ist mittlerweile zu beachtlichem Ansehen innerhalb und außerhalb der Archivlandschaft gelangt. Das Archiv der Deutschen Frauenbewegung ist, so die Jury, ein Paradigma für eine aus kleinsten ehrenamtlichen Anfängen erwachsene Archivinstitution mit professionellem Niveau. Seit 2003 ist das Archiv eine Stiftung, die – unterstützt von der Stadt Kassel und dem Land Hessen – Materialien zur Geschichte von Frauen und zur Frauenbewegung in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert sammelt und archiviert. Die Sammlung umfasst Nachlässe, Aktenbestände von Frauenorganisationen und ein umfangreiches Fotoarchiv. Nicht zuletzt durch das Archiv der deutschen Frauenbewegung ist das allgemeine Bewusstsein für die Bedeutung von Quellen, die nicht „automatisch“ in Archive gelangen, deutlich gewachsen.

Mit dem Preis verbunden ist die Auszeichnung von Persönlichkeiten, die sich in besonderer Weise durch freiwillige Leistungen im Dienste der Kulturgutsicherung und Archivierung ausgezeichnet haben. Diese vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst ausgelobte Auszeichnung erhalten 2008 Margarethe Emslander vom Pfarrarchiv St. Peter und Paul in Dieburg, Walter Seitz vom Stadtarchiv in Homberg/Ohm und Marie-Luise Westermann für die Archive der Evangelischen Kirchengemeinde und der Stadt Großen-Linden. – Über die Preisverleihung am 5. Dezember 2008 in Kassel wird in Heft 9/1 der ARCHIVnachrichten aus Hessen berichtet.

## Hessischer Archivtag 2009

Der nächste Hessische Archivtag ist als zweitägige Veranstaltung geplant. Er findet am 9. und 10. Juni 2009 in Bad Arolsen statt. Im Blick auf den dortigen Kooperationspartner, das Archiv des Internationalen Suchdienstes, ist ein Thema zur NS-Problematik vorgesehen.

## Tourismus-Ausstellung im Gießener Land

„Kleinstadtzauber – Waldesruh. Zur Geschichte des Fremdenverkehrs im Gießener Land“ ist der Titel einer Ausstellung, die von den kommunalen Archiven des Kreises Gießen und dem Kreisarchiv gemeinsam vorbereitet wird. Die Ausstellung ist vom 20. April bis 29. Mai 2009 in den Räumen der Kreisvolkshochschule in Lich, Kreuzweg 33, zu sehen. Anschließend geht die Ausstellung auf Wanderschaft durch die Städte und Gemeinden des Kreises.

## Blick über die Landesgrenze

### Thüringen

„Archivar zwischen Papyrus und PC“ – so bezeichnete der thüringische Kultusminister Bernward Müller den Leiter des Thüringischen Hauptstaatsarchivs Prof. Dr. Volker Wahl, als er Ende Juni 2008 hochverdient in den Ruhestand verabschiedet wurde. Der Germanist und Anglist Volker Wahl hatte nach einem Zusatzstudium der Archivwissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin zunächst das Archiv der Friedrich-Schiller-Universität Jena, dann das Goethe- und Schiller-Archiv Weimar geleitet. Seit 1990 stand er an der Spitze des späteren Thüringischen Hauptstaatsarchivs in Weimar. Die Entwicklung des thüringischen Archivwesens nach der politischen Wende hat er wesentlich mitgeprägt. Von 2001 bis 2005 hatte Wahl den Vorsitz des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare inne. Der Thüringer Archivarverband würdigte Wahls Verdienste auf archivwissenschaftlichem und landesgeschichtlichem Gebiet durch die Herausgabe einer umfangreichen Festschrift. – Die kommissarische Leitung des Thüringischen Hauptstaatsarchivs wurde seinem bisherigen Stellvertreter Archividirektor Dr. Bernhard Post übertragen.

### Baden-Württemberg

Der Südwestdeutsche Archivtag 2009 findet am 19. und 20. Juni in Münsingen statt. Er wird sich thematisch mit dem Verhältnis zwischen Archiven und Medien beschäftigen. Eröffnet wird der Archivtag mit der traditionellen Abendveranstaltung am 19. Juni, bei der diesmal ein moderiertes Gespräch mit Stefan Aust auf dem Programm steht. Informationen: Dr. Peter Müller, Landesarchiv Baden-Württemberg – Staatsarchiv Ludwigsburg, Arsenalplatz 3, 71638 Ludwigsburg, Tel. 07141/18-6324, Fax 07141/18-6311. E-Mail: [peter.mueller@la-bw.de](mailto:peter.mueller@la-bw.de)

Die 10. Karlsruher Tagung für Archivpädagogik findet am 3. April 2009 statt. Das Thema lautet: „Quellenarbeit im Zeitalter des Internet“. Informationen: Dr. Clemens Rehm, Landesarchiv Baden-Württemberg, Abt. Fachprogramme und Bildungsarbeit, Eugenstraße 7, 70182 Stuttgart, Tel. 0711/212-4288, Fax 0711/212-4283. E-Mail: [Fachprogramme@la-bw.de](mailto:Fachprogramme@la-bw.de) oder [clemens.rehm@la-bw.de](mailto:clemens.rehm@la-bw.de).

### Rheinland-Pfalz

Das Landeshauptarchiv Koblenz und das Landesarchiv Speyer haben zusammen mit einer Gruppe engagierter Lehrerinnen und Lehrer die Arbeitsgemeinschaft „Lernort Archiv“ gegründet. Die neue AG soll zwischen den Erwartungen und Wünschen der Schulen und den Angeboten und Möglichkeiten der Archive vermitteln. Ein lehrplanbezogener Themen-, Projekt-

und Materialkatalog wird erarbeitet. Während in Hessen seit 1986 eigens abgeordnete Lehrer als Archivpädagogen wirken, sind es beim rheinland-pfälzischen Modell Archivare, die im intensiven Kontakt zu den schulischen Fachleitern stehen, um ein archivpädagogisches Angebot bereitzustellen. Das Projekt stößt auf wachsende Resonanz und hat sich als wichtiger Teil der archivischen Öffentlichkeitsarbeit rasch etabliert. Nicht nur für Schulklassen werden Archivführungen und Schwerpunktveranstaltungen angeboten. Der „Lernort Archiv“ wird ebenso in der Lehreraus- und -fortbildung verankert. Themen für Prüfungsarbeiten beinhalten vermehrt archivische Schwerpunkte.

Siehe hierzu auch die Beiträge von Walter Rummel, „Archive als Träger historischer Bildungsarbeit – Angebote an Schüler und Lokalforscher. Eine Standortbestimmung“ und von Christine Goebel, „Archivische Bildungsarbeit“, in: *Unsere Archive. Mitteilungen aus den rheinland-pfälzischen und saarländischen Archiven* 53, 2008, S. 39–41 (Rummel) und 41–44 (Goebel).

### Nordrhein-Westfalen

Ein Computerspiel soll Kinder und Jugendliche ins Archiv locken: „Lambert & Laurin“ – die Archivmaus und der Archivar – sind die Akteure. Das Spiel wurde beim NRW-Landeswettbewerb „Archiv und Jugend“ mit einem Hauptpreis ausgezeichnet. Der Wettbewerb war 2007 erstmals ausgeschrieben worden. Fördergelder von insgesamt 100.000 Euro wurden für Projekte vergeben, durch die Jugendliche an die Arbeit eines Archivs herangeführt werden sollen. Das Internet-Archivspiel „Lambert & Laurin“ ist seit November 2008 verfügbar. Es kann unter [www.lambert-und-laurin.de](http://www.lambert-und-laurin.de) kostenlos heruntergeladen werden. Professionell in Grafik und Gamedesign (Fa-



Outline Development), wurde das Spiel von Kreisarchiv und Stadtarchiv in Stegen entwickelt. Dem archivpädagogischen Ziel entsprechend, kann das (Rate-)Spiel nur mit Hilfe eines Archivbesuchs vollständig gelöst werden. Die aktuelle Version kann als „Testlauf“ gelten. Bei entsprechender Nachfrage ist geplant, das Spiel auch an andere lokale oder regionale Gegebenheiten anzupassen.

## Buchanzeigen

### Praktische Archivkunde.

Ein Leitfaden für Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste. Hrsg. von Norbert Reimann. Überarb. Neuaufl. Münster: Ardey-Verlag 2008. 376 Seiten m. Abb., geb. € 29,90. ISBN 978-3-87023-255-9.

Nach vier Jahren erscheint die Neuauflage des mittlerweile zum Standardwerk für Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste – Fachrichtung Archiv (kurz Famis) gewordenen Kompendiums in überarbeiteter Fassung. Längst nicht nur von der eigentlichen Zielgruppe genutzt, bot bereits die erste Auflage umfassende Beschreibungen archivtheoretischer und -praktischer Themen, die es in solcher Form bislang nicht gab. Was soll nun dazu bewegen, die Neufassung des Handbuchs anzuschaffen?

Die übersichtliche Gliederung der Veröffentlichung wurde grundsätzlich beibehalten. Nach dem einführenden Teil, in dem das Berufsbild des Famis umrissen und Grundfragen und Organisation des Archivwesens erläutert werden, widmet sich der Hauptteil den archivarischen Fachaufgaben. Hier vermitteln die Autoren – im Kern Angehörige des Westfälischen Archivamtes – Grundsätzliches aus den Bereichen Schriftgutverwaltung und Überlieferungsbildung, Bewertung und Übernahme von amtlichem Registraturgut, Archivische Erschließung, Sammlungen und nichtamtliche Überlieferung, Archivbibliothek, Archivtechnik, Neue Informationstechnologien und Archive, Benutzung von Archivalien und Archivische Öffentlichkeitsarbeit. Daran schließt sich ein hilfswissenschaftlicher und verwaltungsgeschichtlicher Abschnitt an. Abgerundet werden die Ausführungen durch ein Glossar, das Fachbegriffe des Archivwesens vertiefend erläutert, und ein auf den heutigen Stand gebrachtes Verzeichnis einschlägiger Literatur und Internetadressen. Beigefügt sind schließlich einige Musteranlagen (u.a. Benutzerordnung, Depositvertrag) sowie Gesetzestexte.

Generell wurden die einzelnen Kapitel für die Neuauflage aktualisiert, wenn sie nicht durch die Hinzunahme eines Co-Autors (z.B. Öffentlichkeitsarbeit) gänzlich umstrukturiert wurden. Wichtig sind die Hinweise auf die mittlerweile eingeführte Möglichkeit zur Weiterbildung zum geprüften Fachwirt für Informationsdienste an der Industrie- und Handelskammer, auf veränderte oder neu erlassene Gesetze und auf zentral geführte Datenbanken und Archivportale (Kalliope, Zentrale Datenbank Nachlässe des Bundesarchivs, BAM-Portal). Vollkommen neu bearbeitet, weil schon nach so kurzer Zeit überholt, wurde das Kapitel zur Archivierung elektronischer Unterlagen und zum Einsatz neuer Medien im Archiv durch Peter Worm. Der Autor gibt auf verständliche Art und Weise eine Einführung in den Bereich der digitalen Daten und der damit verbundenen Medien und Anforderungen an Hardware.

Alle Kapitel haben durch die Überarbeitung erheblich gewonnen. Kleine Fehler, wie z.B. die Definition des „Enthält u.a.-Vermerks“, wurden souverän ausgemerzt. Das Kapitel „Archivische Erschließung“ profitiert nun von der vermehrten Beigabe anschaulicher Beispiele. In dem hilfswissenschaft-

lichen Abschnitt, der verständlicherweise nur einen kurzen Überblick über die verschiedenen Disziplinen gewähren kann, sticht der Beitrag Werner Freses zur Entwicklung der Schrift auf Grund seiner Ausführlichkeit zu sehr heraus. Eine knappere Darstellung hätte diesen Bereich insgesamt homogener wirken lassen.

Die Neuauflage dieses Buches, das in keiner Archivbibliothek fehlen sollte, kann nur als überaus gelungen bezeichnet werden. Zeugte schon die erste Ausgabe der Publikation durch ihren abgegriffenen Einband von einer regen Benutzung im Hessischen Hauptstaatsarchiv, so kann man sicher sein, dass sich diese Gebrauchsspuren bald auch bei der Neuauflage einstellen werden. Empfohlen werden kann dieses praxisbezogene Handbuch nicht nur Famis, sondern auch Archivaren und ehrenamtlichen Archivbetreuern, denen es als erster Einstieg zu einem bestimmten Themenkomplex dienen kann. Auch Praktikanten und Studierenden sowie interessierten Benutzern, die sich über das archivarische Tätigkeitsfeld informieren wollen, kann die Neuauflage guten Gewissens ans Herz gelegt werden.

Ina Herge ♦

### LDA. Lexikon Dokumentenmanagement und Archivierung.

Hrsg. von Steffen Schwalm und Rainer Ullrich. Berlin: Infora GmbH Unternehmensberatung, 2008. 144 Seiten, geb. € 35,-. ISBN 978-3-00-021764-7.

Die Unternehmensberatung Infora bietet seit Jahren unter anderem IT-Dienstleistungen in den Sektoren Dokumentenmanagement und (digitale) Archivierung an. Jetzt präsentiert Infora ein kleinformatiges, edel aufgemachtes Lexikon, das den Anspruch erhebt, „über 450 Begriffe aus den Bereichen Schriftgutverwaltung, Archivierung und Dokumentenmanagement ... ausführlich und praxisnah“ zu erläutern. Laut Vorwort richtet sich das Lexikon an Fachleute und IT-Spezialisten aus Wirtschaft, Verwaltung und Archivwesen. Positiv zu werten ist der Anspruch, die „Grundlage für ein gemeinsames Begriffsverständnis zwischen Organisatoren, IT-Fachleuten und Archivaren zu legen“.

Eine Durchsicht der Begriffe und Definitionen wirft aber die Frage auf, inwieweit das Kompendium den Fachleuten im Archivwesen tatsächlich nutzt. Archivare, die sich etwa über Dateiformate (z.B. JPEG, PDF/A) und Speichermedien (z.B. MOD, RAID) oder über Projekte und Konzepte zur digitalen Archivierung (z.B. ArchiSafe, OAIS) informieren wollen, finden hier gewiss brauchbare Definitionen zu den relevanten Themen. Sie benötigen jedoch wohl kaum Definitionen zum „Archivkarton“, zum „Benutzer“ oder zum „Bestellschein“. Dagegen wird ein Nichtarchivar, der sich erste Eindrücke der archivischen Fachterminologie verschaffen will, mit einer Vielzahl an Begriffen aus den Bereichen Informationstechnologie und elektronischem Dokumentenmanagement konfrontiert. Zudem sind Kurzdefinitionen von allgemein geläufigen Begriffen wie „Internet“ für alle denkbaren Nutzer entbehrlich. Vielleicht aber nützt das Werk den IT-Spezialisten und Beratern, die erfahren, dass der Begriff „Archiv“ je nach Kontext (Archivwesen, Verwaltung, Informatik) unterschiedliche Be-

deutungen hat. Indem die Dienstleister die Fachsprache ihrer potenziellen Kunden im Archivwesen kennenlernen, können sie ihnen als kompetente Partner begegnen.

Nicht ganz angemessen erscheint die Wahl des Haupttitels „LDA“. Bei einer Publikation, die mit drei Großbuchstaben abgekürzt wird, drängen sich Historikern leicht Assoziationen zu monumentalen Projekten wie den MGH (Monumenta Germaniae Historica) oder der NDB (Neue Deutsche Biographie) auf. Damit etwa verbundene Erwartungen, als „LDA“ bald branchenweit ein Begriff zu sein, kann das Lexikon Dokumentenmanagement und Archivierung sicher nicht erfüllen.

Peter Sandner ♦

### Archive in Bayern.

#### Aufsätze – Vorträge – Berichte – Mitteilungen.

Hrsg.: Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns. Band 4, München 2008. 510 Seiten m. 27 Abb., kart. € 20,-, ISSN 1618-4777.

„Megatrend Digitalisierung – Strategien der Archive“: So lautete das Motto des 5. Bayerischen Archivtags vom 15. bis 17. Juni 2007 in Erlangen. Die für die Veröffentlichung bearbeiteten Referate der Veranstaltung bilden einen Schwerpunkt (S. 137–303) des jüngsten Bandes der Zeitschrift „Archive in Bayern“. Anders als das Tagungsmotto vielleicht suggeriert, ging es jedoch nicht um die Digitalisierung analoger Archivalien in Archiven (etwa als Erschließungs-, Sicherungs- oder Nutzungsmedien), sondern um die digitale Vorgangsbearbeitung in den Verwaltungen und um die Folgerungen für die Archive. Wegen der generellen Bedeutung des Themas für das Archivwesen reicht das Interesse an dieser Publikation weit über die Grenzen Bayerns hinaus. In ihrer zusammenfassenden Einleitung spricht Maria Rita Sagstetter (Staatsarchiv Amberg) von einem „hochbrisanten Thema“. Für die Archive gelte es, „sich rechtzeitig aktiv in den Veränderungsprozess einzubringen, Vorkehrungen gegen Datenverluste durchzusetzen und geeignete Strategien und Konzepte für die Langzeitsicherung zu entwickeln“ (S. 137).

Das Schwerpunktthema wurde auf dem Archivtag in zwei Etappen behandelt. Eine erste Arbeitssitzung unter Leitung von Margit Ksoll-Marcon (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) widmete sich unter der Überschrift „E-Government und Verwaltung“ vornehmlich der Seite der Datenproduzenten. Experten aus Archiven und Verwaltung stellten Dokumentenmanagementsysteme (DMS), ihre praktische Anwendung und die daraus resultierenden archivischen Fragen vor. Peter Pfister (Archiv des Erzbistums München und Freising) berichtete über Erfahrungen mit der Einführung des DMS-Produkts „DOMEA“ in der kirchlichen Verwaltung. Vertreter bayerischer Ministerien demonstrierten den Workflow des DMS-Produkts „Eldorado“ vom Eingang eines Schreibens bis zur Aussonderung. Und Andrea Hänger (Bundesarchiv) stellte den Prozess der Übernahme ausgesonderter digitaler Akten ins digitale Archiv vor, den das Bundesarchiv pilotiert hat.

Die neuen Aufgaben der Archive standen im Mittelpunkt der zweiten Arbeitssitzung „E-Government und Archiv“ unter

Leitung von Robert Zink (Stadtarchiv Bamberg). Christoph Popp (Stadtarchiv Mannheim) berichtete über die eigenen Erfahrungen des Archivs als DMS-Anwender. Andrea Wettmann (Sächsisches Staatsarchiv) widmete sich der Bewertung digitaler Akten „per Mausclick“. Und Karl-Ernst Lupprian (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) befasste sich mit dem Mikrofilm als Sicherungsmedium für Archivalien aus digitalen Systemen. Somit repräsentiert die Gesamtheit der Beiträge in ihrer Bandbreite den kompletten Lebenszyklus digitaler Aufzeichnungen – von der Entstehung in der Behörde bis zur Speicherung für „die Ewigkeit“ (S. 279). Die Erfahrungen der Vorreiter auf dem Gebiet der Archivierung digitaler Aufzeichnungen können anderen Archivarinnen und Archivaren wertvolle Hilfestellungen bieten.

Außerdem enthält der Zeitschriftenband wie gewohnt landesgeschichtliche und archivfachliche Aufsätze (S. 13–136), vielfältige Berichte und Mitteilungen aus den verschiedenen Archivsparten in Bayern (S. 447–503) sowie einen Überblick über die Neuerscheinungen der Staatlichen Archive Bayerns (S. 504–508). Daneben nimmt der Bericht von einem Workshop über Zeitzeugenaufnahmen, den das Haus der Bayerischen Geschichte, der Bayerische Rundfunk und die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns im Jahr 2006 gemeinsam durchführten, breiten Raum ein (S. 305–445).

Peter Sandner ♦

### Von der Kunstschule zum Bauhaus.

#### Spezialrepertorium zu den Archivbeständen der Kunstlehranstalten in Weimar.

Großherzoglich Sächsische Hochschule für bildende Kunst Weimar (1860–1919). Großherzogliche Kunstgewerbeschule Weimar (1908–1915). Staatliches Bauhaus Weimar (1919–1926). Bearb. von Dagmar Blaha, Frank Boblenz und Volker Wahl. Repertorien des Thüringischen Hauptstaatsarchivs Weimar, Bd. 4, Weimar 2008. 422 Seiten mit Abb., geb. € 10,-, ISBN 978-3-930969-03-6.

Für Kenner wie Erforscher der klassischen Moderne in Architektur, bildender Kunst und Design stellt das Thüringische Hauptstaatsarchiv in Weimar eine der „ersten Adressen“ dar, beherbergt es doch mit der Überlieferung des Staatlichen Bauhauses Weimar (1919–1926) die Quellen für eine der künstlerischen „Wiegen“ der klassischen Moderne in Deutschland. Das 1919 von Walter Gropius gegründete Institut führte zwei ältere Kunstlehranstalten zusammen, die beide zuerst als rein fürstliche Gründungen in Erscheinung getreten waren: die Großherzoglich Sächsische Hochschule für bildende Kunst (1860–1919) und die Großherzogliche Kunstgewerbeschule (1908–1915) unter ihrem Leiter Henry van de Velde.

Obwohl der hohe kunstwissenschaftliche Stellenwert der Bauhaus-Überlieferung in Weimar immer unumstritten war, musste die Forschung bislang mit unvollständigen Quelleneditionen auskommen, und die notwendige Gesamtübersicht über alle vorhandenen Quellen blieb in den internen Arbeitsrepertorien des Thüringischen Hauptstaatsarchivs verborgen. Der von Volker Wahl gemeinsam mit Dagmar Blaha und Frank Boblenz vorgelegte Repertorienband hebt diese Infor-

mationen nun nach einer 2006/2007 vorgenommenen grundlegenden Neuverzeichnung der Archivalien endlich auch an eine breitere Öffentlichkeit.

Sinnvollerweise lässt der Band die Genese des Bauhauses nicht unberücksichtigt und bezieht in seine Übersicht auch die im Archiv vorhandenen Aktenbestände der beiden Vorgängereinrichtungen ein. Die dem Verzeichnis vorangestellte Einleitung will der Tatsache Rechnung tragen, dass es zurückliegenden Abhandlungen über das Bauhaus mitunter am rechten Verständnis für die komplexe und wechselhafte institutionelle Verankerung der Schule in der sächsischen Kultusbürokratie mangelte, sodass die benutzten Quellen leider nicht immer in ihrem korrekten amtlichen oder politischen Zusammenhang gesehen wurden. Um dem in Zukunft abzuwehren, stellen Wahl, Blaha und Boblenz einen informativen historisch-wissenschaftlichen Hilfsapparat zur Verfügung, zu dem nicht nur konzise Institutionengeschichten der drei Lehranstalten gehören, sondern auch chronologische Übersichten ihres Gesamtpersonals und ihrer vorgesetzten Aufsichtsbehörden.

Nicht weniger aufschlussreich für zukünftige Forscher dürften jedoch die Abschnitte der Einleitung sein, in denen die Autoren die vorhandenen Aktenlagen hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Möglichkeiten und Grenzen bewerten und dabei insbesondere auf korrespondierende Überlieferungen bzw. auf die Forschung einschränkende Aktenverluste hinweisen. Die archivischen Verzeichnungseinheiten folgen der vom Archiv vorgegebenen Ordnung (meist nach behördlichen bzw. privaten Korrespondenzpartnern) und gehen mit ihren „Enthält-Vermerken“ immer dort in die Tiefe, wo auf kultur- bzw. kunsthistorisch relevante Schriftstücke und Sachverhalte hingewiesen werden kann.

Eine Fleißarbeit sondergleichen stellen die in Fülle ausgeworfenen Schüler- und Lehrerlisten dar, denen man wohl Vollständigkeit unterstellen darf. Die Verfasser von Künstlerbiographien werden den getriebenen Aufwand dankbar zur Kenntnis nehmen – und darauf hoffen, dass das Repertorium zumindest im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Weimar auch als Datenbank verfügbar ist. In Anbetracht der von Wahl, Blaha und Boblenz ausgebreiteten Informationsfülle stellt der nur die Begrifflichkeiten „Personennamen“ und „Orte“ kennende Index dann allerdings ein Ärgernis dar. Wer beim Durchblättern des Repertoriums beispielsweise mit Interesse wahrgenommen hat, wie viel Material das Thüringische Hauptstaatsarchiv zu deutschen und internationalen Kunstausstellungen des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhunderts enthält, wird später das Indexstichwort „Ausstellungen“ nur umso schmerzlicher vermissen. Beim Personenindex stellt sich aus eigener Ortskenntnis die Frage, ob mancher der wenigen fehlenden Vornamen nicht leicht mit einem Telefonat in einem der zuständigen Archive zu klären gewesen wäre. Diese Mängel sind umso bedauerlicher, als sie im Nachhinein leider auch einen Wermutstropfen auf die Güte der vorgestellten Verzeichnungsleistung fallen lassen.

Friedrich Wilhelm Knieß ♦

**„von des heiligen richs und des vurgenannten lantfrieddin wegen“. Darmstadt und Süd Hessen im Mittelalter. Dokumente 1330–1456.**

Auswahl, Einführung, didaktische Hinweise: Thomas Lange, Thomas Lux. Darmstadt: Hessisches Staatsarchiv, 2007. 70 Seiten m. zahlr. Abb., € 8,50. (Geschichte im Archiv. Darmstädter Archivdokumente für den Unterricht 7). ISBN 3-933112-13-3.

Der Schwerpunkt des siebten Heftes der seit 1988 erscheinenden Publikationsreihe gilt zum ersten Mal einem rein spätmittelalterlichen Thema. Ein 16 Seiten umfassendes Einleitungskapitel mit dem Titel „Historische Erläuterungen und Hinweise für die Verwendung im Unterricht“ informiert knapp über Inhalte und Hintergründe der sieben, zwischen 4 und 12 Seiten umfassenden Dokumentensammlungen. Zwei bis sechs Arbeitsaufträge für Schüler schließen sich an jedes Kapitel an. Knapp 50 sehr gute und aktualisierte fachwissenschaftliche Literaturhinweise eröffnen weiterführende Perspektiven für interessierte Leser. Jede der sieben Arbeitseinheiten ist sehr anschaulich bebildert. Sie enthalten gut lesbare Faksimiles nebst perfekten Transkriptionen und sehr guten Übersetzungen ins Neuhochdeutsche.

In sieben kurzen Kapiteln wird – trotz der sich auf insgesamt nur ca. 70 Seiten beschränkenden Schrift – eine übersichtlich angelegte, beeindruckende *tour d'horizon* durch das Mittelalter geboten. Die Einzelthemen lauten: Lehnswesen als politische Herrschaftsstruktur – Grundherrschaft: Belastungen und Leistungen der Bauern – Auf dem Weg zu Gott: Die Pilgerfahrt Graf Philipps von Katzenelnbogen nach Jerusalem – Stadt und Markt in Darmstadt – Höfisches Leben auf dem Schloss zu Darmstadt – Burgen, Ritter, Fehden: Die Belagerung der Burg Tannenberg 1399 – Anna von Katzenelnbogen, ein fürstliches Frauenschicksal.

Das freundliche „Du“ in den Arbeitsfragen und die Fiktionales mit Historischem verbindenden Arbeitsaufträge orientieren sich an methodisch-didaktischen Vorschlägen für das Fach Geschichte in der Sekundarstufe I. Dies verweist auf die Mittelstufe als den Primäradressaten der Schrift. So sollen die Schüler u.a. den Brief eines Ritters in der belagerten Burg Tannenberg, den eines städtischen Soldaten oder eines Ritters aus dem Belagerungsheer verfassen, bzw. einen Zeitungsbericht über diese Belagerung für eine Zeitung aus Frankfurt und für die „Allgemeine Ritter-Zeitung“ (Kap. 6.2, S. 12). Aber deswegen ist die Schrift für Lehrer und Schüler der Sekundarstufe II bzw. für Interessierte außerhalb des schulischen Bereichs keineswegs belanglos. Sachindizes, Orts- und Namensnennungen geben reichhaltige Anregungen, im Rhein-Main-Neckar-Gebiet nach Spuren des untergegangenen Heiligen Römischen Reiches zu suchen und über das zeitlos gültige Thema Frieden nachzudenken. Beste Ausgangsstationen und ideale Endpunkte einer einschlägigen Studienreise in die spätmittelalterliche Vergangenheit – das zeigt diese Schrift auf eindringliche Weise – sind die Archive mit ihren unglaublichen, keineswegs fiktionalen kulturgeschichtlichen Schätzen, ohne die unser kollektives Gedächtnis nicht funktionieren könnte.

Markus Müller-Henning ♦

## Mitarbeit an diesem Heft

Dr. Lars ADLER M.A.  
Staatsarchiv Darmstadt / Archivschule Marburg  
Dr. Steffen ARNDT  
Staatsarchiv Marburg  
Ulrich BARTELS  
Archivberatungsstelle Hessen am Hessischen Staatsarchiv Darmstadt  
Prof. Dr. Klaus EILER  
Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden  
Dr. Ulrich EISENBACH  
Hessisches Wirtschaftsarchiv e.V., Darmstadt  
Dr. Kornelia GRUNDMANN  
Behring-Archiv Marburg  
Eva HÄBERKORN  
Staatsarchiv Darmstadt  
Henrik HALBLEIB  
Frankfurt a.M.  
Dr. Andreas HEDWIG  
Staatsarchiv Marburg  
Dr. Hartmut HEINEMANN  
Wiesbaden  
Ina HERGE  
Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden  
Dr. Irene JUNG  
Historisches Archiv der Stadt Wetzlar  
Dr. Friedrich Wilhelm KNIESS  
Stadtarchiv Darmstadt  
Kathrin LINZ  
Staatsarchiv Marburg / Archivschule Marburg  
Dr. Michael MAASER  
Universitätsarchiv Frankfurt a.M.  
Peter MARESCH  
Staatsarchiv Marburg / Archivschule Marburg  
Dr. Karin MARX  
Staatsarchiv Darmstadt  
Dr. Katrin MARX-JASKULSKI  
Staatsarchiv Darmstadt / Archivschule Marburg  
Jana MOCZARSKI  
Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a.M.

Markus MÜLLER-HENNING  
Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden  
Manuela MURMANN  
Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a.M.  
Prof. Dr. Reinhard NEEBE  
Staatsarchiv Marburg  
Prof. Dr. Rainer POLLEY  
Archivschule Marburg  
Dr. Susanne RAPPE-WEBER  
Archiv der deutschen Jugendbewegung, Burg Ludwigstein  
Sabine RASSNER M.A.  
Kreisarchiv Gießen  
Dr. Peter SANDNER  
Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden  
Mario SCHÄFER  
Staatsarchiv Marburg / Archivschule Marburg  
Sigrid SCHIEBER  
Archivschule Marburg / Koordinierungsstelle Retrokonversion  
Anna SCHMIDT  
Frankfurt a.M.  
Dr. Winfried SCHÜLER  
Bad Schwalbach  
Dr. Brigitte STREICH  
Stadtarchiv Wiesbaden  
Dr. Matthias WEBER  
Archiv der Europäischen Zentralbank, Frankfurt a.M.  
Dr. Hendrik WEINGARTEN M.A.  
Niedersächsisches Landesarchiv, Staatsarchiv Osnabrück / Archivschule Marburg  
Dr. Annegret WENZ-HAUBFLEISCH  
Staatsarchiv Marburg  
Dr. Peter WÖRSTER  
Dokumentensammlung des Herder-Instituts Marburg  
Dr. Nicola WURTHMANN  
Staatsarchiv Marburg  
Dr. Johann ZILIEN  
Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden

ARCHIVnachrichten aus Hessen  
Heft 8/2, 2008

ISSN 1865-2816

### Herausgeber:

Hessische Staatsarchive in Zusammenarbeit mit dem Verband Deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. / Landesverband Hessen (VdA Hessen) und dem Verband hessischer Kommunalarchivarinnen und Kommunalarchivare (VhK)

### Sitz der Redaktion:

Hessisches Hauptstaatsarchiv  
Mosbacher Straße 55, 65187 Wiesbaden  
Tel. 0611 / 881-127, Fax 0611 / 881-145  
E-Mail: [christiane.heinemann@hhstaw.hessen.de](mailto:christiane.heinemann@hhstaw.hessen.de)

### Redaktion:

Dr. Christiane Heinemann  
Nicole Röck-Knüttel M.A.

### Satz und Gestaltung:

Angelika Richter

### Bildbearbeitung:

Thomas Heinemann

### Titelfoto:

Nasser Amini, Staatsarchiv Darmstadt

### Druck:

Druckerei Gerich, Wiesbaden

## VORSCHAU AUF DAS NÄCHSTE HEFT

Geplante Themen u.a.:

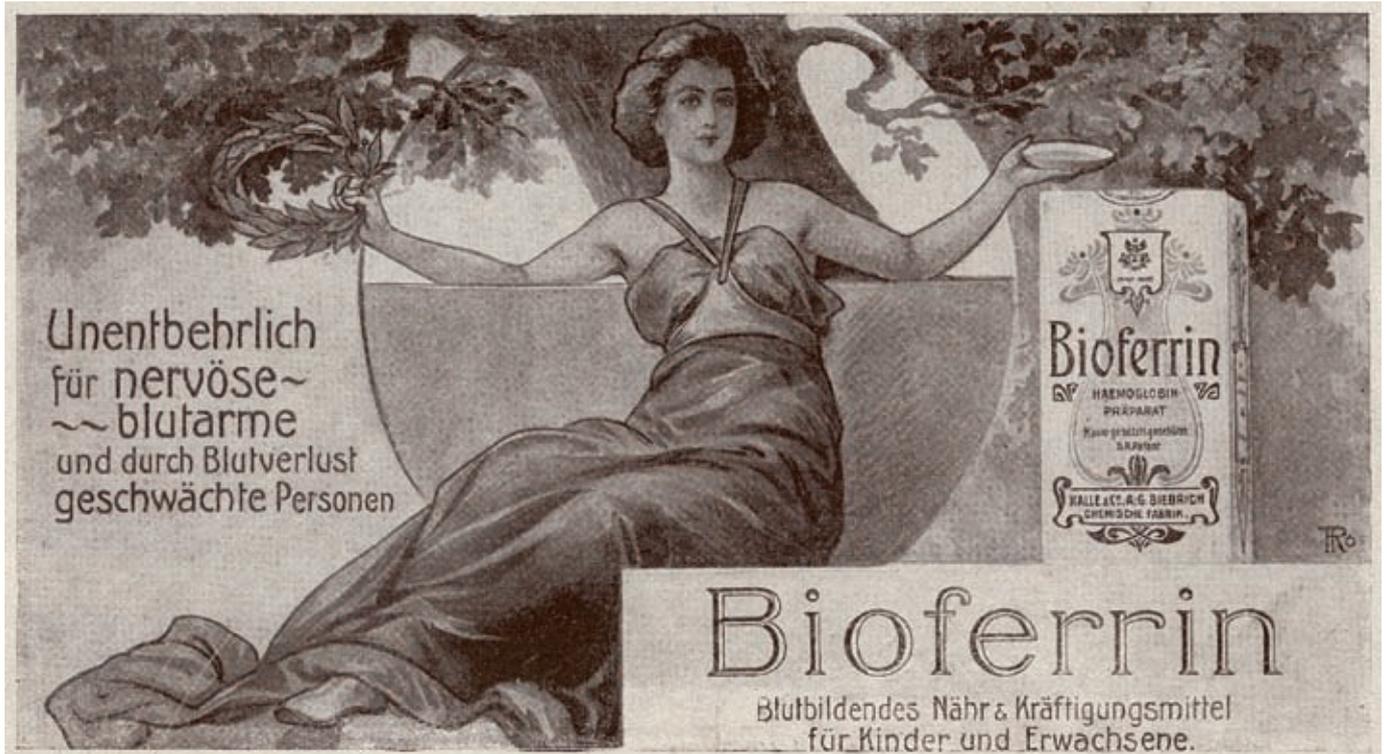
- Archiv des Internationalen Suchdienstes in Bad Arolsen
- Pfarrarchive und Ehrenamt im Bistum Mainz
- Genealogisches Verfilmungsprojekt der Mormonen
- Aktivitäten im Gedenkjahr zur Wende 1989
- Wettbewerb des Bundespräsidenten

Heft 9/1 erscheint Anfang Juni 2009.

**Redaktionsschluss: 1. April 2009**

Manuskripte bitte an [christiane.heinemann@hhstaw.hessen.de](mailto:christiane.heinemann@hhstaw.hessen.de)

Die digitale Version der „ARCHIVnachrichten aus Hessen“ finden Sie auf der Homepage der Staatsarchive über [www.archive.hessen.de](http://www.archive.hessen.de).



Reklamekunst vor einhundert Jahren: Aufbaupräparat der Chemischen Fabrik Kalle in Biebrich. Stadtarchiv Wiesbaden. Zum Beitrag Seite 31.

## INHALT

### Kommunale Archive in Hessen – ihre Arbeit und ihre Probleme

- Kommunale Archivpflege im Landkreis Gießen • 2
- Das Ehrenamt im kommunalen Archivwesen • 4
- Maßnahmen der Bestandserhaltung in kommunalen Archiven • 6
- Kommunale Archivbestände im Staatsarchiv Marburg • 9
- HADIS-Archivdatenbank auch für Kommunalarchive • 10
- DFG-Projekt „Retrokonversion archivischer Findmittel“ • 12

### Ausstellungen

- Pogromnacht – Auftakt am 7. November 1938 in Hessen • 13
- Die Wetzlarer Rechtsschule 1808–1816 • 15

### Tagungen

- Digitale Unterlagen und Archivierung. 31. Hessischer Archivtag in Bad Homburg • 16
- Zwischen Analog und Digital. Kolloquium in Marburg • 17
- E-Government und digitale Archive. Workshop in München • 20
- Personenstandsrecht und Kommunalarchive. Tagung des VhK • 21
- Adelsarchive. Kolloquium im Staatsarchiv Marburg • 22
- Die Jugendbewegung und ihre Gedächtnisorte. Archivtagung auf Burg Ludwigstein • 23

### Jubiläum

- 100 Jahre Hessische Historische Kommission Darmstadt • 24

### Archive stellen sich vor

- Das Behring-Archiv in der Philipps-Universität Marburg • 25
- Das Archiv der Europäischen Zentralbank in Frankfurt a.M. • 27

### Archivgeschichte

- Dem Marburger Archivzweckbau von 1938 auf der Spur • 29

### Archivbestände

- Samtarchiv der Familie Schenck zu Schweinsberg • 30
- Archiv der Dyckerhoff AG im Stadtarchiv Wiesbaden • 31
- Vom Großherzoglichen Hoftheater zum Staatstheater Darmstadt • 33
- Nachlässe Hertha Faust und Gertie Charlent in Darmstadt • 36

- Foto-Nachlass Sepp Jäger im Hessischen Wirtschaftsarchiv • 37
- Die Künstlerin Annegret Soltau: Nachlass zu Lebzeiten im Staatsarchiv Darmstadt • 39

### Aus der Arbeit der Archive

- DFG-Projekt: Urkunden der Reichsabtei Fulda online • 40
- Mitteilungen aus der Dokumentensammlung des Herder-Instituts • 41

### Publikationen der Archive

- Tätigkeitsbericht der hessischen Staatsarchive für das Jahr 2007 • 42
- Politische NS-Strafprozesse 1933–1945 als Mikrofiches-Edition • 43
- Historischer Kalender „800 Jahre Gilsa 1209–2009“ • 43

### Archive und Forschung

- NS-Diktatur vor Ort. Erforschung in kleinen und mittleren Kommunen • 44

### Archivpädagogik

- Frankfurt als Stadt der Einwanderer. Unterrichtsprojekt • 46
- Neue Wege der Lehrerfortbildung in Wiesbaden • 47

### Ausbildung

- Neue Studienordnung für das Studium an der Archivschule Marburg – Fachhochschule für Archivwesen • 49

### Personalia

- Hans-Joachim Häbel im Ruhestand • 49
- Kasseler Stadtarchivar Klaube verabschiedet • 50
- Mareike Hoff jetzt am Staatsarchiv Marburg • 51
- Personalnachrichten kurz gefasst • 51

### Nachruf

- Ulrich Cartarius † • 52

### Nachrichten und Termine

- Blick über die Landesgrenze • 55

### Buchanzeigen

- 56

### Impressum

- 59